



- 98. Katholikentag in Mannheim
- Responsibility to Protect
- Berichte über Seminare „3. Lebensphase“
- Rede Bundespräsident Gaucks in Hamburg
- Christliches im Heiligen Land
- Friedensethik trifft Sicherheitspolitik

EDITORIAL 3

SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN 4

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

- Rede Bundespräsident Joachim Gauck an der
Führungsakademie am 12.06.12 5
- Gerechter Friede für Afghanistan
von Rüdiger Attermeyer und Bertram Bastian . . . 7
- Gerechter Friede für Afghanistan
Impulsvortrag zum Podium
von Thomas Hoppe 9
- Responsibility to Protect (R2P)
von Thomas Hoppe 11
- Impressionen vom 98. Katholikentag
Fotos von Bertram Bastian 18
- Politikergespräch mit Staatssekretär Beemelmans
von Rainer Zink 19

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

- Christliches im Heiligen Land
von Andreas M. Rauch 20
- Neuer Krisenherd Sudan
von Carl-H. Pierk 26

BILD DES SOLDATEN

- Das Rad des Lebens*
von Stephan Will 30
- Reisender ohne Fahrkarte
von Hans-Georg Pauthner 32

RELIGION UND GESELLSCHAFT

- Einladung zur Mitgliederversammlung 2013
Förderkreis der GKS 34
- Führungsverantwortung und Familie
von Bertram Bastian 35
- Verbände in der Katholischen Kirche
von Bertram Bastian 36

KIRCHE UNTER SOLDATEN

- Friedensethik trifft Sicherheitspolitik
von Rainer Zink 38
- Bericht aus dem ZdK
von Joachim Lensch 41
- Teilnehmerbericht vom Katholikentag
von Andreas Quirin 43

AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS

BUNDESVORSTAND

- Sitzung in Nürnberg 44

GKS-BEREICH WEST

- Dekanatsarbeitskonferenz 44

GKS-BEREICH SÜD

- Dekanatsarbeitskonferenz 45

GKS-BEREICH NORD

- Frühjahrstreffen 46

GKS-KREIS BAD NEUENAUH – AHRWEILER

- Wir wollen einen neuen Aufbruch wagen 46

KATHOLISCHES MILITÄRPFARRAMT BONN

- Vielfach Krisen und kein Ende 46
- Klausurtagung des PGR in Baasem 47

GKS-KREIS UNNA – AHLEN

- Ist Mission noch zeitgemäß? 48

GKS-KREIS NÖRVENICH

- Die Welt am Limit 48

GKS-KREIS KOBLENZ – ANDERNACH

- Tradition und Religion Afghanistans 49

BUCHBESPRECHUNG: 51

KURZ BERICHTET: 19, 33, 50

IMPRESSUM 52



Beim Katholikentag 2012 in Mannheim war die GKS mit einem Stand vertreten und auch bei den Veranstaltungen präsent. Das Bild zeigt von links: StFw Dirk Ponzel, Oberstlt a.D. Artur Ernst, OStFw a.D. Friedrich Mirbeth Olt d.R Christian Schacherl, den Bundesvorsitzenden Oberstlt Rüdiger Attermeyer und StFw a.D. Franz-Josef Eitmann.
(Bild: Bertram Bastian)



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

leider sind die Berichte von der GKS-Akademie nicht fertig geworden, aber die Redaktion bleibt hier dran.

Das vorliegende Heft befasst sich schwerpunktmäßig mit dem 98. Katholikentag in Mannheim. Da die Veranstaltungen so zahlreich wie vielfältig waren, hat sich die Redaktion auf die Berichterstattung der Podien beschränkt, bei denen die GKS beteiligt war und im Programmheft genannt war. Eindrücke des Katholikentages sind in einer Bildseite zusammengefasst. Der Bericht eines Teilnehmers am Stand der GKS rundet die Berichterstattung ab

Über sie stattgefundenen Seminare der Dritten Lebensphase in Cloppenburg und in Nürnberg berichtet jeweils ein Teilnehmer der Veranstaltung aus seiner Sicht.

Die Vorstellung der Levante wird mit dem Heiligen Land fortgeführt. Hinzugekommen ist ein Bericht über die Lage im neuen Staat Süd-Sudan. Die Schilderungen der Probleme lassen keinen übertriebenen Optimismus aufkommen. Eher scheint es so, dass ein neuer Krisenherd in dem wirklich schon geplagten Kontinent Afrika entstanden ist.

Zu Beginn des neuen AUFTRAG hat die Redaktion sich entschlossen, die Rede des Bundespräsidenten an der Führungsakademie der Bundeswehr abzudrucken. Unter anderem auch deshalb, weil Joachim Gauck vorgeworfen wurde, er habe dort einem Interventionismus Deutschlands Vorschub geleistet. Beim Durchlesen dieser Rede werden Sie feststellen, dass dies ein nicht gerechtfertigter Vorwurf ist.

Ich wünsche Ihnen unterhaltsame Lektüre und viele Anregungen mit dem neuen Heft,

Herzlichst,

Jhr J. Janßen

„Blick nach vorn – wieder einmal!“

„Einen neuen Aufbruch wagen“, so lautete das Motto des 98. Katholikentages im Mai in Mannheim. Und wir, die GKS, sind aufgebrochen und haben uns eingebracht. Für alle Beteiligten war dies eine prägende Erfahrung. In Mannheim hat sich nicht nur gezeigt, wie bunt das Katholisch-Sein ist, es hat sich ebenfalls gezeigt, dass wir mit unseren Anliegen nicht allein sind. Auch andere Organisationen stellen sich aus ihrer jeweiligen Perspektive heraus die Frage nach der Begründung für einen Einsatz von militärischer Gewalt. An verschiedenen Stellen, auf dem Podium, am eigenen Stand der GKS und in vielen Einzelgesprächen wurden Fragen diskutiert und Meinungen ausgetauscht. Dieser Dialog zwischen den Organisationen und Gruppierungen ist wichtig, wollen wir nicht nur im eigenen, engen Kreis argumentieren. Gerade eine Vernetzung macht uns stark und verschafft unseren Ideen noch mehr Gehör.

Neben der Arbeit innerhalb des Verbandes müssen wir uns daher wieder vermehrt in die öffentliche Debatte einbringen, das hat mich persönlich der Katholikentag gelehrt.

Die Bundeswehrreform hat Fahrt aufgenommen, das erkennt man an allen Orten. Auch die Katholische Soldatenseelsorge stellt sich für die Zukunft auf und bereitet den Weg dorthin aktiv vor. Die GKS als Verband wird sich diesen Ver-

änderungen zu stellen haben und muss die Herausforderungen der Zukunft annehmen. Dazu ist die Kenntnis der eigenen Position wichtig, aber das Verhältnis zu den „Nachbarn“ innerhalb der Katholischen Soldatenseelsorge und darüber hinaus ist in den Blick einzubeziehen.

Zu diesen beiden Punkten sollten wir uns im Rahmen der Bundeskonferenz im September in Berlin austauschen. Wo stehen wir und wo wollen wir hin? Das sind die aktuellen Fragen in diesem Zusammenhang.

Ich bin sicher, dass es dazu viele gute Ideen und Gedanken gibt, die ich gern zusammentragen möchte.



Der Katholikentag war eine besondere Gelegenheit zur Präsentation unserer Themen, aber welche werden in Zukunft „unsere Themen“ sein? Diese dann wirklich in den Mittelpunkt der thematischen Arbeit nach innen und außen zu rücken, das ist der nächste, konsequent

umzusetzende Schritt. Aber den ersten Schritt der systematischen Bestandsaufnahme sollten wir zuerst angehen.

Nachdem wir den Aufbruch gewagt haben, sind wir auf dem Weg, gehen wir an unsere Aufgaben!

*Rüdiger Attermeyer, OTL
Bundesvorsitzender der
Gemeinschaft Katholischer Soldaten*

Bundespräsident Joachim Gauck bei der Bundeswehr

Der neue Bundespräsident Joachim Gauck hat sich für seinen Antrittsbesuch bei der Bundeswehr die Führungsakademie in Hamburg ausgesucht. Seine dort gehaltene Rede wurde von einigen Politikern als „Hunnenrede“ abgetan, die dem Interventionismus das Wort reden würde. Diesen Politikern hat Stephan Löwenstein in seinem Artikel in der FAZ vom 27.06.12 geantwortet und festgestellt, dass diese Leute die Einschränkungen des Bundespräsidenten nicht beachtet oder gehört hätten. Die unten abgedruckte Rede ist der Seite des Bundespräsidenten entnommen, es gilt das gesprochene Wort. (Die Redaktion)

Bundespräsident Joachim Gauck

„Ich habe mich auf meinen Antrittsbesuch bei der Bundeswehr ganz besonders gefreut. Sie können sich wahrscheinlich nur sehr bedingt vorstellen, warum das so ist und warum ich so gerne zu Ihnen gekommen bin, hier an die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Soldaten und Militär – das war nämlich in meinem früheren Leben allgegenwärtig, in den Gesellschaften, in denen ich lebte bis zu meinem 50. Lebensjahr. Es sind keine guten Gefühle, die in mir hochkommen, wenn ich an diese Zeit denke. Wenn ich mich erinnere an all diese Aufmärsche, an die Militarisierung unserer Schulen, an die Erziehung zum Hass auch im Offizierscorps und unter den Soldaten, an die Ablehnung eines Zivildienstes durch Partei und Staat, an die militärische „Absicherung“ einer unmenschlichen Grenze – und zwar nicht gegen einen Aggressor, sondern gegen das eigene Volk. Ich habe also in einem Land gelebt, in dem die Armee einer Partei verpflichtet war. Eine Armee, die „Volksarmee“ hieß, aber es nicht war. Eine Partei, die von sich behauptet hat, den Volkswillen zu vertreten und die sich nicht gescheut hat, Soldaten unter Umständen auch gegen das Volk einzusetzen. Ich habe das Militärische also kennengelernt als eine – nicht nur physische – Begrenzung von Freiheit.

Und nun stehe ich vor Ihnen hier in Hamburg als Bundespräsident des vereinigten Deutschland. Ich stehe vor der Bundeswehr, zu der ich seit zweiundzwanzig Jahren auch „meine Armee“ sagen kann. Und bin froh, weil ich zu dieser Armee und zu den Menschen, die hier dienen, aus vollem Herzen sagen kann: Diese Bundeswehr ist keine Begrenzung der Freiheit, sondern eine Stütze der Freiheit.

Jetzt ahnen Sie vielleicht, wie wertvoll dieser Besuch für mich ist und wie wertvoll die Begegnungen mit gebildeten Offizieren, die ich heute haben konnte, für mich sind. Welch ein Glück, dass es uns gelungen ist, nach all den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland und nach den Gräueln des Krieges, in diesem Land eine Armee zu schaffen: eine Armee des Volkes, diesmal im besten Sinne, kein Staat im Staate in preußischer Tradition, keine Parteienarmee, sondern eine „Parlamentsarmee“, an demokratische Werte gebunden, an Grundgesetz und Soldatengesetz; eine Armee unter der Befehlsgewalt eines Zivilisten, rekrutiert aus eigenverantwortlichen Bürgern und heute auch Bürgerinnen, die zu kritischen Geistern ausgebildet werden in Institutionen wie dieser; eine Armee, deren Einsätze unter dem Vorbehalt und der Zustimmung durch unsere Volksvertreter stehen und – wenn auch nicht genügend – öffentlich diskutiert werden.

All das kann einer wie ich, der zwei Drittel seines bisherigen Lebens in Diktaturen verbracht hat, nicht als selbstverständlich empfinden. In vielen Ländern der Welt ist es leider auch heute keine Selbstverständlichkeit. Und so ist für mich die Bundeswehr Teil dessen, was ich kürzlich in meiner Antrittsrede als „Demokratiewunder“ in Deutschland bezeichnet habe. Ein Demokratiewunder, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen vollzogen hat – und vor etwas mehr als zwei Jahrzehnten dann auch im Osten unseres Landes mit einer ganz eigenen Dynamik.

Ich denke daran, wie in den Jahren nach 1990 die Bundeswehr eine „Armee der Einheit“ wurde – und wie aus Soldaten, die einst vielleicht aufeinander hätten schießen müssen, Ka-

meraden wurden. Daran hat übrigens auch die engagierte Bildungsarbeit der Bundeswehr einen großen Anteil und ich denke an die verantwortlichen Offiziere und Politiker, die daran maßgeblich mitgewirkt haben, mit Dankbarkeit. Und ich möchte mit meinem Antrittsbesuch an diesem Ort, an diese komplizierte Phase ganz bewusst erinnern. Es gehört mit zu den Führungsaufgaben die Sie begleitet und gestaltet haben.

Liebe Soldatinnen und Soldaten, Sie schützen und verteidigen das, was uns am wichtigsten ist, auch über die Grenzen unseres Landes hinaus: Freiheit und Sicherheit, Menschenwürde und das Recht jedes Einzelnen auf Unversehrtheit. Sie handeln dabei im Auftrag einer freiheitlichen Demokratie. Sie sind als „Staatsbürger in Uniform“ Teil dieser Gesellschaft, Sie stehen mit Ihrem Dienst für diese Gesellschaft ein.

Diese Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt, und auch Sie in der Bundeswehr stehen vor Aufgaben des Wandels. Ich nenne nur ein paar Stichworte: zunehmende finanzielle Zwänge, Reformen, damit haben Sie hier natürlich eine jahrzehntelange Übung, technische Neuerungen, Schließung von Standorten; die vollständige Öffnung der Bundeswehr für Frauen und, erst kürzlich, der Wegfall der allgemeinen Wehrpflicht, was viele in Deutschland noch bis heute nicht richtig verstanden haben, dazu gemeinsame Auslandseinsätze mit verbündeten Nationen und neue Arten von Bedrohungen und asymmetrischen Kriegen.

Vieles haben Sie gemeistert, vieles müssen Sie noch meistern. Sie werden es meistern, da bin ich mir sicher. Denn Sie stellen sich hier professionell und mit einem hohen Ethos darauf ein.

Diese Bundeswehr hat nie auf starre Strukturen und Prinzipien gesetzt. Sie hat sich bewusst und bedacht von vielen unguten militärischen Traditionen abgesetzt, auch wenn das in der Geschichte der Bundeswehr sicher manchem alt gedienten Offizier anderer Armeen nicht immer leicht gefallen ist. Sie hat mit ihrer Kultur der „inneren Führung“ Diskussion und Reflexion möglich gemacht und damit auch Veränderungsfähigkeit. Bei meinem Rundgang hier in der Führungsakademie war ich sehr beeindruckt von dem, was Sie „Veränderungsmanagement“ nennen. Diese Lernfähigkeit bei gleichzeitig fester Wertebasis ist das Fundament, auf das die Bundeswehr auch in Zukunft bauen kann.

Die Welt um uns verändert sich rasant. „Wir übernehmen jetzt Verantwortung für Dinge, über die wir früher nicht einmal nachgedacht hätten“, so hat es kürzlich General Carl-Hubertus von Butler ausgedrückt, bis vor kurzem Befehlshaber des Heeresführungskommandos. Vor wenigen Tagen ging durch die Presse, wie sich die Bundeswehr für den sogenannten „Cyberkrieg“ rüstet. Und während wir hier sitzen, stehen Tausende von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr auf drei Kontinenten in Einsätzen ihren Mann und ihre Frau.

Die Bundeswehr auf dem Balkan, am Hindukusch und vor dem Horn von Afrika, im Einsatz gegen Terror und Piraten – wer hätte so etwas vor zwanzig Jahren für möglich gehalten? Sie, liebe Soldatinnen und Soldaten, werden heute ausgebildet mit der klaren Perspektive, in solche Einsätze geschickt zu werden – mit allen Gefahren für Leib, Seele und Leben. Sie haben einen Anspruch darauf, dass wir, die Zivilen, uns bewusst machen, was Ihnen abverlangt wird und welche Aufgaben wir von Ihnen in der Zukunft erwarten. All das darf nicht allein in Führungsstäben und auch nicht allein im Parlament debattiert werden. Es muss da debattiert werden, wo unsere Streitkräfte ihren Ort haben: in der Mitte unserer Gesellschaft.

Sie werden jetzt vielleicht – und zu Recht – sagen: bitte, an uns soll's nicht liegen, das kann ja geschehen. Wir hätten gerne mehr als bloß das heute sprichwörtliche „freundliche

Desinteresse“, das schon der frühere Bundespräsident Horst Köhler bedauernd festgestellt hat. Die Bundeswehr steht zwar mehr denn je unter Beobachtung der Medien. Und doch ist sie im öffentlichen Bewusstsein nicht sehr präsent.

Es liegt wohl zum einen an der unvermeidlichen räumlichen Distanz: Viele Standorte der Bundeswehr mussten geschlossen werden, Sie sind als Soldatinnen und Soldaten im Alltag unserer Städte und Gemeinden einfach weniger präsent. Und wer kann sich schon vorstellen, als Zivilist in dem so friedlichen Deutschland, wie es sich lebt in Masar-i-Scharif oder in Prizren, welche Entbehrungen diejenigen in Kauf nehmen müssen, die außerhalb der Feldlager ihren Auftrag erfüllen, welchen Belastungen sie tatsächlich tagtäglich ausgesetzt sind?

Zum anderen ist es aber so, dass bei vielen ein Nicht-Wissen-Wollen existiert. Das ist irgendwie menschlich: Wir wollen nicht behelligt werden mit Gedanken, dass es langfristig auch uns betreffen kann, wenn anderswo Staaten zerfallen oder Terror sich ausbreitet, wenn Menschenrechte systematisch missachtet werden. Wir denken eben nicht gerne daran, dass es heute in unserer Mitte wieder Kriegsversehrte gibt. Menschen, die ihren Einsatz für Deutschland mit ihrer seelischen oder körperlichen Gesundheit bezahlt haben. Und noch viel weniger gerne denken wir daran, dass es wieder deutsche Gefallene gibt, das ist für unsere glückssüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen.

Die Abscheu gegen Gewalt ist dabei verständlich. Gewalt, auch militärische Gewalt, wird ja immer ein Übel bleiben. Aber sie kann – solange wir in der Welt leben, in der wir leben – eben nicht in einer geheilten, sondern in einer tief gespaltenen Welt, sie kann in einer solchen Welt notwendig und sinnvoll sein, um ihrerseits Gewalt zu überwinden oder zu unterbinden. Allerdings müssen wir dann, wenn wir zu dem letzten Mittel der militärischen Gewalt greifen, diese gut begründen. Wir müssen diskutieren: darüber, ob wir mit ihr die gewünschten Ziele erreichen oder ob wir schlimmstenfalls neue Gewalt erschaffen. Wir müssen auch darüber diskutieren, ob wir im Einzelfall die

Mittel haben, die für ein sinnvolles Eingreifen nötig sind. Alle diese Fragen gehören – mit den handelnden Personen – gehören sie in die Mitte unserer Gesellschaft.

Dass Frieden, Freiheit und Achtung der Menschenrechte vielfach nicht von alleine entstehen – wer wüsste das besser als wir Deutschen? Es waren ausländische Soldaten, die unserem Land die Möglichkeit der Freiheit schenkten, als sie selbst für ihre eigene Freiheit kämpften. Deshalb: „Ohne uns“ als purer Reflex kann keine Haltung sein, wenn wir unsere Geschichte ernst nehmen. Unsere Bundeswehr hat sich von unseligen militärischen Traditionen gelöst, sie ist fest verankert in einer lebendigen Demokratie. Sie hat deshalb unser Vertrauen verdient, nicht nur in Debatten um den „gerechten Krieg“ zu bestehen, sondern auch einem „gerechten Frieden“ den Weg zu bahnen, indem sie beiträgt zur Lösung von Konflikten, indem sie friedliche Koexistenz zu schaffen sucht, dort wo Hass regiert.

Freiheit, so haben wir gelernt, ist ohne Verantwortung nicht zu haben. Sie entbehrt auch ihres Wertes und ihrer Würde ohne diesen Begriff. Für Sie, liebe Soldatinnen und Soldaten, ist diese Haltung schrittweise selbstverständlich geworden. Ist sie es auch in unserer Gesellschaft? Freiheit und Wohlergehen sehen viele als Bringschuld der Demokratie und des Staates. Manche verwechseln dabei aber Freiheit mit Gedankenlosigkeit, Gleichgültigkeit oder auch Hedonismus. Andere sind wiederum sehr gut darin, ihre Rechte wahrzunehmen oder gegebenenfalls sie auch vehement einzufordern. Und vergessen dabei allzu gern, dass eine funktionierende Demokratie auch Einsatz fordert, Aufmerksamkeit, Mut, und eben manchmal auch das Äußerste, was ein Mensch geben kann: das Leben, das eigene Leben.

Diese Bereitschaft zur Hingabe ist selten geworden in Zeiten, da jeder für sich selbst Verantwortung zu übernehmen hat – und zu viele meinen, damit schon genug Verantwortung zu tragen. Hier, in der Bundeswehr, treffe ich überall auf Menschen mit der Bereitschaft, sich für etwas einzusetzen – gewissermaßen treffe ich auf „Mutbürger in Uniform“!

Man trifft diese Bereitschaft selbstverständlich auch an anderen Orten, in sehr vielen zivilen sozialen Berufen etwa oder etwa wenn man die Orden verleiht, wie es Bundespräsidenten regelmäßig tun dürfen. Diejenigen, die ich jetzt anspreche, sind nicht die einzigen, die Freiheit als Verantwortung definieren, sondern es gibt ganze Netzwerke in unserer Gesellschaft von Menschen, die es genauso sehen, ob als Zivilisten oder in Uniform. Für solche Menschen hat das Wort „dienen“ keinen altmodischen Klang. Es ist Teil ihres Lebens oder – wie in Ihrem Fall – auch ihres Berufes. Darum ist ja auch die Bezeichnung „Staatsbürger in Uniform“ so gut, wir wollen sie bewahren: Sie sind eben nicht nur Bürger, sondern auch Staatsbürger, diesem Land verpflichtet.

Ihr Werbespruch „Wir. Dienen. Deutschland.“ trifft es auf den Punkt – das heißt, mit gleich drei Punkten nach meinem Geschmack fast zuviel, aber Sie haben ja etwas beabsichtigt mit dieser Punktierung. Er trifft, nicht allein, was das „dienen“ betrifft. Er lässt eben auch einen Patriotismus aufscheinen, der sich – frei nach Johannes Rau – darin zeigt, dass man

sein Heimatland liebt, die Heimatländer der anderen darum aber nicht verachten muss.

Und auch dem „Wir“ dient diese Bundeswehr in einem ganz besonderen Sinn: Keine Institution hat so umfassend und so früh junge Menschen, junge Männer aus beiden Teilen Deutschlands zusammengebracht, unmittelbar nach der Neuvereinigung unseres Landes. Hier arbeiten Menschen aus Ost und West, aus Nord und Süd, junge und ältere, solche mit und ohne ausländische Wurzeln zusammen. Und durch die Tore dieser Führungsakademie laufen täglich Militärangehörige aus rund 60 Nationen. Gemeinsame Einsätze mit befreundeten Streitkräften und insbesondere auch Ausbildungen wie der „Lehrgang Generalstabs-/ Admiralstabsdienst mit internationaler Beteiligung“, der heute sein 50. Jubiläum feiert, sind wichtige Motoren der Verständigung zwischen ganz unterschiedlichen Völkern. Ich gratuliere Ihnen zu dieser guten Tradition. Die Bundeswehr ist – gerade durch solche Lehrgänge und Begegnungen – zu einem Friedensmotor geworden. Sie befördert das große „Wir“, ohne das ein dauerhafter Frieden nicht möglich ist.

Wie bildet man Menschen aus, die solche wichtigen Aufgaben übernehmen? An dieser Führungsakademie, das habe ich gespürt, wird kein geistiger Gleichschritt gelehrt. Hier werden Persönlichkeiten gebildet und eine Fülle von Fähigkeiten entwickelt: Entscheidungsvermögen und Übersicht in fordernden Gefechtssituationen, aber auch politisches Urteilsvermögen und diplomatisches Fingerspitzengefühl, die Fähigkeit, Widerspruch in Rede und Gegenrede zu begründen, interkulturelle Kompetenz und der Umgang mit Medien. Alles in allem: die hohe Kunst, Verantwortung zu übernehmen.

„Sie stehen nicht nur persönlich vor ihren eigenen Soldaten im Rampenlicht, sondern als Verantwortliche der Bundeswehr mitten in den Fragestellungen unserer ganzen Gesellschaft.“ So hat es Richard von Weizsäcker vor 25 Jahren – und bis heute zutreffend – formuliert. Für diese wichtige Aufgabe wünsche ich Ihnen weiterhin viel Glück, Mut, Selbst- und Gottvertrauen. Ich bin froh, Ihnen heute aus vollem Herzen sagen zu können: Für diese unsere Bundeswehr bin ich dankbar! Das sagt der Bürger Joachim Gauck genauso wie der Bundespräsident. □

98. Katholikentag in Mannheim

Gerechter Friede für Afghanistan

VON RÜDIGER ATTERMAYER UND BERTRAM BASTIAN

Unter diesem Thema fand auf dem Katholikentag in Mannheim am 17. Mai 2012 in der Spitalkirche eine Podiumsdiskussion statt. Die Idee der gemeinsam von Pax Christi, der Deutschen Kommission von Justitia et Pax sowie der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) vorbereiteten Veranstaltung war darzustellen, dass sich auf der Basis desselben katholischen Glaubens bei verschiedenen Perspektiven Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den friedensethischen Ableitungen darstellen.

Teilnehmer waren von Justitia et Pax Prof. Dr. Thomas Hoppe von der Universität der Bundeswehr in Hamburg, von Caritas International der

Leiter der Asienabteilung Dr. Reinhard Würkner, von Pax Christi der Vizepräsident Johannes Schnettler und für die GKS sprang General a.D. Karl-Heinz Lather für den kurzfristig verhinderten Brigadegeneral Josef Blotz ein. Die Moderation hatte Christine Hofmann von Pax Christi übernommen (Bild).

Prof. Hoppe stellte in seinem Impulsreferat das Wort der Deutschen Bischöfe Gerechter Friede in den Mittelpunkt: „Jede militärische Intervention muss mit einer politischen Perspektive verbunden sein, die grundsätzlich mehr beinhaltet als die Rückkehr zum status quo ante. Denn es reicht nicht aus, aktuelles Unrecht

zu beheben. Es geht darum, es auf Dauer zu verhindern. Das wird in der Regel nur gelingen, wenn die politischen Rahmenbedingungen geändert werden. Nicht zufällig haben gerade auch die Militärs bei den jüngsten Interventionen ein politisches Konzept für ‚die Zeit danach‘ angemahnt. Einen status quo ante, der auf schwerwiegendem Unrecht beruhte, darf man nicht verteidigen – politisch nicht, und erst recht nicht durch bewaffnetes Eingreifen“¹. Damit schloss Hoppe einen Rückzug, wie in Vietnam gesche-

¹ Die Deutschen Bischöfe, Nr. 66, „Gerechter Friede“ Ziff. 159 vom September 2000, 2. Auflage (siehe www.dbk.de)



Podium AFG: Von links: Reinhard Würkner, Moderatorin Christine Hofmann, Johannes Schnettler, Karl-Heinz Lather, Thomas Hoppe

hen, aus. Das Prinzip der Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft, welches im Bericht für die Vereinten Nationen 2001 vorgestellt wurde und unter dem Namen „Responsibility to Protect (R2P)“² bekannt wurde, würde durch einen derartigen Rückzug, der die radikalen Kräfte wieder an die Macht bringen würde, irreparabel beschädigt. Es gelte den Teufelskreis zu durchbrechen, in dem ein Mangel an öffentlicher Sicherheit dazu führe, dass viele zivile Projekte nicht durchgeführt werden könnten, wodurch wiederum die alltäglichen, bedrückenden Lebensverhältnisse und die mit ihnen verbundene Perspektivlosigkeit bestehen blieben.

Auf die Frage der Moderatorin, wo den die zivile Hilfe in Afghanistan stehe, erwiderte Dr. Würkner von Caritas, dass man nicht so weit sei, wie man hätte sein können. Ursache dafür wäre unter anderem auch die Unterbrechung der schon vor 2001 geleisteten Hilfe am Hindu-kusch durch die kriegesischen Auseinandersetzungen, die mit falscher Schwerpunktsetzung danach fortgeführt worden seien. Das bis 2001 erworbene Vertrauen in der Zivilbevölkerung für die zivilen Helfer müsse neu erworben werden, als Voraussetzung für effiziente Hilfe weiterhin.

² siehe auch den Artikel von Prof. Hoppe auf Seite 11 dieser Ausgabe

General Lather führte aus, dass ein Wiederaufbau nicht ohne Sicherheit gehe, diese müsse von Soldaten hergestellt werden. Diese notwendige militärische Präsenz könne dann Schritt für Schritt durch die Verlagerung auf zivile Hilfe abgebaut werden. Er gebrauchte das Bild, das der Verteidigungsminister nutzte, indem dieser ausführte, das Militär würde ab 2014 vom Fahrersitz auf den Beifahrersitz wechseln. Allen Redner war klar, dass Afghanistan auch nach 2014 weiterhin die Unterstützung der internationalen Gesellschaft benötigen würde. Wichtig erschien dem ehemaligen General die Versöhnung der afghanischen Gesellschaft, die keine Sache von heute auf morgen sei, sondern ihre Zeit bräuchte. Vizepräsident Schnettler von Pax Christi gab zu bedenken, dass durch die 10-jährige „Kriegssituation“ in Afghanistan eine Gewöhnung an Gewalt eingetreten sei, die sehr bedenklich sei und zu einem Rückfall in das Denken vergangener Jahrhunderte führe. Darüber hinaus sei Afghanistan ein völlig anderer Kulturkreis, in dem Versöhnung nicht den Stellenwert habe, wie in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Leiter der Asienabteilung von Caritas Würkner fügte hinzu, dass man Afghanistan nicht isoliert sehen dürfe. Die Nachbarn Pakistan sind an einem prosperierenden, friedlichen Afghanistan nicht

so stark interessiert wie die westlichen Mächte und Iran – als weiterer Nachbar Afghanistan – könne sich unmöglich vorstellen, den „Erzfeind Amerika“ in direkter Nachbarschaft zu haben.

Die Frage der Moderatorin Hoffmann nach der zukünftigen Sicherheitslage Afghanistan beantwortete General Lather mit den belegbaren Zahlen, dass nach der Erhöhung der Truppenkontingente die Zwischenfälle weniger wurden! Weiter gab er zu bedenken, dass R2P noch nicht Bestandteil des Völkerrechts sei, was eine Umsetzung naturgemäß erschweren würde. Generell bedürfe der Ansatz der vernetzten Sicherheit eine starke Führung durch die Vereinten Nationen. Da der Afghanistan Einsatz ein politisches Mandat darstellt, könnte ein Scheitern der Afghanistan Mission auch als ein Scheitern der Vereinten Nationen angesehen werden. Prof. Hoppe fügte an, dass die Responsibility to Protect der zukünftige Rahmen sein müsse. Diese Schutzverantwortung sei drei-dimensionaler Natur: man müsse verhüten (to pretend), man müsse schützen (to protect) und man müsse aufbauen (to rebuilt). Die Schritte seine überzeugend, aber noch nicht Realität im politischen Handeln. Die gewaltsame Beendigung des Bürgerkriegs mit Zwangsmaßnahmen sei nicht geeig-

net gewesen, den Frieden in diesem von Clans beherrschtem Land herzustellen. Wie stark diese von den Regionalmächten abhängig seien oder gar gesteuert würden, entziehe sich der normalen Anschauung. Darüber waren sich alle Beteiligten an dieser Podiumsdiskussion einig, dass Afghanistan nicht isoliert zu betrachten sei, sondern im Umfeld seiner Nachbarn zu sehen und – wenn auch mit unterschiedlichen Mitteln und Wegen – zu stabilisieren sei.

Ein Ausblick auf die Entwicklung des internationalen Völkerrechts

durch Prof. Hoppe schloss die Runde auf dem Podium ab, bevor die vier Redner sich den Fragen des Publikums stellten. Dabei wurde der direkte Vergleich zwischen Afghanistan und Syrien verworfen, denn in Syrien scheint die Regierung die eigene, oppositionelle Bevölkerung geplant zu vernichten, bzw. zu unterwerfen, in Afghanistan herrsche seit fast 40 Jahren Krieg und Bürgerkrieg. Darüber hinaus habe der Westen in Syrien keine Führungsrolle, wie die fruchtlosen Diskussionen im Sicherheitsrat zeigten. Einem totalitären Pazifismus zur

Lösung der Probleme konnte keiner zustimmen, denn wie Schnettker ausführte, sei ein solcher Pazifismus nur im Kontext der absoluten Nächstenliebe möglich. Prof. Hoppe ergänzte, dass man dem Rad in die Speichen fallen müsse, wenn das Morden begänne. Dafür sei die Politik in der Verantwortung!

In der Zusammenfassung konnten die Zuhörer diese interessanten Podiums die einhellige Meinung der Diskutanten mitnehmen, dass der gerechte Friede weder gewaltfrei noch gewaltstüchtig sei. □

98. Katholikentag in Mannheim

Gerechter Friede für Afghanistan – Friedensethische Konsequenzen

Impulsreferat zum Podium am 17. Mai 2012

VON THOMAS HOPPE

Mehr als zehn Jahre nach dem Beginn des internationalen Engagements in Afghanistan erleben wir derzeit eine Diskussion, die aus meiner Sicht teilweise gespenstisch anmutende Züge trägt. Dies deswegen, weil sie Erinnerungen wachruft, und zwar an politische Zusammenhänge und Ereignisse, die sich mit großer intrusiver Kraft ins Gedächtnis eingebrannt haben. Die öffentliche Debatte steht im Zeichen der Befürchtung, ja des vielfach für sicher gehaltenen Urteils, der Afghanistan-Einsatz sei endgültig gescheitert. Was das für die Menschen im Land, aber auch für die Bewertung dieses Engagements im Nachhinein bedeuten würde, hat Jens Jessen in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 8. März dieses Jahres mit bitteren Worten skizziert:

„Rückzug oder Selbstaufgabe lautet die Alternative – und natürlich werden wir uns zurückziehen. Wir werden auf die Gedankenlosigkeit des Einmarschs die Schmach und Schande des Rückzugs setzen, wir werden unsere afghanischen Verbündeten ans Messer liefern und werden den Eltern unserer eigenen toten Soldaten niemals erklären können, wofür diese sterben mussten.“

Wer ein wenig älter ist, dem kommen bei der Lektüre dieser Zeilen unwillkürlich die Fernsehbilder in den Sinn, die vor Jahrzehnten den Abzug der amerikanischen Interventions-truppen aus Vietnam begleiteten – die Verzweiflung der Menschen, die sich mit aller Kraft an die Kufen des letzten Hubschraubers zu klammern versuchten, der von der US-Botschaft in Saigon abhob. Das Vietnam-Trauma ist seither in der amerikanischen Gesellschaft in unterschiedlichsten Erscheinungsformen präsent geblieben, was man unter anderem daran ablesen kann, dass öffentlich daran erinnert wurde, als es vor schon geraumer Zeit um die Bedingungen ging, unter denen ein Abzug aus dem Irak erwogen werden könnte.

Verzweifelt waren auch die Menschen, die 1994 in Ruanda gehofft hatten, durch das viel zu kleine UN-Kontingent Schutz vor den mörderischen Hutu-Milizen zu finden, die jedoch statt dessen mit ansehen mussten, wie dieses Kontingent sich zurückzog und sie schutzlos ihren Mördern überließ. Die Kette ähnlicher Beispiele würde so schnell nicht ihr Ende erreichen, würde man beginnen, sie im Einzelnen auszuzeichnen.



Ich habe bewusst diesen Einstieg gewählt, damit Ihnen deutlich wird, unter welcher Fragestellung meines Erachtens die Debatte über die Zukunftsperspektiven des Afghanistan-Einsatzes geführt werden muss, soll sie für sich in Anspruch nehmen können, vor einem ethischen Maßstab bestehen zu können. Nicht politische Konvenienzüberlegungen, nicht wirtschaftliche Vorteilskalküle, ja nicht einmal das Argument, im zurückliegenden Jahrzehnt sei es gelungen, das Terrornetzwerk Al-Qaida deutlich zu schwächen, bieten einen hinreichenden Referenzrahmen für die moralische Beurteilung heutiger

Handlungsoptionen. In ihrem Wort „Gerechter Friede“ vom September 2000 haben die deutschen Bischöfe vielmehr formuliert:

„Jede militärische Intervention muss mit einer politischen Perspektive verbunden sein, die grundsätzlich mehr beinhaltet als die Rückkehr zum status quo ante. Denn es reicht nicht aus, aktuelles Unrecht zu beheben. Es geht darum, es auf Dauer zu verhindern. Das wird in der Regel nur gelingen, wenn die politischen Rahmenbedingungen geändert werden. Nicht zufällig haben gerade auch die Militärs bei den jüngsten Interventionen ein politisches Konzept für ‚die Zeit danach‘ angemahnt. Einen status quo ante, der auf schwerwiegendem Unrecht beruhte, darf man nicht verteidigen – politisch nicht, und erst recht nicht durch bewaffnetes Eingreifen“ (GF Ziff. 159).

Daraus ergibt sich, dass man auch die Vorstellung nicht akzeptieren darf, ein vergleichbarer status quo ante könnte die zwar nicht beabsichtigte, aber doch unvermeidliche Konsequenz des eigenen Rückzugs sein. Mit dieser wichtigen Überlegung begründet sich letztlich bis heute die internationale Präsenz im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien: Es gilt, einen Rückfall in Bürgerkrieg, Massenflucht und womöglich Völkermord schon im Ansatz zu verhindern. Ähnliches droht, wie alle Sachkundigen bestätigen, durchaus auch in Afghanistan, sollten sich die ISAF-Kontingente zurückziehen und das Land der politischen Rivalität verschiedener Interessengruppen überlassen. Die gewaltsame Vergeltung an vielen, die mit der internationalen Schutztruppe in den letzten Jahren zusammengearbeitet haben, stünde wohl nur am Anfang einer Entwicklung, die all die Schrecken wieder aufleben ließe, an die sich ältere Afghanen noch erinnern, wenn sie an die Zeit nach dem Abzug der sowjetischen Truppen am Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts denken.

Ein Rückzug aus Afghanistan, der solche Folgen auch nur billigend in Kauf nähme, wäre daher verantwortungslos. Und dies wird nicht dadurch gemildert, dass man sich diese Folgen bereits im Vorhinein schönredet. Die

politische Rhetorik, in der nun ohne Unterlass von der baldigen Verantwortungsübergabe an die afghanische Regierung und die ihr unterstehenden Polizei- bzw. Truppenkontingente die Rede ist, zeichnet sehenden Auges ein unzutreffendes Bild der Lage. Denn die Machtressourcen der Zentralregierung in Kabul sind viel zu schwach, um sich in einer entstehenden Bürgerkriegssituation behaupten zu können. Die in den verschiedenen Institutionen des sogenannten Sicherheitssektors Tätigen fragen sich daher längst, ob sie die Loyalität zur Regierung von Hamid Karsai nicht in absehbarer Zeit das Leben kosten könnte und der Versuch, sich mit Aufständischen zu arrangieren, zunehmend als einzig verbleibende Alternative dazu erscheint.

Mit einem solchen Endresultat des Afghanistan-Einsatzes wäre zugleich eines der wichtigsten Prinzipien einer legitimen internationalen Ordnung beschädigt, noch bevor es im intendierten Sinne zu wirken beginnen konnte: Das Prinzip einer Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft, einer Responsibility to Protect (R2P). Seit im Jahr 2001 der Bericht einer international zusammengesetzten Kommission unter diesem Titel vorgelegt wurde, mehrten sich die Stimmen, die dafür eintraten, dass eine solche Schutzverantwortung tatsächlich integraler Bestandteil jeglicher Friedensordnung sein müsse. Ihr Kerngedanke besteht darin, dass die Staatengemeinschaft nicht untätig zuschauen darf, wenn in einem Staat systematische Menschenrechtsverbrechen begangen werden und dessen Regierung entweder nicht willens oder nicht fähig ist, dagegen einzuschreiten. Zwar wurde der Afghanistan-Einsatz nicht explizit auf diese Weise begründet, aber die politischen Ziele, die mit der Präsenz der ISAF-Truppe verbunden wurden, bejahten vielfach zumindest implizit diese Schutzverantwortung gegenüber den Menschen im Interventionsgebiet.

Was kann und sollte die internationale Staatengemeinschaft tun, um ein Scheitern der Mission abzuwenden, in dem, wie gezeigt, weit mehr als nur das politische Ergebnis dieses partikularen Engagements auf dem Spiel steht? Weitgehend unumstritten ist, dass Investitionen auf mili-

tärischem Gebiet unverhältnismäßig viel mehr Ressourcen binden, als sie bislang für den zivilen Aufbau bereitstellen, obwohl die meisten der Aufgaben, die sich in Afghanistan stellen, im zivilen Sektor zu bewältigen sind. Die vielfältigen Aktivitäten im zivilen Bereich leiden zudem an einem Mangel an Koordination und Kohärenz, nicht selten auch an einer sinnvollen Aufgabenabstimmung mit der militärischen Seite, die dem Prinzip einer Konzentration auf die jeweiligen „Kernkompetenzen“ folgt. Insgesamt bleibt dadurch ihre Wirksamkeit, vor allem in längerfristiger Perspektive, unterhalb des erreichbaren Niveaus. Durch die im Land weit verbreitete Korruption wird eine zielgerichtete Verwendung bereitgestellter Ressourcen wesentlich erschwert. Ungelöst ist außerdem das Drogenproblem: Es gelang trotz verschiedener zwischenzeitlich versuchter Ansätze kaum, deren Produktion so weit einzudämmen, dass sie ihren zentralen Einfluss auf die ökonomischen Strukturen gerade auf dem Land eingebüßt hätte. Nur so aber ließen sich die Geldströme, die die Anwendung organisierter Gewalt durch diverse bewaffnete Gruppierungen in Afghanistan finanzierbar machen, dauerhaft reduzieren.

Vielmehr als Ausdruck neuen Realismus' wahrgenommen wird die Feststellung, man müsse von der Vorstellung Abschied nehmen, in Afghanistan eine „vollendete Demokratie westlichen Typs“ errichten zu können. Doch lässt sie regelmäßig offen, wie weit man bei Zugeständnissen in zentralen Fragen wie der Garantie öffentlicher Sicherheit und einem verlässlichen Menschenrechtsschutz für alle Teile der Bevölkerung zu gehen bereit wäre. Im schlimmsten Fall könnten die vor Ort oder von Nachbarstaaten aus aktiven, miteinander häufig rivalisierenden Warlords im Wesentlichen die Bedingungen diktieren, zu denen eine Beendigung des Afghanistan-Engagements stattfände. Nicht auszuschließen ist auch, dass Afghanistan erneut zu einem so genannten failed state würde, der nichtstaatlichen Gewaltakteuren aller Art, auch solchen terroristischer Provenienz, besonders geeignete Entfaltungsbedingungen bietet.

Andererseits ist es nach Auffassung der meisten Experten aus einer Vielzahl von Gründen unmöglich, die Träger des bewaffneten Aufstands gegen die Kabuler Regierung im klassischen Sinn militärisch zu besiegen, allenfalls lässt sich deren Handlungsrahmen so weit eingrenzen, dass ihnen Verhandlungen gegenüber weiteren Kämpfen vorzugswürdig erscheinen. Dafür freilich muss vermieden werden, dass sie politische Signale erhalten, ihre Ziele bei längerem Zuwarten auch ohne solche Verhandlungen und damit ohne das eigene Eingehen von verbindlichen und durchsetzbaren Absprachen in einem verregelten politischen Prozess erreichen zu können. Diese prekäre Wirkung wird dort nicht hinreichend bedacht, wo in der Öffentlichkeit die Beurteilung der jetzigen Situation allein auf einen möglichst baldigen Abzugstermin der auswärtigen Akteure zentriert erfolgt.

Neben Verhandlungen der skizzierten Art bedarf es einer Intensivie-

rung ziviler Aufbauarbeit in Regionen, die unter die Kontrolle der afghanischen Regierung gebracht werden konnten, damit die Lebensbedingungen der Bevölkerung dort spürbar und nachhaltig verbessert werden. Nur so kann es gelingen, dass sich die Kooperationsbereitschaft der Menschen vor Ort mit gewaltbereiten Akteuren, ob aus Sympathie, aus Angst oder aus Verzweiflung motiviert, deutlich verringert. Es gilt den Teufelskreis zu durchbrechen, in dem ein Mangel an öffentlicher Sicherheit dazu führt, dass viele zivile Projekte nicht durchgeführt werden können, wodurch wiederum die alltäglichen, bedrückenden Lebensverhältnisse und die mit ihnen verbundene Perspektivlosigkeit bestehen bleiben.

Selbst wenn es, nicht zuletzt mit Hilfe benachbarter Staaten, doch noch gelingen sollte, die Unruheregion am Hindukusch so weit zu stabilisieren, dass eine sich selbst tragende Entwicklung möglich wird, so

dürfte gleichwohl das Engagement der Staatengemeinschaft mit dem Abzug ihrer letzten bewaffneten Verbände nicht enden. Die weitere Unterstützung des Auf- und Ausbaus grundlegender Strukturen von Staatlichkeit und eine Fortführung zielgerichteter Entwicklungszusammenarbeit werden wichtige Aufgaben bleiben, die auch künftig eine angemessene Beteiligung Deutschlands erforderlich machen.

So schärft die heutige Situation in Afghanistan nicht zuletzt den Blick dafür, welches Aufgabenprofil aus einer Orientierung an der Leitperspektive des Gerechten Friedens, in der sich die christlichen Kirchen einander verbunden sehen, im Konkreten erwächst. Diese sollten nicht müde werden, die aktuelle Politik in und gegenüber Afghanistan auch künftig daran zu messen, und zugleich bereit sein, ihren eigenen Beitrag dort einzubringen, wo er ein Stück mehr von diesem Frieden zu stiften vermag. □

Friedensethik

Die Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft

Basisprinzip einer Ethik internationaler Beziehungen?

VON THOMAS HOPPE¹

Responsibility to Protect (kurz: R2P) bezeichnet die Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft gegenüber schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die ethische Analyse zeigt: R2P ist mehr als ein randständiges Zusatzelement innerhalb eines normativen Modells internationaler Beziehungen. Denn dieses Modell ist seinerseits nur plausibel, insoweit es von der Annahme einer solchen Schutzverantwortung her gedacht wird, die dem positiven Recht voraus geht. Insofern sich das R2P-Konzept in Formen des militärischen Intervenierens manifestiert, steht es jedoch vor typischen Dilemmata. Diese sind auf defiziente Strukturen des Handelns im internationalen System, aber auch auf die Verhältnisse innerhalb der Interventionsgebiete zurückzuführen. Zu einer schrittweisen Verbesserung des R2P-Konzepts ist dennoch keine realistische Alternative erkennbar.

Seit es im Herbst 2005 in das Gipfeldokument der Vereinten Natio-

nen zu deren 60. Jahrestag Aufnahme gefunden hatte, zog das Prinzip einer internationalen Schutzverantwortung zur Verhinderung bzw. Beendigung schwerster Menschenrechtsverletzun-

gen (Responsibility to Protect, inzwischen häufig mit der gängigen Abkürzung „R2P“ zitiert) zunehmend Aufmerksamkeit auf sich. Dabei hatte die Diskussion um die Problematik, auf welche diese im Entstehen begriffene Norm des Völkerrechts sich bezieht, bereits wesentlich früher begonnen. Dies aufgrund konkreter, schreckensvoller Ereignisse, nicht als Ergebnis

¹ Thomas Hoppe (*1956), Dr. theol., Professor für Katholische Theologie unter besonderer Berücksichtigung der Sozialwissenschaften und der Sozialethik an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Forschungsschwerpunkte: Friedensethik, Menschenrechtsethos, ethische Probleme in

Transitionsprozessen von Diktaturen zu rechtsstaatlichen Demokratien. Dieser Artikel von Prof. Hoppe erschien kürzlich in der Zeitschrift „Amos international“, Ausgabe 02/2012

rein wissenschaftlicher Reflexion auf Fragen, die im Kontext einer Ethik des Politischen zu stellen wären.

Wiederholte Anlässe zum Eingreifen aus humanitären Gründen

Bereits unmittelbar nach dem Ende des zweiten Golfkriegs, im beginnenden Frühjahr 1991, stand die Staatengemeinschaft vor der Entscheidung, eine massive Gewaltandrohung des irakischen Regimes unter Saddam Hussein gegen die kurdische Bevölkerung des Nordirak einfach hinzunehmen oder zu versuchen, im Wege der bewaffneten Intervention solche Gewaltakte zu verhindern. Sie entschied sich zu Letzterem und versuchte mit der Resolution 688 des UN-Sicherheitsrates, die erforderliche Rechtsgrundlage hierfür zu schaffen. Dabei kam ihr der Umstand entgegen, dass die Situation im Nordirak zu Flüchtlingsbewegungen geführt hatte, die den internationalen Frieden in der Grenzregion zu den Nachbarstaaten bedrohten; eine Situation, die nach Artikel 39 der Charta der Vereinten Nationen die Zuständigkeit des Sicherheitsrates aufruft. Ende 1992 wurde ein ähnlicher Beschluss (UN-Resolution 794) erforderlich, um den Hungertod von zwei Millionen Menschen in Somalia zu verhindern. Sie stellte bereits nicht mehr auf das Erfordernis ab, dass die vor Ort bestehende Lage einer zwischenstaatlichen Friedensgefährdung gleichkommen müsse, sondern betrachtete das massenhafte Elend innerhalb eines bestehenden Staates, das von dessen Autoritäten nicht verhindert oder wenigstens gelindert wurde, als hinreichenden Grund für die Erteilung eines Mandates zum Eingreifen.

Im Frühjahr 1994 geschah der Massenmord in Ruanda an nahezu einer Million Menschen, der sich wesentlich dadurch über Wochen entfalten konnte, dass die Vereinten Nationen in diesem Falle an einer wirklichen Intervention nicht interessiert waren – zu frisch war die Erinnerung an das Scheitern in Somalia, ungeachtet dort erreichter humanitärer Ziele, als dass man das Leben von Soldaten unter UN-Mandat in Ruanda aufs Spiel zu setzen bereit gewesen wäre. Doch auch ein Jahr später, im Sommer 1995, kam es nicht zu wirk-

samem Handeln, als der serbische Druck auf die Schutzzone Srebrenica im Osten Bosniens immer stärker wurde und die dorthin geflüchteten Muslime ohnmächtig der Einnahme ihrer Stadt zusehen mussten. Ein Tiefpunkt des Ansehens der Vereinten Nationen war das anschließend um die Welt gehende Foto einer Zusammenkunft des Kommandeurs der serbischen Einheiten, Ratko Mladic, mit dem Stab des UN-Bataillons, das unter dem Kommando des niederländischen Offiziers Thom Karremans die Sicherheit der Stadt hatte verbürgen sollen. In den folgenden Tagen ermordeten serbische Einheiten etwa 8.000 muslimische Männer aller Altersgruppen in den umliegenden Wäldern, ohne dass das anwesende UN-Kontingent dies verhinderte; bis heute wird darüber diskutiert, ob es dafür eine realistische Erfolgsaussicht gegeben hätte oder nicht.

Eine nicht unmaßgebliche Begründung für den NATO-Einsatz im Kosovo im Frühjahr 1999 lag deswegen in dem Argument vor, es gelte, eine Wiederholung von Gräueln wie in Ruanda oder in Bosnien zu verhindern. Jedoch kam für dieses Eingreifen eine mandatierende Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nicht zustande, die allein eine völkerrechtlich unzweifelhafte Legitimierung hierfür hätte bieten können. Zugunsten der NATO-Entscheidung ließ sich allenfalls ins Feld führen, es liege immerhin kein Sicherheitsratsbeschluss vor, der das bewaffnete Eingreifen ausdrücklich untersage; vielmehr war, um dies nicht zu riskieren, der Rat zuletzt mit einer Entscheidung zu Kosovo bewusst nicht mehr befasst worden. Klar wurde indes spätestens mit dem Fall Kosovo, wie prekär eine Situation erschien, in der auf der einen Seite dringlicher Handlungsbedarf gesehen wurde, während es auf der anderen an der Bereitschaft mangelte, die notwendigen Voraussetzungen für ein rechtlich unbedenkliches Vorgehen zu schaffen. Ein Konflikt zwischen dem positivrechtlich Erlaubten und dem aus elementaren Schutzerwägungen heraus ethisch für geboten gehaltenen war in aller Schärfe zu Tage getreten. Konsequenterweise befasste sich in den folgenden Jahren das einschlä-

gige Schrifttum zu diesem Problemkomplex zentral mit diesem Spannungsverhältnis.

Internationale Schutzverantwortung und Nichteinmischungsgebot

Eine hochrangig besetzte Expertenkommission – die International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS) – untersuchte nach Ende der kriegesischen Phase des Kosovo-Konflikts auf Ersuchen des UN-Generalsekretärs, Kofi Annan, die mit der Interventionsproblematik zusammenhängenden politischen, völkerrechtlichen und ethischen Fragestellungen. Sie legte im Jahr 2001 ihre Ergebnisse in Form eines Berichts vor, der den Titel *The Responsibility to Protect* trug und damit diesen neuen Terminus technicus in die internationale Debatte einführte. Die Kommission machte weitreichende Vorschläge, auch zur Frage, welche alternativen Möglichkeiten der Entscheidungsfindung für den Fall einer Blockade im UN-Sicherheitsrat durch das Veto eines oder mehrerer Vetomächte zur Verfügung stehen sollten. Nur ein Teil ihrer Empfehlungen fand schließlich Aufnahme in die eingangs erwähnte Resolution der UN-Generalversammlung von 2005 (Resolution 60/1, Ziffern 138 und 139). So fehlt dort ein Kriterienkatalog für die Anwendung von Gewalt, die Thematisierung eines möglichen Veto-Verzichts bei Abstimmungen über humanitäre Notlagen und von Möglichkeiten des Handelns auch ohne Mandat des Sicherheitsrates, wenn dieser blockiert ist.

Trotz dieser Einschränkungen ist festzustellen, dass die bekräftigende Aufnahme des R2P-Prinzips in ein solches UN-Dokument eine Veränderung der politischen Situation bewirkt hat, in welcher Interventionsfragen zu erörtern sind: Hatte bis dahin das in der UN-Charta verankerte völkerrechtliche Interventionsverbot nahezu ausschließlich den Referenzrahmen für entsprechende Erörterungen dargestellt, so ging es nun um die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen dieses Verbot als eingeschränkt verstanden werden müsse, gerade um durch die Modalitäten seiner Anwendung nicht ad absurdum geführt zu werden. Es sollte die Un-

abhängigkeit der Einzelstaaten gegen illegitime internationale Pressionen schützen, nicht aber als Freibrief dafür verstanden werden können, dass Regime im Schutz der Souveränität ihres Staates folgenlos die Verfolgung und Ermordung von Teilen ihrer Bürger entweder selbst veranlassen oder sie ungehindert geschehen lassen. Die Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft ist daher strikt am Kriterium der Subsidiarität orientiert konzipiert: Nur wenn der einzelne Staat nicht willens oder nicht fähig ist, Gräueltaten zu verhindern, wird sie wirksam, anderenfalls obliegen die entsprechenden Schutzpflichten gegenüber seinen Bürgern dem betreffenden Staat selbst, und er kann, soweit er ihnen gerecht wird, rechtens darauf verweisen, weiterhin durch das Interventionsverbot gegen auswärtige Einmischung geschützt zu sein.

Der systematische Rang der Schutzverantwortung innerhalb einer Ethik internationaler Beziehungen

Die im Folgenden vertretene These lautet: Das R2P-Prinzip wird nicht adäquat verstanden, wenn es als eine zwar begrüßenswerte, doch in seiner normativen Bedeutung randständige Erweiterung des internationalen Friedenssicherungsrechts angesehen wird. Vielmehr zeigt sich in ihm die legitimierungstheoretische Grundstruktur dessen, was eine Ethik der internationalen Beziehungen zu tragen vermag. Denn das Prinzip zieht die Konsequenz aus dem Sachverhalt, dass in juristischer Hinsicht zwar ganz überwiegend weiterhin die einzelnen Staaten als Völkerrechtssubjekte betrachtet werden, für eine ethische Betrachtung diese durchaus kontingente Struktur der Staatenwelt jedoch sekundär ist und ihrerseits daraufhin zu prüfen bleibt, ob und wie weit sie den Schutz der elementaren Rechte eines jeden Menschen verlässlich gewährleistet. Konzipiert man, wie es hier geschieht, den gesamten Legitimitätsdiskurs auch für den Bereich der internationalen Beziehungen vom Menschenrechtsschutz her, so bildet das R2P-Prinzip den normativen Referenzrahmen, von dem her letztlich Reichweite und Grenzen aller übrigen Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen ethisch einzuschätzen sind.

Dass diese Interpretation mit der Intention dieser Charta und der ihr inhärenten Hermeneutik vereinbar ist, ergibt sich aus einem Blick auf die Präambel. Dort wird nicht nur betont, es gelte, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“, sondern ebenso, man sei „fest entschlossen, ... unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen“. Die die Vereinten Nationen bildenden Staaten haben beschlossen, im „Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken“, und gründen zu diesem Zweck die Weltorganisation.

Die Pflicht zur Prävention hat in jedem Fall Vorrang vor der bewaffneten Intervention

Dabei wird dem möglichen Missverständnis, die Bestimmung des Menschenrechtsschutzes als normativer Ausgangspunkt für die Interpretation von Prinzipien und Einzelnormen der Charta laufe notwendigerweise auf eine bellizistische² Konzeption hinaus, bereits dadurch entgegen getreten, dass die UN-Charta für jedwede Entscheidung zum Einsatz von Gewalt das Vorliegen sehr spezieller Voraussetzungen fordert – eine Bedingung, die oft nicht leicht zu erfüllen ist. Durchgängig folgt sie dem Gedanken, den Rückgriff auf Gewaltmittel möglichst nicht erforderlich werden zu lassen, das gesamte Kapitel VI der Charta ist den Möglichkeiten einer friedlichen Beilegung von Streitfällen gewidmet. Im selben Sinn verläuft die Argumentation der ICISS-Studie *The Responsibility to Protect*: Bevor bewaffnete Intervention (*Responsibility to React*) in Betracht gezogen werden darf, gilt es der prioritären Pflicht zur Prävention (*Responsibility to Prevent*) gerecht zu werden. Auch die Pflicht zur Nachsorge nach einem gewaltförmig gewordenen Konflikt (*Responsibility to Rebuild*) entspringt letzten Endes dem Präventionsgedanken, nämlich gegenüber der Gefahr einer Wieder-

holung des Geschehenen, die erneut die Frage nach bewaffnetem Eingreifen aufwerfen könnte. In der Logik und Absicht des R2P-Konzepts liegt daher nicht die Inflationierung, sondern im Gegenteil die Reduzierung der Zahl von Fällen, in denen man auf Intervention zurückgreifen muss. Freilich gibt es sich nicht der Illusion hin, mit dem konsequenten Ausschöpfen aller Präventionsmöglichkeiten lasse sich das Interventionsproblem quasi erledigen, da es dann entsprechende Zuspitzungen von Krisen und Konflikten gar nicht mehr geben könne.

Gewaltfreie Handlungsweisen können nicht die einzig vertretbare Option sein

Es folgt aus diesen Überlegungen die strenge Pflicht zur Einzelfallprüfung jeder derartigen Konfliktkonstellation unter dem Gesichtspunkt, welche Form ihrer Bearbeitung unter der Perspektive des R2P-Konzepts angemessen erscheint, wobei dem Interesse an einer Vermeidung von Gewalt besonderes Gewicht zukommt, ohne dass jedoch gewaltfreie Handlungsweisen zur ausschließlichen ethisch vertretbaren Option werden könnten. Letzteres wäre zwar wünschenswert, scheint in der real existierenden Welt auf absehbare Zeit aber nicht umsetzbar, will man nicht riskieren, wehrlose Dritte den Preis dafür zahlen zu lassen.

Bereits 1933 hielt der jedwedem Krieg und aller Gewalt zutiefst abgeneigte evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer einen später berühmt gewordenen Vortrag unter dem Titel „Die Kirche vor der Judenfrage“. In diesem stellte er sich gegen das Ansinnen des NS-Regimes, auch in der Kirche den sogenannten „Arierparagraphen“ umzusetzen, also Menschen mit jüdischer Herkunft aus ihr zu vertreiben. In diesem Zusammenhang formulierte Bonhoeffer drei Aufgaben der Kirche, in denen sie ihre gesellschaftliche Mitverantwortung wahrnehmen könne und müsse:

„... erstens ... die an den Staat gerichtete Frage nach dem legitim staatlichen Charakter seines Handelns, d.h. die Verantwortlichmachung des Staates.

2 Bellizistisch = kriegstreiberisch

zweitens der Dienst an den Opfern des Staatshandelns. Die Kirche ist den Opfern jeder Gesellschaftsordnung in unbedingter Weise verpflichtet, auch wenn sie nicht der christlichen Gemeinde zugehören. ...

Die dritte Möglichkeit besteht darin, nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen. Solches Handeln wäre unmittelbar politisches Handeln der Kirche und ist nur dann möglich und gefordert, wenn die Kirche den Staat in seiner Recht und Ordnung schaffenden Funktion versagen sieht, d.h. wenn sie den Staat hemmungslos ein Zuviel oder ein Zuwenig an Ordnung und Recht verwirklichen sieht“ (Hervorhebung durch den Autor).³

Überträgt man die grundlegenden staats- und rechtsethischen Überlegungen Bonhoeffers in die Ebene der internationalen Politik, so ist leicht zu sehen, dass die normative Begründungsstruktur des R2P-Konzepts seiner Argumentation in weiten Teilen entspricht, auch wenn bei Erstellung der ICISS-Studie ein solcher inhaltlicher Zusammenhang kaum gesehen bzw. für belangvoll gehalten worden sein dürfte. Nicht zufällig geht es in beiden Fällen um Situationen systematischer Verfolgung von bestimmten Personengruppen, bis hin zu deren drohender oder bereits begonnener Ermordung. Die politische Rolle, die Bonhoeffer im Blick auf die von ihm betrachtete innenpolitische Situation in Hitlerdeutschland hilfsweise der Kirche zuweist, ist im Kontext heutiger internationaler Politik durch die Staatengemeinschaft wahrzunehmen.

Das Prinzip der Schutzverantwortung und die Realität nationalstaatlicher Interessenpolitik

Eine sachgemäße Umsetzung des Prinzips der internationalen Schutzverantwortung in der real existierenden Staatenwelt steht freilich vor systematischen Problemen, die nicht nur unter politischer, sondern auch unter ethischer Rücksicht von erheblichem Gewicht sind. Diese

Probleme lassen sich zu wesentlichen Teilen darauf zurückführen, dass für die Entscheidung eines Staates, Verpflichtungen gemäß dem R2P-Prinzip zu übernehmen oder dies nicht zu tun, oftmals die Orientierung an seinen außenpolitischen Partikularinteressen (auch ökonomischen) weit wichtiger erscheint als an Aspekten ethischer bzw. humanitärer Dringlichkeit. Dies wirkt sich nicht nur auf Einzelaspekte aus, etwa ob und in welchem Umfang die benötigten Ressourcen für Einsätze einschließlich einer unter Umständen notwendig erscheinenden militärischen Absicherung bereit gestellt werden; vielmehr geht es um die grundlegende Handlungslogik derjenigen Mächte, die entscheidende Weichenstellungen im Weltsicherheitsrat, aber auch vor Ort vornehmen.

Das Problem ist seit dem 19. Jahrhundert bekannt, als dadurch das auch damals diskutierte Konzept der „Humanitären Intervention“ in Verfall kam. Unter seinem Deckmantel betrieben europäische Mittelmächte ziemlich unverhohlenen nationalstaatliche Interessenpolitik mit militärischen Mitteln, die auf Machtprojektion und Einflussverbreiterung in geographische Bereiche hinein zielte, die bislang unter anderen, den Eigeninteressen der Interventen weniger günstigen Kräfteverhältnissen standen. Das humanitäre Argument war also nur vorgeschoben, um den in Wirklichkeit stattfindenden kriegerischen Austrag herkömmlicher Mähtekonkurrenzen zu couvriren. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen formulierte die UN-Charta das Gewalt- und das Nichtinterventionsgebot besonders stark aus, denn man war besorgt, dass anderenfalls eine leicht zu missbrauchende Legitimationsfolie für neue, wiederum nur vorgeblich mit humanitären Gründen gerechtfertigte zwischenstaatliche Kriege bereit liegen könnte.

Es droht stets die Gefahr, dass ethisch motivierte Interventionsentscheidungen von Interessenpolitik überlagert werden

Wenn in der Indienstnahme auch des R2P-Konzepts für ähnliche Formen der Interessenpolitik eine reale

Gefahr liegt, zeigt sich zugleich, dass und warum etwa in Veränderungen von Verfahrensmodi bei Abstimmungen im Weltsicherheitsrat zu Situationen, in denen dieses Konzept relevant wird, keine Lösung des grundlegenden Legitimationsdilemmas liegen kann. Am konkreten Fall des Genozids in Ruanda 1994 lässt sich dies sehr klar erkennen: Obwohl der Völkermord, der schließlich etwa einer Million Menschen das Leben kostete, bereits in vollem Gang war, fand sich der UN-Sicherheitsrat nicht bereit, diesen Begriff in der einschlägigen Resolution zu verwenden, weil dies die völkerrechtliche Pflicht zum Eingreifen unmittelbar nach sich gezogen hätte. Zwar kam es spät noch zu einer interventionsähnlichen Operation mit Mandat des Sicherheitsrates (Opération Turquoise), doch schützte sie im Wesentlichen die Flucht der Milizen, die für den Völkermord hauptsächlich verantwortlich waren, in den Ostkongos vor den heranrückenden Truppen unter dem Kommando des heutigen Staatspräsidenten Paul Kagame – den verfolgten Tutsi und gemäßigten Hutu in Ruanda aber konnte sie nicht mehr wirksam helfen.

Nicht nur der seinerzeit in den Vereinten Nationen für Peacekeeping-Einsätze verantwortliche Kofi Annan, auch US-Präsident Bill Clinton und seine damalige UN-Botschafterin Madeleine Albright haben einige Jahre später ihr Bedauern über das Nichthandeln der Staatengemeinschaft zugunsten der Opfer des Völkermordes bekundet, ein Nichthandeln, das durch ihre je eigene politische Rolle wesentlich mitbedingt war. Wie wäre es zu beurteilen gewesen, wenn sich die USA in dieser Situation aus humanitären Gründen zu einem Alleingang entschlossen hätten? Zumal der Nachweis, dass Hunderttausenden dadurch das Leben gerettet wurde, niemals hätte geführt werden können, wenn dieses unilaterale Vorgehen erfolgreich gewesen wäre? Angesichts eines fehlenden UN-Mandats hätten sich die USA in der Situation der NATO vor der Kosovo-Intervention 1999 befunden: Damals entschied man sich, nicht untätig zu bleiben, sondern – als klassisches Militärbündnis einzelner Staaten, nicht als UN-Organisation! – militärisch zu

³ Bonhoeffer, D.: Die Kirche vor der Judenfrage, in: Dietrich Bonhoeffer Auswahl, hrsg. v. Christian Gremmling und Wolfgang Huber, Gütersloh 2006, 69-79, hier 74.

intervenieren. Ex post⁴ lässt sich sicher sagen, dass ein ethisch gerechtfertigter Interventionsgrund, wenn er im Kosovo-Fall bejaht werden kann, im Fall Ruandas mit noch weit größerer Sicherheit hätte angenommen werden können.

Ethische Legitimität versus völkerrechtliche Legalität von Interventionen

Wenn der Schutz von Menschen, die in ihrem Existenzrecht bedroht sind, die fundamentalste Norm einer Ethik der internationalen Beziehungen darstellt, so lässt sich das Spannungsverhältnis zwischen Legalität und Moralität einer Entscheidung zum Eingreifen nur so entschärfen, dass auf politischem Weg die Zahl der Fälle möglichst minimiert wird, die hier auf eine alternative Wahl hinauslaufen. Die Lösung, der Legalität den Vorrang vor der unter Umständen offenkundigen humanitären Dringlichkeit eines Eingreifens zu geben, scheidet bei einer ethischen Betrachtung aus, denn das Streben nach Rechtssicherheit, so wünschenswert diese ist, kann grundlegende Erfordernisse materialer Gerechtigkeit nicht suspendieren. Die rechtsphilosophischen Implikationen dieses Gedankens hat bereits 1946 der große Rechtsgelehrte Gustav Radbruch in seinem Aufsatz „Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht“ ausgearbeitet; damals ging es um die Strafbarkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit trotz entgegenstehender, weil diese Verbrechen scheinbar legalisierender Gesetze. Die als „Radbruch'sche Formel“ bekannt gewordene Formulierung lautet: „Der Konflikt zwischen der Gerechtigkeit und der Rechtssicherheit dürfte dahin zu lösen sein, dass das positive, durch Satzung und Macht gesicherte Recht auch dann den Vorrang hat, wenn es inhaltlich ungerecht und unzumutbar ist, es sei denn, dass der Widerspruch des positiven Gesetzes zur Gerechtigkeit ein so unerträgliches Maß erreicht, dass das Gesetz als ‚unrichtiges Recht‘ der Gerechtigkeit zu weichen hat“.⁵ Das Vorliegen dieser

Konstellation wurde von deutschen Gerichten vornehmlich in Bezug auf Tötungshandlungen in staatlichem Auftrag während der NS-Zeit bejaht und die Radbruch'sche Formel bemerkenswerter Weise nach 1990 auch auf die strafrechtliche Ahndung von Tötungsdelikten an der innerdeutschen Grenze bis Herbst 1989 angewendet. Der Unterschied im Hinblick auf das hier in Rede stehende Problem besteht lediglich darin, dass sich die Gesetzlichkeit, auf die Bezug zu nehmen ist, nicht als Legalisierung von Verbrechenstatbeständen ausnimmt, sondern als Normensystem, das u. U. die Verhinderung oder Beendigung solcher Tatbestände zu blockieren droht und deren Invollzugsetzung daher begünstigt, ja letzten Endes erst ermöglicht, dass sie sich in großem Umfang realisieren lassen.

Das Auseinanderdriften von juristischen und moralischen Normen sollte möglichst vermieden werden

Damit hängt alles an der verantwortungsvollen, nicht missbräuchlichen Inanspruchnahme einer Berechtigung zum Eingreifen auch jenseits der Legalität stiftenden Beschlussfassung des UN-Sicherheitsrates. Dass sie verantwortungsvoll geschehe, wird von ihren Befürwortern regelmäßig behauptet, von ihren Gegnern ebenso regelmäßig bestritten werden. Auch deswegen muss durch Fortbildung des internationalen Rechts so weit wie möglich vermieden werden, dass ein solcher Konflikt zwischen juristischen und moralischen Normen überhaupt entsteht. Im jüngsten Fall einer solchen Intervention, in der Beschlussfassung des UN-Sicherheitsrates zu Libyen (Resolution 1973), hat man diesen Grundsatz zu beachten versucht und erstmals das R2P-Prinzip als tragende Begründung für das erteilte Mandat der Vereinten Nationen im Text verankert. Zu einer „leeren Menge“ wird die denkbare Konfliktlage zwischen Normensystemen unterschiedlicher Gattung dennoch nicht, und einem sachgemäßen ethischen

Umgang hiermit galten die voranstehenden Überlegungen.

Politische und ethische Voraussetzungen legitimer Interventionen

Interessenpolitik der Nationalstaaten entlang einer Kriterienliste, in der Menschenrechtsbelange randständig sind, kann dazu führen, dass nicht interveniert wird, wo aus humanitären Gründen interveniert werden müsste, und dort interveniert wird, wo kein humanitäres Anliegen auf dem Spiel steht. Gerade Länder aus der Dritten Welt warnen daher vor „neokolonialer Einmischung“ und bestehen auf einer eher restriktiven Fassung des R2P-Prinzips, was sich aus Nr. 138 und 139 der Resolution 60/1 der UN-Generalversammlung vom Herbst 2005 im Quervergleich mit den Empfehlungen des ICISS-Studie von 2001 deutlich erkennen lässt. Generell misslich ist diese Situation, weil damit jegliches Argument, das humanitäres Eingreifen fordert, rasch von vornherein unter Verdacht steht: „Sie sagen ‚Menschenrechte‘ und meinen – Öl!“

Selbst wenn dies nicht zutrifft, wirkt sich das eher kurzfristige interessenpolitische Kalkül – das zudem rasch zur Uneinigkeit der Akteure führt, wenn deren Interessen zu divergieren beginnen – häufig so aus, dass der Erfolg einer Intervention gefährdet wird, weil die bereit gestellten Kräfte bereits zu Beginn unzureichend sind und/oder die komplexen Aufgaben einer längerfristigen Konfliktnachsorge und des Aufbaus eines Gemeinwesens, das neuerlich entstehende humanitäre Notlagen nicht befürchten lässt, unterschätzt werden. Und auch für relativ erfolgreiche Interventionen gilt, dass sie im besten Fall das Schlimmste verhindern, oft jedoch keinen flächendeckenden Schutz für die Zivilbevölkerung garantieren können, obwohl dies eines der zentralen Ziele ist, die sich aus dem R2P-Ansatz ergeben. Denn viel hängt von den Gegebenheiten vor Ort ab; sogar eine umfangreich angesetzte Intervention kann in einem ausgedehnten Flächenstaat wie etwa dem Kongo darauf hinauslaufen, dass weite Landstriche ungeschützt bleiben, weil es den trotz ihres unter Umständen bedeutenden Umfangs dennoch begrenzt bleibenenden Interventionstruppen faktisch un-

4 Ex post (lat) = aus nachträglicher Sicht

5 Radbruch, G.: Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht, in: Süddeutsche Juristenzeitung 1 (1946) 105-108 (zit. nach: Gustav Radbruch,

Rechtsphilosophie III, bearbeitet v. Winfried Hassemer, Heidelberg 1990 [=Radbruch-Gesamtausgabe Bd. 3], 83-93, hier 107.

möglich ist, überall hinreichend präsent zu sein, wo sie benötigt werden. Die oft beschriebene Selektivität von Interventionsentscheidungen hat daher neben politischen Ursachen auch solche, die auf tatsächlichen Restriktionen vor Ort beruhen und nicht einfach beseitigt werden können.

Die humanitäre Begründung militärischer Einsätze muss für die Menschen vor Ort nachvollziehbar sein

Schließlich stellt sich das Problem der Akzeptanz eines humanitär begründeten militärischen Einsatzes bei den Menschen vor Ort. Die beanspruchten humanitären Begründungen müssen dazu in einer für die Betroffenen nachvollziehbaren und transparenten Weise handlungsleitend für die gesamte Einsatzführung werden – mit anderen Worten: Es gilt zu vermeiden, dass der Eindruck entsteht, dieser Einsatz folge in Wirklichkeit einer anderen Logik, wähle aus dieser die angewendeten Methoden aus und instrumentalisiere zu ihrem Zweck beispielsweise die immer wieder notwendig werdende Koordination mit zivilen Akteuren im Land. Zahlreiche Vorbehalte solcher Akteure gegenüber irgendwelchen Formen der Abstimmung oder Kooperation mit militärischen Einheiten haben in dieser Ambivalenz, die immer wieder mit deren Präsenz einher geht, ihren Grund. Wenn sichtbar würde, dass auch militärische Einsätze im Rahmen humanitär begründeter Interventionen eher einer im weitesten Sinn polizeilichen statt einer herkömmlichen militärischen Einsatzdoktrin folgen, würde das beschriebene Spannungsverhältnis wohl dementsprechend erheblich entschärft. Realistischerweise muss man jedoch zugeben, dass nicht alle im Rahmen solcher komplexer Operationen anfallenden Aufgaben von einer Art sind, dass sie die für militärische Einsätze charakteristischen Handlungsmöglichkeiten schlichtweg erübrigen. Auch hier geht es also nicht um ein Entweder-Oder in der Formulierung der einen Einsatz leitenden Handlungsgrundsätze, wohl aber darum, den Anteil derjenigen Handlungsmodi, die besonders gewalthaltig sind, nach Möglichkeit zu minimieren.

Zielkonflikte und Risiken von Interventionspolitik

Eine für ein ethisches Urteil ex ante⁶ sehr kritische Problematik stellt stets die Abschätzung der voraussichtlichen Folgen einer Interventionsentscheidung dar. Dies aus mehreren Gründen, von denen einige bereits genannt wurden.

Zum einen bestimmt in der Regel nicht der Intervenierende allein den Gang der Ereignisse, es sei denn, er ist so haushoch überlegen, dass er seine politischen Ziele schon von einem frühen Zeitpunkt an und weitgehend, ohne mit nennenswertem Widerstand rechnen zu müssen, durchsetzen kann. Die Eigendynamik insbesondere bewaffneter Auseinandersetzungen lässt sich grundsätzlich nur schwer im Voraus kalkulieren und zwingt im Laufe der Zeit immer wieder zu Veränderungen des eigenen Handlungskonzepts, idealerweise so, dass dadurch Eskalationskontrolle und Deeskalation wahrscheinlicher werden als weitere Eskalation.

Selbst dann besteht jedoch ein ethischer Zielkonflikt darin, dass überhaupt Gewalt angewendet wird, die auch im günstigsten Fall stets zerstörerische Konsequenzen hat und deswegen bereits aus sich heraus zu Verhärtung und Verbitterung auf Seiten der von ihren Folgen Betroffenen beitragen kann.

Darüber hinaus lassen sich auch die politischen Dynamiken nicht in einem vorher gefassten „Masterplan“ quasi einfangen. Hierin liegt die Ambivalenz der populären Forderung begründet, man müsse bereits zu Beginn einer solchen Unternehmung eine „Exit-Strategie“ konzipiert haben, so als könne man diese während des Zeitraums der Intervention in Ruhe abarbeiten. In Wirklichkeit ändern sich mit den Unvorhersehbarkeiten des Konfliktverlaufs auch die Zielsetzungen, die zu erreichen man für realistisch halten darf.

Bestimmte politische Akteure vor Ort verfolgen häufig eigene Interessen, die das Interventionsziel zu verfälschen oder zu vereiteln drohen

Zu diesen ungeplanten und oft ungewollten Verläufen trägt nicht unwesentlich bei, dass bestimmte politische Akteure vor Ort, die von der Intervention profitieren, ihre eigene Agenda verfolgen und versuchen können, die Intervenenten und ihre politischen wie militärischen Entscheidungen in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. Beispiele dafür hält die Entwicklung der Kosovo-Intervention 1999 bereit, aber auch der Prozess, der der Libyen-Intervention 2011 folgte. Auch die Veränderungen im Irak und in Afghanistan, die bis heute andauern, sind Belege für die Bedeutung dieser Problematik. Dadurch tritt der Zielkonflikt klar hervor, der für die intervenierende Seite entsteht: Die Erreichung wenigstens der wesentlichen Zielsetzungen der Intervention soll gegen Versuche ihrer Verfälschung oder Vereitelung sichergestellt, gleichzeitig aber vermieden werden, dass die temporäre Präsenz externer Akteure im Interventionsgebiet dort als Oktroi, als fremdbestimmter politischer Status interpretiert und aus diesem Grund abgelehnt wird. Denn ein sich auf solche Weise leicht herausbildendes Ressentiment verhindert, dass sich die Menschen im Interventionsgebiet mit den Zielen der Intervention identifizieren, auch wenn diese in ihrem besten eigenen Interesse formuliert wurden.

Die Frage nach Reichweite und Grenzen legitimen Eingreifens stellt sich daher auch so, dass es jeweils eigens zu klären gilt, unter welchen Voraussetzungen eine humanitär begründete Intervention überhaupt Aussichten auf eine gewisse Nachhaltigkeit in sich birgt. Im Zusammenhang mit der Libyen-Intervention wurde viel kritisiert, am Anfang habe lediglich das UN-Mandat zum Schutz bedrohter Zivilbevölkerung gestanden, während im Lauf der Intervention die politische Zielsetzung substanziell verändert worden sei, indem offenkundig mehr und mehr ein Regimewechsel, also der Sturz des Despoten Muammar Ghaddafi und der ihn stützenden politischen Klientel, angezielt worden sei. Wie immer man dies im Hinblick auf den konkreten Fall Libyen bewerten mag – die Vermutung liegt auf der Hand, dass ein Regime, das für einen Völkermord oder ande-

6 Ex ante (lat) = aus vorhergehender Sicht

re schwerwiegende und systematische Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist und den eigentlichen Interventionsgrund liefert, in Zukunft kaum bereit sein dürfte, die elementaren Rechte der Menschen zu respektieren und die dazu notwendigen Schutzgarantien zu geben.

Je gravierender der Anlass zur Intervention, desto wahrscheinlicher ist die Notwendigkeit eines Regimewechsels

Je gravierender der Anlass zur Intervention, um so unplausibler erscheint daher der Gedanke, sie ohne einen Regimewechsel erfolgreich beenden zu können. Politische Kompromisse, in denen der Machterhalt der bisherigen Funktionselite – und in gleichem Maße die Zurtücknahme des politischen Einflusses der Interventionen – vorerst in Aussicht gestellt wird, erscheinen in diesem Licht wie Wetten darauf, dass von einer Vielzahl möglicher, auch schlechter weiterer Entwicklungen ausgerechnet der am wenigsten wahrscheinliche beste Fall eintreten dürfte.

Ein besonders bedrückendes Beispiel für diese Problematik bietet die aktuelle Entwicklung in Afghanistan. Sukzessive wurden die politischen Anforderungen, die für einen Rückzug der internationalen Schutztruppe ISAF einmal formuliert wurden, immer weiter reduziert, um den politisch entschiedenen Truppenabzug ab 2014 nicht gänzlich unrealistisch erscheinen zu lassen. Es ist jedoch unbestreitbar, dass zu diesem Zweck Zielsetzungen in Frage gestellt werden, die einmal als *conditio sine qua non*⁷ einer vertretbaren Abzugsentscheidung betrachtet wurden. Wie weit unter den absehbaren Rahmenbedingungen nach einer Übergabe der politischen Gesamtverantwortung an die Afghanen auch nur die grundlegendsten menschenrechtlichen Verbesserungen, die in der Zeit nach 2001 implementiert wurden, erhalten werden könnten, steht dahin. Gerade ältere Afghanen sehen mit großer Furcht dem Zeitpunkt entgegen, ab dem die eventuell noch im Land ver-

bleibenden internationalen Kräfte zu schwach sind, um einen drohenden Bürgerkrieg oder die erneute Machtübernahme durch ein radikales Regime, wie es die Taliban-Herrschaft seinerzeit darstellte, verhindern zu können. Mit einer solchen Abzugsperspektive gerät notwendigerweise die Legitimität der gesamten bisherigen Intervention ins Zwielicht und werden in den die Truppen stellenden Ländern die Fragen nachdrücklicher, ob angesichts eines solchen Endes der Verlust des Lebens vieler Menschen, auch eigener Soldaten, tatsächlich gerechtfertigt erscheint.

Ausblick: Die Alternativlosigkeit des Prinzips der internationalen Schutzverantwortung

Die voranstehenden Überlegungen zeigen, dass für humanitär begründetes Eingreifen dieselbe ethische Grundstruktur prägend ist wie für alle anderen Formen der zwangsweisen Beendigung eines unerträglichen Zustands, dem anders nicht mehr abgeholfen werden kann:

Dieser Handlungsmodus ist mit so vielen und gravierenden negativen Nebenfolgen behaftet, dass die primäre Verpflichtung darin erkannt werden sollte, eine zur Intervention nötige Situation möglichst nicht erst entstehen zu lassen. Jedoch steht dies nicht allein in der Macht derer, auf die das Odium einer möglichen Interventionsentscheidung fallen könnte.

Zugleich kann die Gefahr des Eintretens der genannten Nebenfolgen nicht bereits als solche bewirken, dass Intervention als Reaktionsmöglichkeit auf schwerwiegendste Menschenrechtsverletzungen schlechthin ausscheidet. Denn andere Möglichkeiten stehen nicht zu Gebote, insbesondere gilt für Sanktionen, dass sie,

weil allenfalls mittelfristig spürbar, in konkreten humanitären Gefährdungslagen wirkungslos sind und damit als Alternative zur Intervention nicht in Betracht kommen.

Die generelle Ablehnung einer internationalen Schutzverantwortung, die auch bewaffnetes Eingreifen als äußerstes Mittel nicht ausschließen kann, liefe dagegen, so die hier vertretene Auffassung, letztlich auf eine implizite Negation der normativen Prämissen hinaus, die eine Ethik internationaler Beziehungen zu tragen vermögen. Eine solche, um die Schutzverantwortungskomponente reduzierte ethische Konzeption würde sich letztlich selbst aufheben, weil sie genau für denjenigen Fall, in dem der Solidaritätsgedanke gegenüber bedrohten und verfolgten Menschen in besonderer Weise relevant wird, keine Handlungsmöglichkeiten mehr bereit hielte, die solcher Not wehren könnten. Damit würde sie Menschen, die gerettet werden könnten, dem Zugriff von Gewalttätern überantworten, die sich durch moralische Skrupel in der Verfolgung ihrer Ziele nicht gehindert sehen.

Die (Zeit-)Geschichte ist voll von Beispielen dafür, dass es an solchen Akteuren nicht mangelt und ethische Empfehlungen, die die Augen vor dieser Realität verschließen, einen hohen, zu hohen Preis kosten: an eigener Überzeugungskraft, mehr aber noch an den dann schutzlosen Opfern verbrecherischen Handelns.

Wer einmal am Rand der gesprengten Gaskammern und Krematorien in Auschwitz-Birkenau gestanden und für einen Moment darüber nachgedacht hat, wie es wäre, wenn man selbst in sie hineingeführt würde, der vermag zu erfassen, wovon bei diesem Thema letztlich die Rede ist. □

Redaktionsschluss für **AUFTRAG 287**

Freitag, 31.08.2012

⁷ *conditio sine qua non* = Bedingung, ohne die nicht

Impressionen vom 98. Katholikentag



Bei der Podiumsdiskussion „Gerechter Friede für Afghanistan“ zeigte die GKS mit den Stellwänden Flagge.



Der Stand der GKS hatte stets viel Besuch von interessierten Teilnehmern des Katholikentages.



Der Stand der Militärseelsorge war wie üblich bei den Bistümern in der Nähe des Standes des Bistums Essen untergebracht.



Etwas ruhiger gelegen mit interessanter „Nachbarschaft“ der Stand der Katholischen Friedensstiftung aus Hamburg, die Besucher des Katholikentages fanden sich trotzdem zu anspruchsvollen Diskussionen ein.



In der Fußgängerzone in Mannheim fanden sich täglich Jugendgruppen ein, die mit musikalischen und tänzerischen Einlagen die Besucher des Katholikentages unterhielten.



Der Präsentation des Bistums Essen stand unter dem Mott „Bauen! Im Auftrag des Herrn“ und hatte stets hohen Zuspruch, da die Gläubigen sich über den Umbau und Neuordnung des Bistums unterrichten wollten. Dabei nutzten sie ausgiebig das Gespräch mit Bischof Overbeck.



Der Essener Bischof war ein gesuchter Gesprächspartner.



Blick aus dem Zuschauerraum auf das Podium mit Moderator „Führungsverantwortung und Familie“. Siehe dazu auch den Bericht im Heft. (Foto: Rüdiger Attermeyer)



Blick auf die Zuhörer des Podiums „Gerechter Friede für Afghanistan“. Siehe dazu auch den Bericht im Heft

Politikergespräch mit Sts Beemelmans

Die laufende Bundeswehrreform

Am 22.06.2012 fand im Haus des Katholischen Militärbischofs im Katholischen Militärbischofsamt in Berlin ein Politikergespräch statt.

Hälfte Uniformierte, hat sich der Referent Stéphane Beemelmans, Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung mit einem eingehenden

kussionsrunde war erkennbar, dass doch vieles noch nicht für alle deutlich erscheint hinsichtlich der laufenden Bundeswehrreform.



Politikergespräch: Von links: Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut, Staatssekretär Stéphane Beemelmans, Oberst Josef Schmidhofer

Vorangegangen zu diesem Gespräch war eine Heilige Messe im Katholischen Militärbischofsamt, die der Militärgeneralvikar und Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut zelebrierte.

Bei dem Politikergespräch wurde dann das Thema: „Die laufende Bundeswehrreform – Auswirkungen auf das Selbstverständnis des Soldaten“ eingehend behandelt. Unter nahezu 60 Teilnehmern, davon über die

Statement dieser Thematik gewidmet und im Weiteren auch den sehr bewegten Fragen in der Diskussionsrunde gestellt. Die Moderation bei diesem Politikergespräch führte Oberst Josef Schmidhofer, Gruppenleiter im Heeresamt V3 in ausgezeichnete Weise durch.

Alle Teilnehmer waren positiv eingestimmt auf die Informationen durch den Staatssekretär und bei den vielen Fragen im Anschluss der Dis-

Im Anschluss an diese sehr bewegte Diskussionsrunde hat das Katholische Militärbischofsamt zu einem gemeinsamen Mittagessen eingeladen und bei schmackhaftem Essen und interessanten Gesprächen endete diese Veranstaltung. Das Katholische Militärbischofsamt unterstützt diese Politikergespräche als Mitveranstalter und hat über den Militärgeneralvikar dazu eingeladen. □

(Text und Bild: Rainer Zink)

Kurznachrichten

„Vertretbare Lösungen“ für Wiederverheiratete

Der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck, hat „vertretbare Lösungen“ bei der Eucharistie für wiederverheiratete Geschiedene angemahnt. Derzeit rufen Priester-Initiativen in den Bistümern Freiburg, Rottenburg-Stuttgart und Köln dazu auf, Wiederverheirateten die Kommunion zu spenden. Damit zeigen sie Ungehorsam gegen das

kirchenamtliche Kommunionverbot für geschiedene Katholiken, die erneut geheiratet haben. Wenn hinter dieser Aktion „eine Ungeduld steht, die Dinge voranbringen will, kann ich damit kreativ umgehen“, sagte Overbeck dem Newsletter des Deutschen Predigtpreises.

Einerseits ist der Protest laut Overbeck positiv zu sehen als ein

seelsorglicher „Hinweis darauf, dass wir auf das Scheitern des Lebensentwurfs keine einfachen Antworten haben“. Andererseits sei Ungehorsam gegenüber der Kirche und dem Bischof „immer ein schlechter Ratgeber im Blick auf die Loyalität, die uns als Kirche insgesamt trägt“.

(KNA)

Solidarität mit dem Heiligen Land

Das Christentum in Israel zwischen Tradition, Anfechtung und Behauptung

VON ANDREAS M. RAUCH¹

Der Begriff „Israel“ stammt aus dem Hebräischen und bedeutet „für den Gott streitet“ oder „Gottesstreiter“ (1 Mos. 32,39) und beinhaltet sowohl eine religiöse wie eine politische Dimension.

Einer der streitet, fällt eher unangenehm auf, ganz so wie es der alttestamentliche Psalm 118 in Vers 22 bedeutet und der im neutestamentlichen Matthäusevangelium wieder aufgegriffen wird: „Der Stein, den die Bauleute verworfen haben, der ist zum Eckstein geworden.“ (Matt. 21,42) Der jüdische Glaube und der Staat Israel sind bis heute religiöse und politische Phänomene, die unangenehm auffallen und an denen sich viele reiben. Ein Beispiel hierfür liefert das unglücklich und polemisch formulierte Gedicht „Was gesagt werden muss“ zum Thema Weltfrieden und zur Rolle Israels aus der Sicht von Günter Grass, wobei die späteren Relativierungen von Grass in der Sache auch nicht hilfreich sind. Und nahezu täglich lassen sich andere Beispiele finden. Die weltweite Christenverfolgung bis in unsere Tage, gerade im Vorderen und Mittleren Orient, liefert handfeste Belege, dass es heute in der Welt vielen Christen nicht anderes ergeht als Juden oder Israelis.

In der religiösen Wahrnehmung von Juden schwingt also zugleich für viele Menschen eine politische Ebene mit. Politik meint zunächst in seinen griechisch-römischen Wurzeln die Gestaltung des öffentlichen Raumes und das Suchen nach einem Ausgleich (Arete) zwischen vorhandenen Interessen. Durch das ständige Handeln oder Nicht-Handeln befindet sich der öffentliche Raum stets in der Veränderung und im Wandel: nichts bleibt, wie es war, und kaum etwas

bleibt erhalten – außer, was wir eben in Monumenten, Museen, Synagogen und Kirchen bewahren. Doch viele Menschen freunden sich ungern mit Prozessen der ständigen Veränderung an, sondern sie pflegen gewohnte Verhaltensweisen. Zu den Sinnbildern dieser geistig-kulturellen, religiösen Konstanz zählen orthodoxe Juden und sie sind deshalb Brennpunkt zahlreicher Anfeindungen, auch wenn sich viele von ihnen den technischen Revolutionen unserer Zeit, dem Fernsehen, der Computertechnologie, Handy, dem Internet mit seinen E-Mails und sozialen Netzwerken geöffnet haben – kurzum, sie werden zu Steinen des öffentlichen Anstoßes!

Der tiefere Grund für die Wahrnehmung des Judentums als Eckstein wird vor allem im Unterschied zu den Naturreligionen manifest. Vor den drei monotheistischen Weltreligionen Judentum, Christentum und Islam bestimmten Naturreligionen das religiöse Leben der Menschen. Mit den drei monotheistischen Weltreligionen traten grundlegende Änderungen ein, deren Vorreiter das Judentum waren. Die Götter der Naturreligionen waren für die Menschen irgendwie vorhanden, mitunter wurde auch ihr Eingreifen vermutet, etwa bei großen Naturereignissen und Naturkatastrophen. Aber im Prinzip hielten sich die Naturgötter aus dem Leben der Menschen heraus. Ganz anders war dies jedoch im Judentum, denn hier tritt der Mensch in eine ganz persönliche Beziehung zu Gott, und zwar auf eine vierfache Weise:

Gott ist Alpha und Omega, Anfang und Ende von allem, Gott ist der Schöpfer von Himmel und Erde und er wird am Ende der Zeiten kommen, richten und herrschen.

Gott ist der Herr der Geschichte. Gott ist auch heute schon gegenwärtig und wirkungsmächtig. Durch Wunder kann er auch in die Jetztzeit eingreifen. Im Christentum sprechen wir in diesem Zusammenhang vom Beginn des Reiches Gottes und der Herrschaft des Heiligen Geistes.

Die Menschen sind Gottes Ebenbild, nicht in dem Sinne, dass sie kleine Götter wären, aber sie tragen eine unsterbliche Seele in sich, die von Gott kommt und zu ihr zurückkehrt.

Den Menschen sind für das Leben hier auf Erden die zehn Gebote (Dekalog) aufgegeben worden, nach denen sie sich zu richten haben und bezüglich ihrer Einhaltung sie sich einst vor Gottes Thron verantworten müssen.

Damit wird aber auch deutlich: Menschen, Gesellschaften, Politiken und Religionen verändern sich, so wie sich alles verändert, aber Gott bleibt, Gott ist derselbe gestern, heute und in alle Zukunft. Dadurch wird Gott in einem Fluss der Veränderungen zu einem Eckstein, und auch orthodoxe Juden können Ausdruck dieses Ecksteins nach innen und nach außen verkörpern.

Wenn wir uns mit dem Heiligen Land heute auseinandersetzen, so handelt es sich also nicht um eine der üblichen Länderstudien, die zwar interessant, aber schnell zu den Akten gelegt ist. Sondern wir werden hier rasch mit Fragen nach dem Sinn und der Gestaltung menschlichen Lebens konfrontiert. Denn Geschichte und Politik Israels sind stets eng mit der jüdischen Religion verbunden.

Und es tritt noch eine weitere Wahrnehmungsebene hinzu, die besonders uns Deutsche und das deutsche Volk betrifft. Israel und die Israeliten gehören existentiell zur Ge-

¹ Professor (eh) Dr. Andreas M. Rauch lehrt Internationale Politik an den Universitäten Duisburg-Essen und Nürnberg-Erlangen und ist im Schuldienst in Köln tätig, wo er als Israel-Koordinator agiert.

schichte, zur Politik, zum Selbstverständnis und zur Identität der Bundesrepublik Deutschland. Bundeskanzler von Konrad Adenauer bis Angela Merkel unterstreichen, dass Deutschland für das Existenzrecht Israels einsteht. Dabei spielen starke jüdische Traditionen in Deutschland, ein ebenso lang existierender Antisemitismus und der Holocaust entscheidende Momente. Zum anderen prägt das Heilige Land religiöses Leben auch in Deutschland bis in die Gegenwart. In der Auseinandersetzung mit Israel haben wir es also insgesamt mit politischen und religiösen Dimensionen zu tun, die beide auf das Engste miteinander verwoben sind und dadurch hochkomplex und vielschichtig in der öffentlichen Wahrnehmung aufscheinen.

Befremdlich nehmen viele Europäer heute in Zeiten von Religionsfreiheit und einer (balancierten) Trennung von staatlichen und kirchlichen Angelegenheiten die Vermischung von politischen und religiösen Fragen wie im Falle Israels im Konstrukt eines jüdischen Staates wahr. Tatsächlich handelt es sich hierbei um eine abendländisch-westliche Perzeption, die zudem selbst in Europa nicht durchgreifend ist. So haben etwa die nordisch-protestantischen Länder wie Großbritannien, Dänemark, Norwegen und Schweden immer noch eine „Staatsreligion“, in vielen osteuropäischen Ländern wie Russland, Serbien oder Griechenland verfügen die orthodoxen Kirchen über eine besondere Stellung im Staatsgefüge und auch in katholischen Ländern wie Irland oder Polen hat die römisch-katholische Kirche eine herausgehobene, verfassungsrechtliche Stellung inne – ganz unabhängig vom Staat der Vatikanstadt.

Neben dem Christentum kommt auch anderen Weltreligionen die Rolle von „Staatsreligionen“ in einzelnen Ländern zu. So hat etwa der Islam in sämtlichen nordafrikanischen und arabischen Ländern sowie in einzelnen asiatischen Staaten wie etwa in Pakistan oder in Brunei eine herausragende Stelle inne. Auch die Weltreligion des Buddhismus kennt privilegierte Erscheinungsformen in einzelnen Staaten Asiens, so etwa in Bhutan und in Nepal. Das aber ausgerechnet die kleinste Weltreligion,

das Judentum, mit 15 Millionen Mitgliedern (ca. 6 Mill. in Israel, 5 Mio. in den USA und 4 Mio. weltweit) einen eigenen Staat beansprucht und seit 1947 behauptet², stößt seither auf Kritik – nicht nur bei Palästinensern, sondern auch in der arabischen Welt. Hierbei spielen auch Vorbehalte gegen die jüdische Religion an sich (Antisemitismus), latent vorhanden oder offen formuliert, eine politische Rolle.

Zum Stand der deutsch-israelischen Beziehungen

Im Zeitalter von Globalpolitik und Multilateralismus sinkt die Bedeutung bilateraler Beziehungen. So sind beispielsweise die deutsch-amerikanischen Beziehungen kaum noch virulent, während vor allem die Beziehungen EU-USA von politischem Gewicht sind. Doch im Falle Israels verhält sich dies anders.

Beendet ist die Zeit der Entschädigungszahlungen an Israel aufgrund von Schuld durch die systematische Vernichtung des jüdischen Volkes in der Zeit des deutschen Nationalsozialismus 1933-1945. In der Ära Adenauer betrugen die Entschädigungen an den Staat Israel rund 1,5 Mrd. DM, was in etwa einem heutigen Kaufwert von rund € 6 Mrd. ausmacht. Die Entschädigungszahlungen an einzelne Juden machen insgesamt ca. € 65 Mrd. aus. Es gibt heute deutsche Steuermittel allenfalls für politische Bildungs- und Jugendarbeit sowie die Tätigkeit der Kirchen und der Altertumsforschung sowie für Wissenschaft und zur Förderung der deutschen Sprache in Israel. Die Masse der heutigen deutschen Bevölkerung fühlt sich nicht mehr schuldig an diesem Verbrechen der Shoah, aber es gibt einen bleibenden Eindruck tiefer Betroffenheit und eines großen Verantwortungsgefühls für das jüdische Volk.

Durch eine Erinnerungskultur wie etwa dem Holocaust-Mahnmal und der Topographie des Terrors sowie den zahlreichen anderen Gedenkstätten in Deutschland werden die deutschen Verbrechen am jüdischen Volk wach gehalten. Deutsche Politiker, vor allem Bundeskanzlerin Angela Merkel,

haben wiederholt unterstrichen, dass Deutschland für das Existenzrecht des jüdischen Volkes und des Staates Israel einsteht. Um diese politische Haltung wirkungsmächtig zu unterstreichen, findet einmal jährlich eine Sitzung des deutschen und israelischen Kabinetts in Berlin und in Jerusalem statt. In diesen Zusammenhang passt es, dass einer repräsentativen Studie der Ben-Gurion-Universität des Negev mit dem Titel „Israelische Einstellungen zur EU“ nach sich 81% der Israelis eine EU-Mitgliedschaft wünschen und 43% eine Intensivierung der Beziehung zwischen der EU und Israel befürworten.³ Hierbei ist zu wissen, dass immerhin 8,5% der Israelis neben der israelischen auch die Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedsstaates haben. Und Bundeskanzlerin Angela Merkel ist laut dieser Studie mit Abstand die beliebteste europäische Politikerin in Israel.

Der „arabische Frühling“ macht in erschreckender Weise deutlich, dass Israel als rechtsstaatliche Demokratie bislang von Diktaturen und Autokratien umgeben ist, in der sich politische Kräfte hinsichtlich Reformen und Demokratie erst den Weg bahnen müssen. Darauf hat der israelische Ministerpräsident Binyamin Netanyahu in einem Interview mit dem arabischen Sender „Al-Arabiya“ aufmerksam gemacht⁴. Netanyahu wörtlich: „Die große Frage ist, wohin der arabische Frühling geht. Wenn er sich in Richtung Demokratie und Reformen bewegt, vielleicht auch in Richtung eines kontrollierten Reformprozesses, von Modernisierung und größerer Freiheit, die die arabischen Völker verdient haben, dann ist dies gut für Israel. In der arabischen Welt gibt es viele junge Menschen, die sich eine andere Zukunft wünschen. Wenn der arabische Frühling sich aber in Richtung einer Diktatur im iranischen Stil bewegt, wie es leider auch im Libanon geschehen ist, dann ist das schlecht. Es ist schlecht für die Menschen dort, aber auch für den Frieden.“⁵

3 Jerusalem Post, 12. Juli 2011

4 Amt des Ministerpräsidenten von Israel, Jerusalem, 21. Juli 2011

5 Newsletter der Botschaft des Staates Israel in Deutschland, 22. Juli 2011

2 Vgl. Michael Wolffsohn: Israel. Geschichte, Politik, Wirtschaft. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2007

Israel präsentiert sich heute als ein moderner Staat, dessen Bevölkerung überwiegend in Städten wohnt und dessen Infrastruktur mit westeuropäischen Staaten vergleichbar ist. Zu diesem modernen Gesicht Israels gehört seine hohe Lebenserwartung (Männer fast 77 Jahre, Frauen fast 81 Jahre) und seine gute Infrastruktur. Auch beim Umweltschutz und den regenerativen Energien verhält sich Israel fortschrittlich. Die israelische Regierung hat 2011 ein langfristiges Programm für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien verabschiedet, dessen Ziel es ist, die Emissionen und damit die Luftverschmutzung bei der Stromproduktion zu verringern. Gegenwärtig wird zehn Prozent der Stromerzeugung in Israel aus regenerativen Energien erzeugt, was etwa durch Solaranlagen in der Negev-Wüste weiter ausgebaut werden soll. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Israel nach wie vor in hohem Maße auf Gas aus Ägypten angewiesen ist. So kommen fünfzig Prozent des in Israel verbrauchten Gases aus Ägypten. Umso schwieriger ist es, dass es im ersten Halbjahr 2011 bereits vier Anschläge auf die Gaspipeline von Ägypten nach Israel gegeben hat, wobei offen bleibt, ob diese mit dem „arabischen Frühling“ oder mit dem Palästinenser-Konflikt zu tun haben.⁶

Auch für Deutschlands Außenpolitik und für die deutsch-israelischen Beziehungen stellen die ständigen Hasstiraden aus Teheran gegen Jerusalem ein Problem dar. Das iranische Regime, immer kurz davor, seine Absicht, eine Atombombe zu bauen, geradeheraus auszusprechen, versucht seit geraumer Zeit nicht einmal, seine Fortschritte bei der Anreicherung von Uran zu verbergen. Im Juni 2011 hat die Islamische Republik Iran mitgeteilt, dass sie Anfang 2011 zum ersten Mal zwei Langstreckenwaffen in den Indischen Ozean abgeschossen hat. Der britische Außenminister William Hague hat zudem die Vermutung geäußert, dass der Iran geheime Tests von Raketen durchführt, von denen einige auch mit atomaren Sprengköpfen bestückt werden könnten. Hague erklärt, dies sei ein klarer Verstoß ge-

gen die UN-Resolution 1929. Auch für Deutschland ist es problematisch, dass der Iran seine Beziehungen zu Nordkorea verstärkt, einem Staat, der über Atomwaffen verfügt.⁷

Doch gerade die vergangenen dreißig Jahre in den Blick nehmend hat Israel eine ganz bedeutsame Entwicklung zurückgelegt. Am deutlichsten wird das an der stetigen Zunahme der Bevölkerung von Israel, was mit entsprechenden Infrastrukturmaßnahmen einher geht. War etwa vor zwanzig Jahren der Nordteil von Tel Aviv reines Sanddünengebiet, so ist inzwischen die Mittelmeerküste von Tel Aviv bis Haifa weitgehend zugebaut, immer wieder durchsetzt mit Seniorenresidenzen, da viele Juden ihren Lebensabend im „gelobten Land“ verbringen und dort auch sterben möchten. Schwierigkeiten hat Israel mit dem Erhalt und der Renovierung alter Bausubstanz und von Kulturdenkmälern, was gerade in Tel Aviv sich als problematisch darstellt. Aber auch hier gibt es kleine Fortschritte etwa mit der Renovierung der Häuser aus der Bauhaus-Zeit der zwanziger und dreißiger Jahre in der Bialik-Street sowie der Einrichtung und dem Unterhalt des Bialik-Dichtermuseums, des Museums für die Geschichte der Stadt Tel Aviv und dem Rubin-Malermuseum.

Das Heilige Land und das Erbe des Jesus von Nazareth

Für viele Europäer verbindet sich mit Israel vor allem das Herkunftsland Jesu in Galiläa und seinen Wirkungsstätten in Bethlehem und Jerusalem. Der Begriff vom Heiligen Land gestaltet sich vielschichtig, da sich mit ihm drei Weltreligionen verknüpfen, und zwar Judentum, Christentum und Islam. Bei der Frage nach Christlichem im Heiligen Land heute geht es nicht einfach um einen Länder- oder Regionalbericht, was allein schon deshalb schwierig ist, da sich das Heilige Land auch auf das heutige Jordanien – etwa die ehemalige Kreuzritterburg Kerak – und Syrien – so die weltberühmte Kreuzfahrerfestung Krak des Chevaliers – erstreckt. Es geht dabei auch um eine Suche nach tragfähigen Werten und Sinn-

orientierungen hinsichtlich des christlichen Glaubens in unserer modernen Welt heute. Dies wird erschwert dadurch, dass auch für die Juden das Heilige Land religiöse und politische Heimat ist, also jenes Gebiet, welches ihnen von Gott im Alten Testament, im Pentateuch (die fünf Bücher des Moses), versprochen wurde. Für die Juden ist der Pentateuch schlichtweg die Thora – das Gesetz. Tatsächlich verfügt Israel über keine Verfassung, eben weil die Thora für die orthodoxen und konservativen Juden Verfassungs- und Existenzgrundlage bildet. Es gibt eine Unabhängigkeitserklärung Israels, die aber keinen Verfassungsrang beanspruchen darf, und Einzelgesetze, in denen Grund- und Menschenrechte geschützt werden. Es gibt auch ein oberstes Verfassungsgericht in Israel, aber eine Verfassung im allgemein üblichen Sinn ist nicht vorhanden.

Neben dem Judentum ist für das Christentum das Heilige Land Ort von Geburt Jesu in Bethlehem, seinem Leben in Nazareth, seinem Verkündigungsdienst sowie seinem Tod und seiner Auferstehung in Jerusalem und damit dem Beginn des Reiches Gottes (Eschaton). Für die Muslime ist das Heilige Land jener Ort, in dem der Prophet Mohammed mit seinem Pferd vom Felsen im heutigen Jerusalemer Felsendom gegen den Himmel ritt – und damit der drittheiligste Ort des Islam nach Mekka und Medina, dem Geburts- und dem Todesort des Propheten Mohammed.

Biblische und außerbiblische Quellen zurzeit von Jesu gibt es nicht. Selbst die Lebenszeit Jesu ist ungewiss und wird heute auf die Zeit von ca. 7 bis 4 v. Chr. bis 30 bis 31 n. Chr. datiert. Die ältesten biblischen Zeugnisse zu Jesus stammen bei den biblischen Quellen vom Völkerapostel Paulus, dessen erster Brief an die Gemeinde von Thessaloniki auf das Jahr 50 n. Chr. geschätzt wird, also rund zwei Jahre nach dem Apostelkonzil von Jerusalem. Auf dem Apostelkonzil konnte sich bekanntlich Paulus mit seiner Auffassung durchsetzen, dass auch Judenchristen, die nicht streng nach der Thora leben, als Christen aufgenommen werden konnten. Nach den Schriften des Paulus zwischen 50 und etwa 63 n. Chr.

6 The Marker, 12. Juli 2011

7 Jerusalem Post, 13. Juli 2011

bildet das Markus-Evangelium eine weiteres biblisches Zeugnis aus dem Jahr um 70 n. Chr., wobei die synoptischen Evangelien des Markus, Matthäus und Lukas auf der so genannten Logienquelle Q beruhen, die auf das Jahr 30 bis 60 n. Chr. bestimmt wird. Der erste Petrusbrief soll Petrus noch vor seinem Tod 64 oder 67 n. Chr. geschrieben haben, wird aber von vielen Forschern später datiert, etwa um 90 n. Chr. Dabei haben Paulus und der Verfasser des Markus-Evangeliums unseres Wissens nach Jesus selbst nie getroffen, Paulus aber die Jünger Jesu, Jesu Bruder Jakobus und seine Mutter Maria.

Für die römischen Geschichtsschreiber ist Jesus auch lange nach seinem Tod erst einmal kein Thema. Flavius Josephus erwähnt Jesus in seinen „Antiquitates Judaicae“ (79 bis 94 n. Chr.) zwei Mal. Jesus wird, so Flavius Josephus, von den vornehmen Juden angeklagt und von Pontius Pilatus zum Kreuzestod verurteilt. Ant 20,200 nennt Jakobus als Bruder Jesu. Des Weiteren berichtet Tacitus um 117 in seinen Annales von den „Christianern“, denen Kaiser Nero die Schuld am Brand in Rom im Jahr 64 n. Chr. zugeschoben hat. Der römische Geschichtsschreiber Sueton schrieb um das Jahr 120 n. Chr. in seiner Biographie über Claudius (de vita Caesarum), dieser habe „die Juden, welche von einem gewissen Chrestos aufgehetzt, fortwährend Unruhe stiften“ aus Rom vertrieben. Schließlich ist es Plinius der Jüngere, der um 110 n. Chr. Statthalter in Bithynien war und der einen regen Briefwechsel mit Kaiser Trajan führte, den wir teilweise noch heute kennen. Es ging dabei auch um einen Umgang der Christen in seinem Regierungsbezirk. So war es zu einem Problem für den Kaiserkult geworden, dass die Christen nicht mehr bereit waren, diesen zu absolvieren.

Von den Protagonisten der biblischen Lebensgeschichte Jesu ist uns Herodes und Pontius Pilatus bekannt. Herodes regierte als König von Roms Gnaden. Als er im Jahr 4 v. Chr. starb, wurde sein Reich unter seinen drei Söhnen aufgeteilt. Von Pontius Pilatus ist nur wenig überliefert, so etwa, dass er sein Amt wegen erwiesener Grausamkeit aufgeben musste, was in

der damaligen Zeit eine ungewöhnliche und große Ausnahme darstellte. Von Pilatus gibt es zahlreiche Münzprägungen aus den Jahren 30, 31 und 32. Auch eine Inschrift des Pilatus auf einer Marmortafel wurde gefunden. Darüber hinausgehend bewegen wir uns mit Quellen zum geschichtlichen Jesus auf unsicherem Boden.

Die römisch-katholische Kirche im Heiligen Land heute

Von den rund 135.000 Christen im Heiligen Land sind etwa 75.000 der römisch-katholischen Kirche zugehörig. Aber wegen Israel als dem Herkunftsland Jesu spielt eben das Heilige Land für Christen eine ganz besondere Bedeutung. Eben deshalb trat Papst Paul VI. kurz nach Antritt seines Pontifikates eine Pilgerreise in das Heilige Land an. Papst Johannes Paul II. folgte ihm mit einer weiteren Reise zu den Stätten des Christentums in Israel im Heiligen Jahr 2000. Und auch Papst Benedikt XVI. erwies bei seinem Besuch im Mai 2009 dem Land⁸, in welchem Jesus wirkte, seine ganz besondere Referenz. Bei allen Besuchen konnte jedoch nie ganz die Spannung genommen werden, die hier zwischen christlichen Ansprüchen und politischer Wirklichkeit in Israel heute liegen.⁹

Schon im Begriff des „Heiligen Landes“ kommen, wie bereits ausgeführt, Ursachen für diesen Spannungsbogen zum tragen. So geht das christliche Verständnis vom „Heiligen Land“ (Lateinisch ‚Terra sancta‘) auf die Zeit der christlichen Spätantike zurück, also auf den Zeitraum zwischen dem Toleranzedikt von Mailand unter Kaiser Konstantin 313 n. Chr. und der Eroberung des Heiligen Landes durch die Muslime im Jahr 670 n. Chr. Aber auch in den Jahrhunderten danach ist er weitgehend zutreffend, da vorrangig Christen und Juden im Heiligen Land siedelten. Eine massi-

ve Verschärfung der politischen Lage trat durch den Einfall der türkischen Seldschuken im Jahr 1071 ein, als diese Muslime Christen den Zugang zu den Heiligen Stätten des Christentums verwehrten und sie auch teilweise zerstörten. In deren Folge rief Papst Urban II. 1095 zum Heiligen Krieg gegen die Muslime auf, was zu zahlreichen blutigen Kreuzzügen im Heiligen Land führte, bis schließlich mit dem Fall von Akko 1291 die Muslime bis zur Gründung des jüdischen Staates Israel die politische und religiöse Herrschaft über das Heilige Land ausübten.

2009 und 2011 veröffentlichte Papst Benedikt XVI. Band 1 und 2 seines „Jesus von Nazareth“. Der dritte Band zu den Kindheitsgeschichten Jesu steht noch aus. Die beiden veröffentlichten Bände sind sehr persönliche Zeugnisse Joseph Ratzingers. Zugleich führen sie den Leser zu den Orten, von denen das Christentum ihren Anfang nahm: Nazareth, den See Genezareth mit Tiberias, Kafarnaum und Tabgha, Bethlehem und die heilige Stadt Jerusalem.¹⁰

Gerade die letzten drei Dekaden bieten eine ungeheure Fülle archäologischer Grabungskampagnen. Im Staat Israel steht dabei eher die Suche nach jüdischen Wurzeln im Vordergrund. So wurde beispielsweise 2011 in der Nähe des Sees Genezareth ein antiker Steinblock mit der Inschrift „Schabbat“ entdeckt. Mit dem Schabbat ist der Samstag gemeint, der im Judentum ein Ruhetag ist, vergleichbar dem Sonntag im Christentum. Es handelt sich um die erste und einzige Entdeckung einer Schabbatgrenze aus Stein auf Hebräisch.¹¹ Vor allem europäische und amerikanische Archäologen bemühen sich um biblische Archäologie und die Zeit der christlichen Kreuzfahrer, so etwa bei den laufenden Ausgrabungen und Renovierungsarbeiten in der Kreuzfahrerstadt Akko, in der prächtige Rittersäle und Kapitelhallen freigelegt werden. Römische Grabungsfunde und ihre dauerhafte Sicherung – etwa in Tiberias – treten leider vielfach in den Hintergrund und werden nicht dauerhaft gesichert und bewahrt. Anders ver-

8 Vgl. Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 1985 (Herausgegeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz): Apostolische Reise Seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI. ins Heilige Land 8.-15. Mai 2009. Bonn 2009

9 Vgl. Benedikt XVI.: Licht der Welt. Der Papst, die Kirche und die Zeichen der Zeit. Ein Gespräch mit Peter Seewald. Freiburg, Basel, Wien 2010

10 Benedikt XVI.: Jesus von Nazareth. Teil 1 und Teil 2. Freiburg 2009, 201

11 Jerusalem Post, 12. Juli 2011

hält es sich mit dem Nationalpark Bet She'an, wo das römische Theater und Amphitheater, die römischen Thermen und die ägyptische Zitadelle von Pharao Ramses III. der Öffentlichkeit zugänglich sind, bestens erhalten werden und wo auch weiter archäologisch geforscht und gegraben wird.

Wenn derzeit vielfach von einem Auszehrungsprozess der katholischen Kirche in Deutschland und Westeuropa gesprochen wird, so ist dieser auch im Heiligen Land spürbar. In den Wintermonaten war der christliche Besucherstrom in das Heilige Land schon immer eher bescheiden gewesen – etwa im Zeitraum November bis Februar. Doch auch in den besucherstarken Zeiten der Sommermonate tun sich inzwischen – im Unterscheid zu den christlichen Pilgerströmen der siebziger und achtziger Jahren – Lücken auf, gerade an so bekannten und markanten Punkten wie etwa der Grabeskirche in Jerusalem.

Schwierig ist nach wie vor die Situation des Heiligen Stuhles und der katholischen Kirche in Israel. Darauf hatte ich bereits 1995 in meiner Monographie „Der Heilige Stuhl und die Europäische Union“ in dem Kapitel „Aussöhnung mit Israel – der Vatikan und die Juden“ hingewiesen. Große Hoffnungen waren seitens des Heiligen Stuhles mit dem am 30. Dezember 1993 unterzeichneten Grundlagenvertrag mit Israel und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Israel geknüpft gewesen. Trotz damals ungelöster Fragen wie etwa Eigentumsauseinandersetzungen siegte der Wunsch, die „große Verständigung“ zwischen dem Judenstaat und der katholischen Kirche nicht länger aufzuschieben., gerade vor dem Hintergrund der Schrift „Nostra Aetate“ vom 28.10. 1965 auf dem II. Vatikanum und einer damit einher gehenden Neuausrichtung der römisch-katholischen Kirche. Das Zweite Vatikanische Konzil hatte bekanntlich allen Hass und jegliche Form von Antisemitismus, die die Juden jemals erleiden mussten, beklagt.

Tatsächlich hat sich bis heute nicht viel im Verhältnis des Heiligen Stuhles mit Israel getan und die offenen Eigentumsfragen sind weiterhin Verhandlungsthema. Das hier kaum

Fortschritt erzielt werden, hängt mit dem Umstand zusammen, dass über 90 Prozent der Katholiken im Heiligen Land Palästinenser sind und Israel den Palästinensern keine weitere Macht zugestehen möchte, auch nicht im religiösen Bereich.

Kleine Fortschritte gibt es im Bereich der biblischen Archäologie. So soll ein archäologisches Museum mit Fundstücken aus der Zeit Jesu am Paulus-Haus in Jerusalem, welches dem Deutschen Verein vom Heiligen Land gehört, errichtet werden. In Jerusalem selbst besteht ein eindrucksvolles „Museum of the bible“. In der praktischen Religionsausübung von Christen gibt es keine direkten Einschränkungen, aber eben auch keine Förderungen. Kirchliche Schulen, Orden, Museen und Kirchengemeinde sind hier auf Hilfe aus Europa und den USA angewiesen. Das dort die katholische Kirche selbst unter Druck, pastoral wie finanziell, gekommen ist, wird von Christen im Heiligen Land nicht wahrgenommen oder ausgeblendet.

Eindrucksvoll ist nach wie vor die Wirkungsmächtigkeit der Geschichte in Israel, etwa durch Jericho und Jerusalem – neben dem jemenitischen Sana die wohl ältesten Städte der Welt. Es gibt Bewunderung vieler Besucher für die gute Erhaltung von Bauten des Altertums, auch im Zusammenhang mit den Ausgrabungen unter dem Tempelberg und den dort zu besichtigenden unterirdischen Gängen aus biblischer Zeit.

Schwierige religiöse Balance des Zusammenlebens

Ein unkompliziertes Zusammenleben von Juden und Judenchristen gab es schon zurzeit Jesu nicht. Hans Hermann Henrix macht auf die wachsende Entfremdung beider Gruppierungen in der Zeit der Schriftwerdung des Neuen Testaments aufmerksam. Es ging um die Frage, ob die Thora und die mit ihr verknüpften Rituale und die Beschneidung junger Männer zwingend seien oder nicht. Bekanntlich entschied sich Paulus gegen eine strenge Auslegung und konnte sich mit seiner Auffassung auf dem Apostelkonzil durchsetzen. Dabei ist zu sehen, dass der Alte Bund zwischen Gott und den Menschen nie gekündigt wurde und bis heute Grund einer

„Gemeinschaft“ zwischen Christentum und Judentum bildet. Während aber für die Judenchristen Jesus bereits der Erlöser ist, durch den das Reich Gottes durch seinen Tod und seine Auferstehung begonnen hat, so warten die Juden immer noch auf den Messias, den Erlöser.

Während die Juden trotz der Zerstörung ihres Tempels 70 n. Chr. durch die Römer und der römischen Niederschlagung des Bar-Kochba-Aufstandes 135 n. Chr. stets im Heiligen Land eine breite oder zumindest zersiedelte Präsenz aufwiesen, verhält es sich hier mit den Christen anders. Zum einen war das Christentum im Orient in zahlreichen Gruppierungen zersplittert, teilweise bis heute. Zudem wuchs der Islam seit Mitte des 7. Jahrhunderts im Heiligen Land wirkungsmächtig auf. Nachdem 1007 n. Chr. Muslime die Grabeskirche in Jerusalem und viele andere Kirchen zerstörten, entstand der Gedanke an einen Kreuzzug. Nach der christlichen Spätantike kam es zwischen 1095 und 1291 – dem Fall von Akko – zu einer erneuten Blüte des Christentums im Heiligen Land. Danach hielten vor allem die Franziskaner Wache an den Heiligen Stätten des Christentums. Als arme Bettelmönche wurden sie von den Muslimen im Prinzip geduldet.

Im 19. und 20. Jahrhundert gab es eine Rückbesinnung auf die christliche Antike und auf die Ursprünge des Christentums. Auslöser dieser Entwicklung waren die Umwälzungen des 18. Jahrhunderts in Europa. Im 17. und 18. Jahrhundert wurde die katholische Kirche wie die absolutistischen Königs- und Fürstentümer jener Zeit geführt, weshalb der Sozialauftrag der Kirche im Sinne des Gebotes der Nächstenliebe häufig zu kurz kam. Dadurch hatte die katholische Kirche das Volk mehrheitlich nicht auf ihrer Seite, als die Französische Revolution mit ihren politischen Wellenbewegungen über ganz Europa hinweg fegte. Es kam zum Reichsdeputationshauptschluss von 1803, der zur Schließung von Klöstern und Kirchen sowie zum Verkauf von Kirchengut führte: Kirchen wurden als Weinkeller oder Pferdeställe umgenutzt und Altargerät wurde als Tafelgeschirr in Privathaushalten weiterverwendet.

Die Kirche geriet später im Kulturkampf mit Preußen und im Laizismus in Frankreich in die Defensive, was in der Verhaftung des Erzbischofs von Köln gipfelte. Zugleich führte dieser äußere Druck zu einem stärkeren Zusammenstehen der katholischen Kräfte, etwa durch die Zentrumsparterie in Deutschland. In diese Zeit fällt denn auch die Gründung des Deutschen Vereins vom Heiligen Lande im Jahr 1855 und des Palästina-Vereins der Katholiken Deutschlands im Jahr 1885, die 1895 fusionierten. Als Anfang des 20. Jahrhunderts Großbritannien Palästina als Mandatsgebiet vom Völkerbund erhielt, gab es wieder einen europäischen und amerikanischen und damit einen deutlich stärker christlichen Einfluss im Heiligen Land. In diesen Zeitabschnitt fällt auch die Stiftung des US-Amerikaners Rockefeller für ein archäologisches Museum gegenüber der Altstadtmauer von Jerusalem, in der bis heute die israelische Altertumsverwaltung untergebracht ist. Übrigens stiftete die Familie Rockefeller auch das Parlamentsgebäude Israels in Jerusalem, die Knesseth.

Der Nahost-Konflikt heute

In der politikwissenschaftlichen Fachliteratur wurde der Nahost-Konflikt vielfach in Verbindung mit dem Südafrika-Konflikt vor 1994 gesetzt, da hier wie dort es um Fragen politischer Legitimation von Herrschaft ging, also inwieweit eine Bevölkerungsminderheit eine Bevölkerungsmehrheit beherrschen darf. Tatsächlich ist die Herrschaft der weißen Bevölkerung in Südafrika an dieser Frage zerbrochen, da trotz der grausamen Umsiedelungspolitik der damaligen Apartheidregierung Südafrikas von vielen Schwarzen in „Homelands“ eine demokratische Mehrheitsregierung – außer vielleicht in der westlichen Kapprovinz, wo auch heute noch die weiße Helen Zille als Premierministerin regiert – nicht möglich gewesen wäre. Im Nahost-Konflikt geht es vordergründig nicht um Fragen ethnischer Zugehörigkeit und damit um Rassismus, sondern um einen religiös-kulturellen Konflikt zwischen muslimischen Arabern und jüdischen Siedlern, die aus der ganzen Welt stammen.

Die Situation der Christen im Heiligen Land spielt im größeren Kontext des Nahost-Konflikts nur ein Randthema. Deshalb blieb es weitgehend von der Öffentlichkeit unbeachtet, dass Kenner Israels seit vielen Jahren einen Auszug von Christen aus so wichtigen und faszinierenden Orten des Christentums wie Nazareth, Bethlehem und Jerusalem feststellen können. Hinzu kommen große Sorgen und Probleme um den Priester- und Ordensnachwuchs. Schon heute sind im Heiligen Land viele christliche Klöster stillgelegt oder werden nur noch als Unterkunft für christliche Pilger genutzt. Außerdem lässt sich beobachten, dass es kaum noch europäische Christen im Heiligen Land gibt. Weit über 90 Prozent aller Christen in Israel und Palästina sind palästinensische Christen, den jüdischen Mitbürgern politisch nicht vollkommen gleichgestellt, was zu großen Frustrationen und Ressentiments führt. Das Heilige Land ist aber nach wie vor in den Köpfen vieler Europäer präsent, weshalb wir auch die hohen Besucherzahlen von europäischen Christen und Christen aus den USA in Israel und Jordanien beobachten können. Hierzu gehört es auch, dass etwa der König von Spanien, Juan Carlos oder auch das bayrische und neapolitanische Königshaus bis heute den Ehrentitel eines Königs von Jerusalem nicht abgelegt haben.

Im modernen Israel unserer Tage haben sich – trotz der schwierigen Situation der Palästinenser in den Autonomiegebieten – die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen jüdischen und palästinensischen Israelis deutlich gemindert; beide Gruppen tragen westliche Markenkleidung oder fahren westliche Autos und wohnen in gut-bürgerlichen Wohngebieten, wenn auch mitunter in getrennten Stadtteilen. So spielen die orthodoxen Juden eine wichtige Rolle in der Innen- und Außenpolitik Israels und sie üben auf die liberaleren Juden einen großen Einfluss aus. So sondern sich die jüdischen Israelis, ob orthodox oder liberal orientiert, vielfach von den palästinensischen Israelis durch eigene Wohngebiete ab, etwa in Nazareth Illit. Das schürt die bestehenden Vorbehalte unter den palästinensischen Israelis. Zugleich können

wir auch einen Rückgang an täglich praktizierter Religiosität unter Juden feststellen: so präsentiert sich heute Tel Aviv etwa als eine weltoffene, liberale Stadt, in manchen Teilen gar als ein „Petite Paris“ – wenn man nach den Straßencafés und Menükarten geht – in der vielfältigen Formen des Zusammenlebens praktiziert und toleriert werden.

Der Vorschlag des Heiligen Stuhles, die Altstadt von Jerusalem unter internationale (UN-) Verwaltung zu stellen, ist nach wie vor aktuell. Der Gaza-Streifen und die West-Bank sollten alsbald zu einem Staat aufwachsen, wobei inzwischen auch Israel sich gegen eine Zwei-Staaten-Lösung nicht mehr wendet. Die von Israel besetzten Golan-Höhen sollten von UN-Blauhelmen kontrolliert werden, was allerdings Israel ablehnt. Anfang des Jahres 2000 schien mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak zeitweise eine politische Lösung möglich, doch scheiterte sie daran, dass sowohl die Israelis wie die Palästinenser Ost-Jerusalem für sich beanspruchten und die Israelis die Kontrolle über die Golan-Höhen nicht abgeben wollten. Aber auch bei einer Befriedigung der genannten Punkte bleiben Facetten des Nahost-Konflikts bestehen, und zwar in einem Spannungsfeld zwischen Juden und Muslimen, Demokratie und Autokratie, Reformbereitschaft und Restauration.

Das Heilige Land und so auch der Staat Israel stellen sich heute als hochkomplexe politische Gebilde mit religiösem Konfliktpotential dar. Die deutsche Perzeption zu dieser Weltregion bleibt klar und unumstößlich: Deutschland steht in einer besonderen Solidaritätsbeziehung zum Heiligen Land und zum Staat Israel, basierend auf den christlichen Heilsereignissen und der Verantwortung der Deutschen vor ihrer Geschichte, weshalb Deutschland zusammen mit den USA – die immerhin große Teile des israelischen Staatshaushaltes aufbringen – für das Existenzrecht des israelischen Staates eintreten.

Für Christen ist der Besuch des Heiligen Landes eine Reise zu Jesus Christus, zu seinen Wirkungs- und Lebensstätten, zu Erinnerungsorten der jüdischen und christlichen Ge-

schichte. Christen werden daran erinnert, dass Jesus selbst ursprünglich Jude war und das über vier Jahrhunderte die „Alte Kirche“ das Leben von Christen bestimmte, die vielfach als Märtyrer zu Blutzeugen Christi wurden. In Israel ist etwas von Gottes Gegenwart spürbar, so wie sie uns Jesus von Nazareth vorlebte. □

Literaturhinweise

- Ani-Yonah, Michael: Geschichte des Heiligen Landes. Luxemburg 1975
- Bahat, Dan: Der Atlas des biblischen Jerusalems. Jerusalem/Israel 1998
- Bedürftig, Friedemann: das Römische Imperium. Von der mythischen Gründung Roms bis zu seinem Untergang. Naumann&Göbel Verlagsgesellschaft 2008
- Deschner, Karlheinz: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 2. Die Spätantike. Reinbek bei Hamburg. 2008, 4. Auflage
- Dinzelbacher, Peter; Heinz, Werner: Europa in der Spätantike 300-600. Eine Kultur- und Mentalitätsgeschichte. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2007
- Drane, John (Herausgeber): The Lion Illustrated Encyclopedia of the Bible. Singapore 1998
- Frater Benedikt: Auf den Spuren Jesu. Palphot Ltd: Herzlia. Israel 201
- Katholisches Bibelwerk (Hg): Das Heilige Land. Welt und Umwelt der Bibel. Heft 2, Stuttgart, 1997
- Katholisches Bibelwerk (Hg): Jesus. Quellen, Gerüchte, Fakten. Welt und Umwelt der Bibel. Heft 10. 1998
- Läufer, Erich: Tabgha – wo die Brotvermehrung stattfand. Biblisches Heiligtum am See Genezareth. J.P. Bachem Verlag: Köln 2000
- Rauch, Andreas M.: Der Heilige Stuhl und die Europäische Union. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden 1995

Nordafrika

Neuer Krisenherd Sudan

VON CARL-H. PIERK

Am 5. November 2011, fast fünf Monate seit der Unabhängigkeit des Südsudans vom Norden, zog eine russische Antonow ihre Kreise über dem Flüchtlingslager Jida im Südsudan. Dann klinkte der Pilot die Bomben aus. Es war der erste Angriff auf den neuen Staat aus dem Norden. Es gab Tote und Verletzte. Seither eskaliert der Konflikt zwischen Sudan und Südsudan.

Pulverfass Sudan

Das Land gilt als einer der potenziell reichsten Staaten Afrikas. Mit fruchtbarem Land, mit Bodenschätzen, mit Öl. Doch was ein Segen sein könnte, war bislang eher ein Fluch. Nach einem Krieg, der ein halbes Jahrhundert prägend war, ist der Sudan heute immer noch gezeichnet vom täglichen Kampf ums Überleben, vom Kampf um Ressourcen. Am 9. Juli 2011 wurde der Sudan offiziell geteilt und es entstand der neue Staat „Südsudan“. Es ist Afrikas 54. Staat. Anders als in Eritrea, dessen Grenze im Jahr 1900 von Italien festgelegt worden war, gab es für den Südsudan keine aus der Kolonialzeit stammende Grenze. An den Südsudan grenzen sechs Staaten: der Sudan im Norden, Äthiopien im Osten, Kenia, Uganda und die Demokratische Republik Kongo im Süden sowie die Zentralafrikanische Republik im Westen. Das Land ist also ein Binnenstaat, ohne Zugang zum Meer.

Ein Blick zurück, im Zeitraffer

Die reiche Geschichte des Sudans ist stark verknüpft mit der Vor- und Frühgeschichte Ägyptens. Zur Zeit der ägyptischen Pharaonen und in der Antike war die Region des Sudan als Obernubien bekannt. Sie gilt als eine der Wiegen der menschlichen Zivilisation. Im Sudan bestand über Jahrhunderte ein Gemeinwesen, das Eindringlinge in blutigen Schlachten erfolgreich zurückwarf. Während es dem christlichen Äthiopien nachhaltig gelang, seine Unabhängigkeit zu bewahren, wurde jedoch der islamische Mahdi-Staat im Sudan 1899 von ägyptischen und britischen Truppen beseitigt. Der Sudan fiel unter fremde Herrschaft und bildete bis zu seiner Unabhängigkeit 1956 das so genannte angloägyptische „Kondominium“. Um ein Wiederaufflammen des Mahdismus zu verhindern, stützte sich Großbritannien in den sechs nördlichen Provinzen auf die arabischspra-

chige muslimische Elite. In den zwei südlichen Provinzen überließ es die Verwaltung zum großen Teil Stammesgemeinschaften, die sich zum Christentum oder zu lokalen Religionen bekannten, wie den Dinka, den Nuer und den Schilluk.

Nach der Unabhängigkeit des Landes wollten die Nordsudanesen den Sudan als Ganzes zu einem arabischen und islamischen Staat ausbauen. Aus zunächst unorganisiertem Widerstand gegen diese Politik entwickelte sich im Laufe der 1960er Jahre ein brutaler Bürgerkrieg. Erst 1972 konnte der Konflikt durch die Zusage politischer Autonomie für den Süden vorläufig beendet werden. Aber schon 1983 brachen die bewaffneten Auseinandersetzungen abermals aus. Im Süden des Landes kämpfte eine selbsternannte Befreiungsarmee gegen die Zentralmacht in der Hauptstadt Khartoum. Unter internationaler Vermittlung endete der zwei-

te Bürgerkrieg mit dem Friedensabkommen von Naivasha 2005, das die Autonomie des Südsudans und den Weg in die Unabhängigkeit formell regelte. In diesem Kontext internationalen Drucks wurden die Kämpfe eingestellt, der Südsudan erhielt eine größere Autonomie und es sollte ein Referendum über die Unabhängigkeit der Region abgehalten werden.

Während in den zehn Regionen des Südsudan die freie Religionsausübung rechtlich garantiert ist und alle Bürger, gleich welchen Glaubens, als ebenbürtig anerkannt sind, gilt in den sechzehn nördlichen Regionen das islamische Recht der Scharia, und zwar in der Auslegung durch die National Congress Party, größte muslimische Partei in der Regierung der Nationalen Einheit in Khartoum. Diese Gesetze schreiben die Todesstrafe vor für Glaubensabtrünnige (Abwendung vom Islam, ob mit oder ohne Konversion zu einer anderen Religion) und für manche andere Verbrechen die Körperstrafe bis hin zur Amputation von Gliedmaßen. Es ist einer muslimischen Frau verboten, einen nicht-muslimischen Mann zu heiraten, Alkoholkonsum ist verboten, und es gibt weitere in der islamischen Tradition begründete Bestimmungen. Muslime, die sich einer anderen Glaubensrichtung anschließen, sind sozial geächtet oder werden anderer Vergehen angeklagt. Zugleich werden auch diejenigen Personen unter Anklage gestellt, die als Verursacher der Abtrünnigkeit des Muslims angesehen werden. Folglich müssen sich missionarische Organisationen im Nordsudan und auch die christlichen Kirchen selbst in diesem Land auf seelsorgerische Aktivitäten unter den Christen beschränken und auf reine Sozialdienste an der allgemeinen Bevölkerung. Im Gegensatz dazu existiert kein Gesetz, das den Übertritt zum Islam untersagt.

Ein neuer Staat entsteht

Seit Sonntag (9. Januar 2011) Stimmt die Bevölkerung Südsudans in einem Referendum darüber ab, ob der Süden des Sudans unabhängig wird oder Teil des vereinten Sudans bleibt. Es ist der Schlusspunkt des Friedensabkommens zwischen der Zentralregierung in Khartoum und der südsudanesischen Volksbefreiungs-

bewegung – 2005 hatten Nord- und Südsudan den langjährigen Bürgerkrieg beendet. Gleichzeitig beginnt eine regionale Migration. Tausende Menschen, viele davon Christen, verlassen die Elendsviertel in und um die Hauptstadt Khartoum im Norden und wandern in den Südsudan ab. Grund dafür ist die wachsende Befürchtung einer Islamisierungspolitik von Präsident Omar al-Baschir mit steigender Intoleranz gegenüber Christen und anderen Minderheiten. Baschir hatte verlauten lassen, dass sich die Verfassung des Nordens im Falle der Unabhängigkeit des Südens verändern werde. Er sagte, dass die Scharia und der Islam die neuen Grundsteine für die reformierte Verfassung sein würden. Wie schwierig sich die Lage der Christen im Sudan darstellte, darüber berichtete Bischof Edward Hiiboro Kussala aus der südsudanesischen Diözese Tombura-Yambio am 5. Oktober 2010 bei einer Veranstaltung des Europäischen Parlaments in Brüssel. Die Christen, die vorrangig im Süden des Sudan lebten, würden in dem muslimisch geprägten nördlichen Landesteilen kaum beachtet und sogar als „Kakerlaken“ bezeichnet, so Kussala.

Die Volksabstimmung über einen unabhängigen Südsudan geht mit einer Wahlbeteiligung von bis zu 90 Prozent zu Ende. Ihre Stimme gaben die Südsudanesischen dabei mit einem Fingerabdruck ab, denn 73 Prozent der Erwachsenen sind Analphabeten. Am 9. Juli 2011 schließlich wird die unabhängige Republik Südsudan ausgerufen. Die Regierung in Khartoum macht gute Miene zum bösen Spiel, sie fügt sich ins Unvermeidbare und verkündet die formelle Anerkennung des neuen Staates. Der alte Erzfeind des Südens, Präsident Omar al-Baschir, der international als Kriegsverbrecher gesucht wird, nimmt sogar an der großen Unabhängigkeitsfeier in Juba, der Hauptstadt des neuen Landes, teil. Gegenüber Südsudans Staatspräsident Salva Kiir, einem Katholiken, sichert der islamische Präsident des Nordens dem neuen Staat dabei seine Unterstützung zu. „Der Wille der Bürger des Südens muss respektiert werden“, sagte Baschir in Juba. Die bisherige Zentralregierung in Khartoum stehe an der Seite des neuen

Staates und sei bereit, mit Rat und Tat beim Aufbau zu helfen, sofern dies gewünscht werde. Alles nur Wortgeklänge, der Wolf hatte Kreide gefressen. Nicht ohne Grund hatte die UNO nur einen Tag vor der Unabhängigkeit am 9. Juli 2011 mit der Resolution 1996 eine Friedensmission für den Südsudan beschlossen. Die UNMISS (United Nation Mission South Sudan) umfasst rund 7.000 Soldaten aus mehr als 30 Staaten. Deutschland hatte UNMISS von Beginn an mit Stabspersonal unterstützt, zuletzt mit 13 Soldaten.

Eigentlich sollte das Friedensabkommen von 2005, welches in dem Referendum und der Unabhängigkeit 2011 gipfelte, die Probleme lösen und für Frieden sorgen. Frieden und Ruhe sind seitdem trotzdem nicht eingeleitet. Immer noch wird erbittert um Ölfelder in der Grenzregion gekämpft. Die meisten Ölfelder befinden sich seit der Abspaltung zwar jetzt im Süden, aber die Pipelines für den Transport gehören dem Norden. Im Streit über die Höhe der Gebühren für die Nutzung der sudanesischen Pipelines stellte der Südsudan sogar seine Ölförderung ein. Das könnte fatale Folgen haben. Erdöl, gefördert im Südsudan, exportiert über die Pipelines des Nordens, deckte bisher 98 Prozent der Staatsausgaben Südsudans. Eines der Kernprobleme, die Zweifel an der wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit des Südens, könnte mit Hilfe einer neuen Pipeline nach Lamu an die kenianische Küste überwunden werden. Bislang wird das südsudanesisches Öl – etwa 75 Prozent der gesamtsudanesischen Vorkommen – über die sudanesischen Hauptstadt Khartoum nach Port Sudan am Roten Meer befördert.

„Dinge, die im Friedensabkommen von 2005 vereinbart wurden, sind immer noch nicht umgesetzt worden. Die Grenzen sind nicht demarkiert worden, es gibt Gebiete, bei denen nicht klar ist, zu wem sie gehören“, erläutert Marina Peter vom Netzwerk Sudan Focal Point Europe. Vor allem die Situation um die Provinz Abyei, der ein Sonderstatus in der Grenzregion zukommen sollte, ist immer noch nicht geklärt. „Es hat kein Referendum in Abyei gegeben, man konnte sich nicht einigen, welche Volksgruppen hier abstimmen sollten“, sagt Peter. Auch Erwin van der Borght, Af-

rika-Direktor von Amnesty International, meint anlässlich des am 24. Mai diesen Jahres veröffentlichten „ai-Jahresreports 2011“ zum Konflikt zwischen Sudan und Südsudan: „Das Problem hier ist ein Scheitern der politischen Führung, sowohl im Sudan als auch im Südsudan. Beide haben es versäumt, offene Fragen, wie die Aufteilung der Öleinnahmen oder Grenzziehung noch vor der Unabhängigkeit des Südens zu lösen. Das Versagen führte zu einer erhöhten Spannung zwischen beiden Staaten und führte schließlich zum offenen Konflikt im April dieses Jahres.“

Eigentlich sollte die Zugehörigkeit der Provinz Abyei zeitgleich zum allgemeinen Referendum im Sudan ebenfalls im Januar 2011 geklärt werden, doch die steht bis heute aus. Seit der Abspaltung des Südsudans vom (Nord-)Sudan bestehen mehrere ungeklärte Grenzstreitigkeiten zwischen den Nachbarn. Ende März war der Konflikt eskaliert, als der Süden das Ölfeld Heglig besetzte und der Norden Ziele im Süden bombardierte. Erst unter internationalem Druck zog sich der Südsudan nach zehn Tagen von dem zwischen beiden Staaten umstrittenen Ölfeld zurück. Inzwischen ist der militärische Streit um die umstrittene Grenzregion Abyei vorerst beigelegt: Der Sudan hat seine Soldaten aus dem ölreichen Gebiet abgezogen. Die südsudanesischen Sicherheitskräfte hatten sich bereits zuvor aus der Region zurückgezogen. Der UN-Sicherheitsrat hatte beide Seiten dazu aufgefordert.

Verworren ist die Lage in Darfur, dem „Land der Fur“, das so groß ist wie Frankreich. Berittener Janjaweed in Darfur

Traditionell konkurrieren in Darfur sesshafte afrikanische Stämme, wie zum Beispiel Fur, Zaghawa und Massalit, mit arabischstämmigen Nomaden um knappe Ressourcen. Durch eine weitere Verknappung von Weideland und Wasser infolge fortschreitender Versteppung und Trockenperioden verschärfte sich der Konflikt seit den achtziger Jahren. Dazu kamen Arabisierungsbestrebungen der sudanesischen Regierung. Sie nutzte das bestehende Konfliktpotenzial, um

eigene Interessen zu verfolgen. Die Bildung zweier Rebellenorganisationen im Februar 2003, die der sudanesischen Regierung den bewaffneten Kampf ansagten und das Ende der Benachteiligung der afrikanischen Stämme forderten, führte zu einer massiven militärischen Reaktion der sudanesischen Regierung. Die Zentralregierung in Karthoum bewaffnete „Dschandschawid“-Milizen, die die Rebellen bekämpfen sollten, und bombardierte – in enger Absprache zwischen Militär und Milizen – selbst zahllose zivile Ziele. „Dschandschawid“ wurden sie genannt nach den arabischen Wörtern „dschinn“ (Geist) und „dschawid“ (Pferd). Die Milizen begingen unter der Verantwortung und teilweise in enger Kooperation mit der sudanesischen Regierung ungestraft schwerste Menschenrechtsverletzungen und Gräueltaten an der Zivilbevölkerung. Eine durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen eingesetzte Untersuchungskommission berichtete von Massenerschießungen, Massenvergewaltigungen, Vertreibungen sowie Verhinderung der Rückkehr der Flüchtlinge durch Abbrennen und Zerstörung der Dörfer. Die sudanesische Regierung behinderte zudem über viele Monate hinweg humanitäre Hilfslieferungen nach Darfur massiv oder machte diese ganz unmöglich.

Der Streit zwischen Sudan und Südsudan verschärft sich: Keinen Zoll Land werde man hergeben, droht Sudans Präsident Omar al-Baschir. Am 18. April war Baschir noch weiter gegangen. Da hatte er gesagt, er werde Südsudan von dessen Herrscher befreien. Die Bevölkerung beschimpfte er wiederholt als Insekten. Südsudans Informationsminister Barnaba Marial Benjamin reagierte erzürnt: „Herr Präsident, wir sind keine Insekten und wenn Sie Ihre Völkermord-Aktivitäten gegen die Republik Südsudan starten, um das Volk Südsudans zu töten, können wir Ihnen versichern,... dass wir die Leben unserer Bürger schützen werden.“ Wie ernst die Drohung des sudanesischen Präsidenten ist, weiß niemand. Aber Tatsache ist, dass er seinen Ton – ungeachtet aller internationalen Ermahnungen zur Mäßigung – massiv verschärft.

Besorgt zeigen sich die katholischen und anglikanischen Bischöfe

im Südsudan. In einer Botschaft, die am Rande eines Treffens veröffentlicht wurde, das vom 9. bis 11. Mai in der südsudanesischen Stadt Yei stattfand, heißt es: „Wir glauben, dass es für unsere Freunde der internationale Staatengemeinschaft wichtig ist, eine ausgewogene Position einzunehmen. ‚Ausgewogen‘ bedeutet nicht, beide Seiten in gleicher Weise zu kritisieren, sondern vielmehr eine umfassendere und langfristige Vision auf der Grundlage sorgfältiger Studien zu erarbeiten und Druck auszuüben, wo dies nötig ist, um einen dauerhaften und gerechten Frieden herbeizuführen.“ Die Haltung der Vereinten Nationen und der Großmächte im Hinblick auf die jüngsten Spannungen zwischen den beiden Staaten im Hinblick auf die Kontrolle über die ölreichen Grenzgebiete Heglig und Abyei habe die Einwohner enttäuscht. „Wir leben im direkten Kontakt mit den Menschen im Südsudan, und was wir dort hören bereitet uns Sorge“, schreiben die Bischöfe. „Es scheint, als ob die Menschen im Südsudan das Vertrauen in die internationale Gemeinschaft verlieren.“ Abschließend heißt es: „Wir träumen von zwei Ländern, die friedlich zusammenleben und bei der Nutzung der von Gott geschenkten Ressourcen zusammenarbeiten. Wir träumen von Personen, die nicht länger traumatisiert werden, von Kindern, die Schulen besuchen, von Müttern, die in Krankenhäusern betreut werden, vom Ende von Unterernährung und Armut und von Christen und Muslimen, die Kirchen und Moscheen besuchen können, ohne Angst haben zu müssen.“

Zurück an den Verhandlungstisch bleibt die einzige Option, um einen neuen Bürgerkrieg zu verhindern. Dazu bedarf es verstärkten internationalen Drucks. Dass ausgerechnet die Volksrepublik China beide Seiten zur Zurückhaltung ermahnt, gleicht indes einer Farce. Gemeinsam mit Russland und Weißrussland hat Peking bedeutende Mengen an Munition, Kampfhelikoptern und -flugzeugen, Luft-Boden-Raketen und Panzerfahrzeugen an das Baschir-Regime geliefert – ungeachtet eines bestehenden UNO-Embargos. Zudem erkennt die chinesische Regierung den Internationalen Strafgerichtshof nicht an. Sie hatte deshalb auch

keine Skrupel, den Staatspräsidenten des Sudans im Juni vergangenen Jahres zu einem offiziellen Staatsbesuch nach China einzuladen, obwohl der seit 2009 durch die Behörden in Den Haag als mutmaßlicher Kriegsverbrecher per Haftbefehl gesucht wird. Die gerichtliche Klärung von Fragen im Zusammenhang mit der Verletzung von Menschenrechten ist für die chinesische Regierung, wie es scheint, von nachrangiger Bedeutung. Die Einladung Baschirs machte deutlich, dass es China als dem Hauptabnehmer su-

danesischen Öls allein um die Wahrung wirtschaftlicher Interessen geht. Auch nach der Teilung des größten afrikanischen Landes möchte China im selben Umfang wie bisher mit Öl versorgt werden.

Nach Peking gereist war auch der südsudanesischen Präsident Salva Kiir. Die Regierung des sudanesischen Präsidenten Omar al-Baschir habe „der Republik Südsudan den Krieg erklärt“, sagte Kiir am 24. April diesen Jahres bei einem Treffen mit dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao in Peking.

Der Südsudan bat China um Hilfe beim Bau einer neuen Ölpipeline, um beim Transport unabhängiger vom Sudan zu werden. Peking muss also daran gelegen sein, in Zukunft mit dem Sudan wie auch mit dem Südsudan im Ölgeschäft zu bleiben. Und um wirtschaftlich zu überleben, muss besonders der Südsudan daran interessiert sein, dass das Ölgeschäft mit China weitergeht. Ein Krieg zwischen Sudan und Südsudan freilich wäre nicht nur ein geschäftliches Desaster, sondern vor allem eine humanitäre Katastrophe. □

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN



Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten („GKS“) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen

Bundesgeschäftsführer (w / m)

in Teilzeit (20 Stunden / Woche) für die Geschäftsstelle in Berlin.

Ihre Tätigkeit umfasst:

- Leiten der Bundesgeschäftsstelle
 - Umsetzen der administrativen und organisatorischen Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit den Gremien und Organen des Verbandes und dem Katholischen Militärbischöfensamt
 - Konzeption und Umsetzung der Präsentation des Verbandes in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorsitzenden
 - Verfassen und Redigieren von Texten.
- Zu Ihrer Tätigkeit gehört die Kontaktpflege zu den Gremien und Organen der GKS, zu anderen Verbänden und zum Katholischen Militärbischöfensamt.

Ihr Profil:

- Studium der Katholischen Theologie und Interesse im Bereich Friedensethik/Sicherheitspolitik
- Ausgeprägte organisatorische Fähigkeiten und Teambefähigung
- Sicherer mündlicher und schriftlicher Ausdruck sowie sicherer Umgang mit Standardbürosoftware
- Selbständigkeit in der Aufgabenerfüllung und Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung
- Angehörigkeit zur Katholischen Kirche.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann freuen wir uns auf Ihre aussagefähige Bewerbung unter Angabe der Gehaltsvorstellungen und Ihres frühestmöglichen Eintrittstermins an:

Gemeinschaft Katholischer Soldaten
 – Bundesvorsitzender –
 Am Weidendamm 2 • 10117 Berlin
 E-Mail: Bundesvorsitzender@Kath-Soldaten.de • www.Kath-Soldaten.de

Seminar Dritte Lebensphase Cloppenburg

Das Rad des Lebens

VON STEPHAN WILL

Auf Einladung des Katholischen Militärdekanats Erfurt und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten haben wir die Reise nach Cloppenburg angetreten. In der Zeit vom 30. Mai bis 3. Juni 2012 wurde ein Seminar zur Vorbereitung auf die 3. Lebensphase angeboten, das in dem wunderschönen Umfeld der „Katholischen Akademie Stapelfeld“ durchgeführt wurde. „Rad des Lebens – Erinnern, Erleben, Erwarten“ war das ausgeschriebene Thema. Die Teil-

begegnungen waren. Ihre Wohnorte verteilen sich von Wilhelmshaven/Bremen im Norden und Kehlheim/Schongau im Süden bzw. Algermissen im Osten und Lingen/Osnabrücker Land/Sauerland/Rheinland im Westen. Es zeigte sich sehr schnell, dass der bei allen bevorstehende neue Lebensabschnitt, die berufliche Herkunft und die ähnlichen Perspektiven für die Zukunft, eine gute Grundlage bildeten, um eine homogene, sich bereichernde Gemeinschaft zu bilden.

Arbeit bzw. der Familien- und Nachbarschaftshilfe aber auch die Furcht, weniger wertvoll zu sein und so das fünfte Rad am Wagen zu werden. Auf der anderen Seite sind jedoch auch klare Vorstellungen aufgezeigt worden, durch die der Zukunft mit Freude entgegengesehen wird: Endlich mehr Zeit für die Familie, endlich Zeit, die Projekte angreifen zu können, die auf der langen Liste stehen, endlich sein Hobby zum Beruf machen zu können und endlich selbstbestimmt seinen

Tag zu gestalten. Schließlich ist der Wegfall des Rahmen dienstplans eine Chance, individuelle Freiheit mit Verantwortung zu gestalten.

Ein wichtiger und auch von allen erwarteter Programmpunkt war der Vortragsteil zum Versorgungsrecht der Soldaten.



Foto: Robert Fuchs

nehmer sind gekommen, zum Teil mit ihren Ehepartnern, um vor ihrem anstehenden Ausscheiden aus dem aktiven Dienst als Soldat, das Angebot zu nutzen, sowohl über Chancen und Risiken wie auch über Hoffnungen und Freuden, Impulse für die Zukunftsgestaltung zu erhalten.

Die Leitung des Seminars hatten Hans-Jürgen Mathias zusammen mit seiner lieben Frau Brigitte und der Bildungsleiter der Akademie Heinrich Siefer übernommen. Es sei vorweg bereits gesagt, sehr souverän, gekonnt und mit sehr wohlthuend einfühlsamer wie auch erfolgreich integrativer Atmosphäre hat uns dieses Team durch die knapp fünf Tage geführt. Insgesamt waren 22 Teilnehmer, davon sieben Ehepaare, gekommen. Es waren alles Menschen, die sich nicht bzw. kaum kannten oder sich im Verlauf ihrer Dienstzeit nur kurz

Der erste Nachmittag diente dem sich Kennenlernen und der Einführung in das Thema. Heinrich Siefer wusste, wie man Hoffnung und Zuversicht setzt. Ja – natürlich träten wir, mit Ende der beruflich aktiven Zeit, in die dritte Lebensphase ein, doch seien wir, so versicherte er, längst noch nicht im abschließenden Zyklus des Lebens angekommen, schließlich gäbe es noch, nach neuerer Betrachtung, die vierte Lebensphase. Bei der ersten Befassung mit den Lebensträumen ging es darum, dass sich jeder mit den Chancen, Hoffnungen und Visionen, aber auch mit den Befürchtungen und Ängsten auseinandersetze, die ihn in Unkenntnis dessen, was jetzt auf ihn zukommt, beschleichen. Da gab es Bekenntnisse wie die Sorge um das emotional große Loch, das warten könnte, oder die Befürchtung der Vereinnahmung in der häuslichen

ten. Mit Leidenschaft und mit großem umfangreichen Wissen versehen trug Wilfried Arntz-Kohl vom Deutschen Bundeswehrverband dazu vor. Viel Stoff, der sich in Realität in zahllosen unterschiedlichen Gesetzestexten versteckt, wurde uns in verständliche Sprache umgesetzt nahegebracht. Dennoch galt es sehr aufmerksam zuzuhören, denn es kommt darauf an, Details genau zu beachten, wie z.B. den Unterschied zwischen Hinzuverdienstgrenze und Geringverdienergrenze oder auch zu wissen, dass Einkommensteuergesetz und Soldatenversorgungsrecht unterschiedliche Rechtsgebiete sind und demzufolge ein und derselbe Sachverhalt unterschiedliche Wirkungen haben kann. Dass man zur Berechnung der Versorgungsbezüge das Ruhegehalt kennen muss, das weiß fast jeder, dass der von der Wehrverwaltung zugesandte

Festsetzungsbescheid ein Dokument mit weitreichender rechtlicher Bedeutung ist und deshalb sehr intensiv einschließlich Merkblatt gelesen werden will, wurde uns eindringlich ans Herz gelegt.

Weiteres formales Gesetzeswissen war beim nächsten Vortrag angesagt. Marion Pohl vom Sozialdienst der Bundeswehr aus Oldenburg hatte es verstanden, in genießbarer und verständlicher Dosierung aus ihrem Fachgebiet vorzutragen. Natürlich müssen wir wissen, wie es nach dem Ende der freien Heilfürsorge in Krankheitsfragen weitergeht. Bisher war alles kostenfrei und man brauchte nicht administrativ tätig werden. Zukünftig wird man sich mit Rechnungen und ihrer fristgerechten Bezahlung, mit Einreichung derselben bei Beihilfe und Krankenversicherung, kurz gesagt mit vielen Formularen und mit Bürokratie befassen müssen. Dass der Sozialdienst der Bundeswehr auch im Ruhestand für uns zuständig bleibt und im ganz schlimmen Fall auch für die Hinterbliebenen beratend zur Verfügung steht, war eine sehr gute Nachricht.

Den passenden Abschluss zum Themenreigen Versorgungs- und Sozialrecht setzte ein erfahrener Referent aus dem Bereich der Betreuungsarbeit. Stefan Riesenbeck vom Betreuungsverein Cloppenburg konnte allen sehr eindringlich klar machen, wie wichtig eine Vorsorgevollmacht für jeden Erwachsenen ist. Eigentlich, so die überraschende Information, müsste jeder seit seinem 18. Lebensjahr ein solches Papier seinen nächsten Angehörigen übergeben haben. Jeder kann durch Unfall oder Krankheit „einwilligungsunfähig“ bzw. „geschäftsunfähig“ werden. Um zu vermeiden, dass das Gericht eine fremde Person zum gesetzlichen Betreuer bestellt, ist es in diesem Fall immer gut, wenn eine Person des Vertrauens grundsätzlich als Vertreter bereits benannt und eingesetzt ist.

Diese mit harten Fakten versehenen Informationsanteile verlangten dringend nach Ausgleich und mehr körperlicher, emotionaler wie geistlicher Aktivität. Das Programm hatte dies mit einer Fahrradwallfahrt auch so vorgesehen. Mit geliehe-

nen Fahrrädern der Akademie fuhren wir unter Führung von Heinrich Siefer zum 12 Kilometer entfernten Wallfahrtsort Bethen. Unterbrochen von sieben Stationen, die von natürlichen Wegmarken vorgegeben sind, bot der Weg Möglichkeiten der Ruhe, der Besinnung, der Bewusstmachung und der Verbindungsaufnahme mit Natur und Schöpfung. Am Ziel angekommen, ging es darum, Maria, der Mutter Gottes näher zu kommen und seelische und geistige Stärkung zu erfahren. Über die Wahrnehmung ihres Schicksals, das Maria durch den Verlust ihres Sohnes erlitten hat, hoffen Pilger, früher wie heute, im Dialog mit ihr, Gott näher zu kommen und ihn ansprechen zu können.

Körperliche Fitness war ein ständiger Begleiter unseres Berufes. Es gab die Verpflichtung, diese regelmäßig nachzuweisen. Die Seminarleitung wollte dieses Thema dennoch nicht auslassen, weil auch im Ruhestand gilt: „In einem gesunden Körper lebt auch ein gesunder Geist“. Julia Laschinski, Dipl. Fitnessökonomin und Yogalehrerin aus Cloppenburg vermittelte das Thema mit derart personifizierter Dynamik und angenehm versprühter Vitalität, dass sich keiner der Botschaft verschließen konnte. Sport sei nicht alles und Fertigprodukte seien der Gesundheit eher abträglich. Dagegen wären Ernährung mit natur belassenen Lebensmitteln und Kontinuität bei den Essgewohnheiten die einzigen Zielführenden, wenn wir uns ergänzend dazu regelmäßig sportlich bewegen. Übergewicht, so haben wir gelernt, ist als Problem nur langfristig zu lösen. Dabei helfen kleine Ratschläge wie „iss fünf Mal täglich eine Portion Obst oder Gemüse“ und „vermeide Zucker und zu viel Fett“. Lange Gesundheit erreicht man am ehesten, wenn man Risikofaktoren wie Stress, Bewegungsmangel, Rauchen, schlechte Ernährung meidet und stattdessen Schutzfaktoren wie Bewegung, Entspannung, wertvolle Ernährung und förderliches Soziales Umfeld sucht. Dieser Seminarblock endete mit einer 40-minütigen praktischen Anleitung. In einem intensiven gymnastischen Schnupperkurs durften alle Seminarteilnehmer erleben, wie man ohne Hilfsmittel die Gelenkigkeit erhalten kann und gewöhn-

lich vernachlässigte Muskelpartien trainieren und spürbar machen kann.

Zum Abschluss lud noch einmal das Thema Lebensträume zur Selbstreflexion ein. Die Grundfrage menschlichen Daseins – wer bin ich? – war bisher einfach zu beantworten. Funktion, Dienstgrad oder Status im Beruf gab dazu ausreichend Antwort. Wenn der Beruf weg sein wird, stellt sich die Frage neu! Eine Anleitung konnten die persönlich vorgetragenen Erfahrungsberichte eines Ehepaars geben, das vor vier Jahren in diese neue dritte Lebensphase eingetreten ist. Die Botschaft war eindeutig! In den ersten Wochen und Monaten des Ruhestandes überwiegt das gute Gefühl eines ausgedehnten Jahresurlaubes. Dem folgt eine Phase der Suche nach Bestätigung und Befriedigung in einer Tätigkeit. Darauf folgt mit positivem Antrieb die Suche nach einer neuen Aufgabe im Ehrenamt oder in einer geringfügigen Beschäftigung. Beides sei ohne zu große Mühe erreichbar. Von beiden Zeitzeugen war eine weitere gute Nachricht zu hören: Die Partnerschaft wird nicht leiden, sie wird einen Auftrieb erleben, vorausgesetzt das aufrichtige Gespräch und der persönliche Austausch findet immer seinen Platz und seine Zeit.

Für die gute, sich zur freundschaftlichen Atmosphäre entwickelnde Gemeinschaft waren auch die abendlichen Begegnungen bei einem Glas Rotwein im „Stübchen“ der Akademie mit verantwortlich. Hier konnten die Themen des Tages aber auch die eigenen Projekte und Vorhaben im kleinen Kreis diskutiert und ausgetauscht werden. Nicht zuletzt ist zu berichten, dass das Seminar ab dem dritten Tag von der persönlichen Begleitung durch den Leitenden Militärdékan Stephan van Dongen aus Erfurt beehrt wurde. So durften wir auch unter seiner Leitung am Samstagabend einen gemeinsamen Gottesdienst in der atmosphärvollen Hauskapelle der Akademie feiern.

Abschließendes Ergebnis: Dieses Seminar war von hohem menschlichen, emotionalen und inhaltlichen Wert. Es ist zu wünschen, dass die GKS weiterhin diese Form der Vorbereitung auf den Ruhestand anbietet. Die Seminarteilnehmer danken dem Ehepaar Mathias im Besonderen. □

Seminar Dritte Lebensphase Nürnberg

Reisender ohne Fahrkarte

VON HANS-GEORG PAUTHNER

Als „Reisende ohne Fahrkarte“ bezeichnete Prof. Dr. Heino Ertl die Teilnehmer des Frühjahrseminars der „Dritten Lebensphase“ vom 25. bis 29.04.2012 im „Caritas-Pirkheimer-Haus“ in Nürnberg. Basierend auf der gleichnamigen Kurzgeschichte von Rudolf Otto Wiemer, in der ein Reisender ein Leben lang den Zug sucht, wo er ohne Fahrkarte reisen kann, bis er ihn endlich findet und entsetzt während der Fahrt feststellt, dass man aus diesem Zug nicht mehr aussteigen kann. So schaut für manche die langersehnte Pension aus. Je näher sie kommt desto mehr schwingt ein Schuss Unruhe neben der Freude mit, die man entweder selbst, oder die eigenen Familienangehörigen empfindet über die bevorstehende Zuruhesetzung.

Das Seminar behandelte diese Befürchtungen, aber auch die großen Chancen, die sich in diesem Lebensabschnitt bieten. Unter dem Motto: „Hilfe! – Das Leben beginnt“ konnten sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen (*Bild 1*) über die Wünsche und Erwartungen für die Zeit nach dem Berufsleben austauschen. Neben dem Versorgungsrecht wurden in einem Dreiklang „Körper – Geist – Seele“ alle Aspekte des Älterwerdens angesprochen.

Prof. Dr. med. Thomas Ebert berichtete über das Altern aus ärztlicher Sicht. Dabei stellte er fest, dass man nach heutiger statistischer Lebenserwartung noch 20 bis 30 Jahre vor sich hat, wenn man sich vom Berufsleben verabschiedet. Diese Zeit kann man auch genießen, wenn man regelmäßig etwas für seinen Körper tut. Prävention, regelmäßige und ausreichende Bewegung, sowie Früherkennung und Vorsorge sind hier die Schlüsselworte. Allerdings ist „Altern – nichts für Feiglinge“, denn die einzige Alternative zum Älterwerden und mit ihm auch die vorhersehbaren Altersgebrechen, ist der frühe Tod!

Mit „Herr, lehre mich die Kunst der kleinen Schritte“ von Saint-Exupéry eröffnete Prof. Ertl den Haupt-



Bild 1

teil des Seminars. Wir haben Sorgen, Ängste aber auch Hoffnung und Freude auf den neuen Lebensabschnitt. Dazu merkte er eine alte Erfahrung an, „der Weg wird geschaffen beim

Gehen“ und deshalb muss man mit der nötigen Gelassenheit, aber auch mit dem nötigen Selbstvertrauen und der Zuversicht den Weg in die Zukunft gehen. Die Angst, man könnte das

Verabschiedung von Berta Wondratsch

Berta Wondratsch (Bild, mitte) war von 1997 bis 2012 in Caritas Pirkheimer Haus (CPH) in Nürnberg im Bereich des Sekretariats eingesetzt. Während dieser Zeit war sie die Stütze und die „Gute Seele“ der Rezeption. In den ganzen Jahren pflegte die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) mit ihr eine sehr gute Zusammenarbeit.

Da bei ihrer Verabschiedung im CPH am 1.2.2012 – seitdem ist sie in Altersteilzeit – kein Vertreter des Bundesvorstandes der GKS anwesend sein konnte, wurde der Tag vor der Bundesvorstandssitzung vom 15. bis 17. Juni 2012 im CPH in Nürnberg gewählt, um

Berta Wondratsch würdig zu verabschieden.

Der Gesamtverantwortliche der GKS gegenüber für die Seminare der 3. Lebensphase in Nürnberg und Cloppenburg, Oberstabsfeld-

webel a.D. Johann-A. Schacherl (Bild, rechts), stellte in seiner Rede u.a. ausdrücklich noch einmal die sehr gute Zusammenarbeit und Unterstützung heraus und überreichte ihr, mit dem Sachverständigen der GKS Oberstabsfeldwebel a.D. Friedrich Mierbeth (Bild, links) zusammen, die

Medaille und die Kerze der GKS und wünschte ihr und ihrem Ehemann für „Ihre“ 3. Lebensphase alles Gute und Gottes Segen. □ (Text und Foto: Christa Schacherl)



Leben versäumen ist unbegründet. Meistens sind es nur die Träumereien über die eigene Vergangenheit und Zukunft, die nicht weiterhelfen. Deshalb schließt Saint-Exupéry in seiner

über die Reise eines kleinen Kindes durch das Weltall mit all ihren Sterben und den darauf lebenden Menschen berichtete. „Die großen Leute verstehen nie etwas von selbst und

ist annehmen muss, ohne Groll und Hader, aber auch ohne es zu glorifizieren. Letztendlich schließt sich im Greisenalter ein seelischer Kreis. So wie das Urvertrauen des Säuglings in seine Mutter während der 1. Lebensphase notwendig ist, so ist in der letzten Lebensphase die Rückbindung unseres Lebens an Gott notwendig. Obwohl es die „Selbstheilungskräfte der Seele“ gibt, kann der Segen in der Schlussphase eines Lebens nicht von einem selber kommen, sondern man ist auf den Segen Gottes für die Heilung der Seele angewiesen.

In dieser Absicht feierten die Teilnehmer am Samstag mit Militärdekan Alfons Hutter und am Sonntag mit Pater Ludwig Schuhmann in der wunderschönen, zum Meditieren förmlich auffordernden Kapelle (Bild 2) des Caritas-Pirkheimer-Hauses, Gottesdienst.

Daneben war die Akademie „Caritas-Pirkheimer-Haus“ mit seiner hervorragenden Verpflegung, mit seiner Lage mitten in der Fußgängerzone von Nürnberg und das Ambiente der mittelalterlichen Stadt mit einem originalen venezianischen Markt an einem herrlichen Frühjahrswochenende das i-Tüpfelchen für das rundum gelungene Seminar. □

(Fotos: Burkhard Küttner)

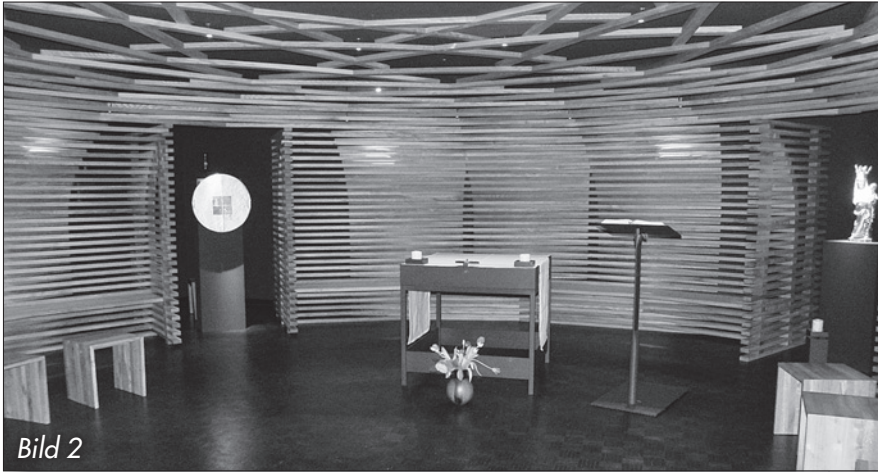


Bild 2

Geschichte auch mit dem Satz „Gib mir nichts was ich mir wünsche, sondern das was ich brauche“.

Der für die Teilnehmer anspruchsvollste Teil war sicherlich der spirituelle Teil des Seminars, den Pater Ludwig Schuhmann SJ vorstellte. Auch er wählte zur Einführung in die Thematik einen Satz von Antoine de Saint-Exupéry. Diesmal aus dem Buch „Der Kleine Prinz“, in dem er

für die Kinder ist es zu anstrengend, ihnen immer und immer wieder erklären zu müssen.“

In einem großen Bogen stellte er die menschliche Entwicklungspsychologie vom Säugling bis zum Ruheständler vor. Diese acht seelischen Entwicklungsphasen durchlebt jeder Mensch und es gehört zu den großen Erkenntnissen des Alters, dass man sein eigenes Leben wie es gelaufen

Kurznachrichten

Motto des 46. Weltfriedentages gewählt

Zur Feier des 46. Weltfriedentags am 1. Januar 2013 hat der Heilige Vater Benedikt XVI. folgendes Motto gewählt: „Selig sind, die Frieden stiften“.

Die alljährliche Botschaft des Papstes will im schwierigen Kontext unserer Zeit eine Aufforderung an alle Menschen sein, die Verantwortung für den Aufbau des Friedens als persönliche Aufgabe aufzufassen.

Deshalb wird die Botschaft sich mit der Fülle und Vielseitigkeit des Friedensbegriffs auseinandersetzen, beginnend beim Menschen: innerer und äußerer Friede, und auch auf

die anthropologische Krise eingehen, das Wesen und die Bedeutung des Nihilismus erkunden und zugleich die Grundrechte, besonders Gewissens-, Meinungs- und Religionsfreiheit ansprechen.

Die Botschaft wird außerdem eine ethische Sichtweise auf gewisse Maßnahmen bieten, die weltweit eingesetzt werden, um die Wirtschafts- und Finanzkrise einzudämmen, dem Notstand im Ausbildungssystem und der politischen Krise entgegenzutreten, die in vielen Fällen auch eine besorgniserregende Krise der Demokratie ist.

Zusätzlich wird die Botschaft sich mit dem 50. Jubiläum des Zweiten Vatikanischen Konzils und der Enzyklika „Pacem in terris“ von Papst Johannes XXIII. befassen, derzufolge der menschlichen Würde und Freiheit immer der Vorrang gebührt, damit eine Gesellschaft errichtet werden kann, die diskriminierungslos jedem Menschen dient und das Wohlergehen aller Menschen anstrebt, auf dem allein Gerechtigkeit und echter Frieden errichtet werden können.

(ZENIT)

FÖRDERKREIS

DER GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN



Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V.
c/o Hubert Berners, Mecklenburger Straße 11, 48317 Drensteinfurt

48317 Drensteinfurt, im Juli 2012

Sehr geehrte Mitglieder,

hiermit lade ich Sie zur Mitgliederversammlung 2012 des Förderkreises der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V. ein.

Termin: 13. September 2012
Zeit: 13:00 Uhr
Ort: Best Western Hotel Steglitz International
Schlossstraße / Albrechtstraße 2
12165 BERLIN

Kosten: **sind selbst zu tragen, einschließlich Fahrtkosten.**

Tagesordnung:

1. Berichte des Vorstandes
2. Bericht der Kassenprüfer
3. Entlastung des Vorstandes
4. Wahlen:
 - a) Kassenprüfer
5. Verschiedenes

Mitglieder des FGKS, die an der Mitgliederversammlung teilnehmen möchten, melden sich bitte **bis Freitag, 24. August 2012**

schriftlich, per Fax (030 – 206 199 91) oder per E-Mail (bundesgeschaeftsfuehrer@kath-soldaten.de) bei der Geschäftsstelle der GKS, z.Hd. Bundesgeschäftsführer, Oberstleutnant a.D. Artur Ernst, Am Weidendamm 2, 10117 Berlin.

Mit freundlichen Grüßen

Rüdiger Attermeyer, OTL
Vorsitzender des FGKS

Vorsitzender	Oberstleutnant Rüdiger ATTERMAYER, Josef-Rhein-Straße 9a, 53359 Rheinbach E-Mail: Bundesvorsitzender@Kath-Soldaten.de
Stellv. Vorsitzender	Oberstabsfeldwebel Peter STRAUß, Hopfengarten 2, 90584 Allersberg
Schatzmeister	Oberstabsfeldwebel a.D. Hubert BERNERS, Mecklenburger Straße 11 Tel.: 02508 – 98 46 39, mobil: 0152 - 53 65 69 10 E-Mail: FGKS@Kath-Soldaten.de

Führungsverantwortung und Familie

VON BERTRAM BASTIAN

Unter diesem Motto bereitete federführend der Bund Katholischer Unternehmer am Freitag, den 18.05.12 ein Podium vor. Vertreten wurde die Politik durch die Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer, die Industrie durch den Seniorchef der Götz-Dienste, Karlheinz Götz als Selbstständiger, die Geschäftsführerin der Vinzenz von Paul Klinik, Monika Röther als Leitende Angestellte und für die Streitkräfte General a.D. Karl-Heinz Lather. Die Moderation hatte der Geschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Handwerkes, Karl-Sebastian Schulte.

In der ersten Fragerunde drehte sich die Frage um die Zeit und die Zeiteinteilung. Der Moderator fragte die Diskussionsteilnehmer, ob denn die allgemeine Vorstellung, eine Führungskraft habe nur Zeit für den Beruf und keine Zeit für die Familie so stimmen würde. Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer führte aus, das Kernproblem sei die Tatsache, dass als Führungskraft eine höhere Belastung selbstverständlich sei, das Kernproblem sei aber die

gung der Familie dieser Lebensweg so nicht hätte stattfinden können. Während seiner zahlreichen Auslandsaufenthalte habe man Verbindung gehalten, zuerst mit Brief, dann mit Internet und Satellitentelefon. Ebenso habe der Arbeitgeber, die Bundeswehr, daraus Rückschlüsse gezogen für die Ausbildung und Erziehung des Offiziernachwuchses sowie auf die soziale Problematik dieser Fragestellung. Frankreich sei in dieser Beziehung schon deutlich

auch mehr Kompromissbereitschaft bedeute, es gebe ein klares Karriere oder Familie, keine Mischform, erklärte Monika Röther.

Eine andere Sicht auf diese Dinge gab Karlheinz Götz vor. Bei ihm in einem Familienbetrieb war die Firma von Anfang an eine Sache der ganzen Familie, so dass eine klare Trennung stets unterblieb. Immer mussten alle anpacken und so sei seine Frau die dienstälteste Mitarbeiterin der gesamten Belegschaft. Sein Sohn, der 2011 das Unternehmen übernommen hat, und seine Schwiegertochter brächten sich ebenfalls ganz in die Firma ein. Dabei läge ein Schwerpunkt für die Kindererziehung naturgemäß bei den weiblichen Mitgliedern der Familie. Man helfe sich gegenseitig, wenn die Mutter im Betrieb gebunden sei, spränge die Schwiegermutter und Großmutter ein. Als Ergebnis nannte Götz, das die intakte Familie auch zu diesem intakten Betrieb geführt habe, wobei sich jeder seiner Verantwortung bewusst gewesen sei.



von rechts: Ministerpräsidentin des Saarlandes Annegret Kramp-Karrenbauer, Seniorchef der Götz-Dienste Dr Karlheinz Götz

nicht geregelte Arbeitszeit. Somit bliebe kein definierbarer Freiraum für die Familie. Die verbleibende Zeit versucht man gemeinsam zu verbringen, so wie es bei anderen Familien auch sei. General Lather sagte, dass durch insgesamt 20 Umzüge die Familie keinen „Bezugspunkt“ habe. Man hätte immer das Positive an der Ortsveränderung in den Vordergrund gestellt. Die Kinder hätten ohne Wiederholungen das Abitur erreicht, seine aber in gewisser Weise „heimatlos“, erklärte Lather. Nach der Pensionierung hätte die Ehefrau dann die Entscheidung zugunsten der Familie getroffen und man habe sich in der Nähe der Enkel niedergelassen. Auch der ranghohe Militär erläuterte, dass ohne die gemeinsame Anstren-

weiter, schloss der General.

Dies bestätigte Monika Röther, die während ihrer Zeit des Studiums an der Sorbonne die französischen Verhältnisse kennenlernte. Betreuungsgeld und Kindertagesstätten seien in Frankreich nie ein solch beherrschendes Thema gewesen wie jetzt in Deutschland, sondern in der Regel seien beide Elternteile berufstätig und die durchschnittliche Familie hätte drei Kinder. Somit sei festzustellen, dass in der französischen Gesellschaft eine hohe Akzeptanz sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer vorherrsche, flexibel auf die Herausforderungen der Berufstätigkeit und der Familienversorgung zu reagieren. Dabei sei aber deutlich herauszustellen, dass mehr Verantwortung

Dies war eine gelungene Überleitung in die zweite Fragerunde des Moderators, wie denn der Beruf in die Familie hineinwirken würde. Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer sagte, dass es sehr wohl zwei Welten gäbe, die man auch zu trennen versuche. So gehe sie am Wochenende gerne mal einkaufen, um die Bodenhaftung nicht zu verlieren, aber dabei würde sie natürlich als Politikerin von den Bürgern angesprochen, die diese Möglichkeit zum Gespräch nutzen würden. Generell gäbe es keinerlei Denk- oder Redeverbote, aber gerade in Zeiten des Wahlkampfes sei es schwierig, da die Familie unter teilweise heftigen Angriffen der jeweiligen politischen Gegner mitleiden würde. Dann sei eine Tren-

nung geradezu geboten, um die Einwirkungen nicht überhand nehmen zu lassen. Sie wies darauf hin, dass zukünftig eine Vereinbarung von Arbeits- und Pflegezeit zunehmen würde, denn dies sei eines der größeren Probleme in der nahen Zukunft. Hier sei ebenso Flexibilität von beiden Seiten gefordert, um die Situation der Betroffenen zu meistern. Monika Röther führte aus, dass im Gesundheitswesen der Arbeitgeber für die Rahmenbedingungen zuständig sei, der Arbeitnehmer habe die Bringleistung für sein Gehalt die entsprechende Leistung zu erbringen. Ein Modell mit Teilzeitangebot für Chefärztinnen würde zwar von den in Frage kommenden Ärztinnen geschätzt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen sich dann mit zwei Vorgesetzten konfrontiert, die wechselseitig das Sagen haben. Dies führe zu Unruhe unter den Beschäftigten, die nicht erwünscht sei.

Für die Bundeswehr gelten die Grundregeln des Öffentlichen Dienstes, erklärte General Lather, warum die Armee hier nicht eine Vorreiterrolle einnehmen könne. Solche Angebote seien ebenso von der jeweiligen Position abhängig. Man sei zwar keine Insel von Befehl und Gehorsam, habe darüber hinaus die Besonderheit von Tod und Verwundung zu berücksichtigen, aber die Bundeswehr beobachte genau die Entwicklung auch in anderen Armeen. Karlheinz Götz brachte zum Ausdruck, dass schon 1967 mit einem Personalbestand von knapp 200 Mitarbeiterinnen eine Flexibilisierung notwendig war. Darüber hinaus habe die Leitung

immer größten Wert auf Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und deren Wiedereingliederung nach Familienzeiten gelegt. Mit dieser Firmenphilosophie seien die Götz-Dienste beständig gewachsen, was für die Richtigkeit der Maßnahmen spräche.

Auf die Frage aus dem Publikum nach einer Vorreiterrolle für den Öffentlichen Dienst erklärte die Ministerpräsidentin des Saarlandes, dass ein einheitliches Modell im föderalen Deutschland gar nicht möglich sei, es käme auf die

zuständig. Die Politikerin fügte hinzu, dass die Eigenschaft in Deutschland die Dinge entweder schwarz oder weiß zu sehen, die Lage nicht einfacher mache. Politik könne nur Rahmenbedingungen schaffen, die aber den Betrieben die notwendige Freiheit lassen müsse, damit der Unternehmer auch „unternehme“, sprich Entscheidungen fällen können, wie in seinem Betrieb die geforderte Flexibilisierung aussehen könne. Einig war sich das Podium am Schluss mit dem Publikum, dass es das Ziel sei,



Von links: Monika Röther, Geschäftsführerin der Vinzenz-von-Paul-Kliniken, Karl-Heinz Lather, General a.D.

jeweiligen Länderregierungen an, die ja Arbeitgeber sein. Ein Selbstständiger aus dem Publikum fragte die Podiumsteilnehmer, wie denn die Wirtschaft den ständigen Ruf nach mehr Staat sähe. Schließlich sei doch eine gute Familienpolitik auch ein Standortvorteil. Diesem Argument konnten die Wirtschaftsvertreter wohl zustimmen, aber die Wirtschaft sei für Familienpolitik eben nicht

Möglichkeiten zu schaffen, das Familienbild zu leben, welches dem Einzelnen vorschwebte. Dazu gehöre unbedingt das Angebot von festen Strukturen zur Wahlfreiheit. Entscheidend sei dabei, dass von den Führungskräften gehandelt werde. Nicht auf Verordnungen warten, sondern machen, lautete das Resümee. □

(Fotos: Bertram Bastian)

98. Katholikentag in Mannheim

Verbände in der Kirche Ort des Aufbruchs oder Denkmal

VON BERTRAM BASTIAN

Am Samstag, den 19.05.12 diskutierten vom Kolping Diözesanverband Köln Katja Joussen, der Sozialethiker Prof. Dr. Gerhard Kruij, Christa Nickels aus dem ZdK und der Essener Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck über die Stellung der katholischen Verbände in Deutschland. Diese waren im Untertitel als „Katholische Organisationen zwischen Tradition und Zukunftsgestaltung“ bezeichnet worden. Die Moderation hatte Markus Leitschuh aus Kassel und die Gruppe zwischenFall aus Leipzig umrahmte diese Podiumsdiskussion musikalisch.

Nach einem kleinen Rollenspiel, welches auf das Thema hinführte,

sprach in der ersten Gesprächsrunde Prof. Kruij über die Entstehungsge-

schichte der katholischen Verbände in Deutschland. Die Gründungen er-

folgten teils aus sozialen Schieflagen (Kolping), teils zur Festigung des katholischen Milieus (Cartellverbände). Und genau darin sah der Redner das Problem: für die Schieflagen sorgten sich die Politik (mit dem Verfassungsgericht) und ein katholisches Milieu gäbe es nicht mehr, zumindest nicht in dem ausgeprägten Maße wie früher. Somit sei die Grundlage der katholischen Verbände verschwunden, bzw. im Schwinden begriffen. In der heutigen Zeit komme es darauf an, zeitlich

sant, da es sich um ihre Zukunft handle, es müsse nur so erklärt werden, dass diese Gruppe es auch verstehe, war das Anliegen der Rednerin.

In der zweiten Gesprächsrunde führte Bischof Overbeck aus, dass die Neuorientierung der Verbände nicht dazu führen dürfe, die alten Tugenden Disziplin und Treue nicht weg zu reformieren. Man müsse auch zu einer Sache stehen, wenn es schwierig sei, erklärte der Essener Bischof. Dabei sollte – wie schon in der ersten Run-

die Argumente des Anderen auch beachtet und gewichtet, fügte die ehemalige Staatssekretärin hinzu mit Blick auf den Dialogprozess, den sie als Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken genau verfolge. Extrempositionen führten zu Verwerfungen, führte sie als Erläuterung aus. Die Laien in den Verbänden seien ebenso Kirche und würden mit der Kirche mitleiden. Deshalb sei es wichtig, dass sie auch entsprechend Gehör fänden. Sie griff die Ausführung von Bischof Overbeck auf, dass Verbände Träger des Wissens seien und erklärte weiter, die Verbände schaffen durch ihre Papiere Positionen, die nicht nur in die Politik sondern auch in die Wirtschaft wirken würden, gerade was die Globalisierung angehe. Aber nicht nur dies, auch der Lebensschutz am Anfang und am Ende des Lebens, von ihr die Spirale der Lebenswertigkeitsabschätzung genannt, seien Themen, bei denen die Sachkompetenz der Verbände gefragt seien. Als weiteres Beispiel nannte sie das Projekt „Kulturmittlerin“, bei der ein Tandem, bestehend aus einer Frau mit Migrationshintergrund und einer Frau aus dem Verband, den neu eingereisten Mitbürgerinnen Hilfestellung gebe, um sich zurecht zu finden. Dies war auch Konsens bei den Podiumsteilnehmern, dass in diesem Sinne christliche Praxis gezeigt und gelebt würde. Prof. Kruij drückte es so aus: „Intern diskutieren und nach außen das Gemeinwohl stärken“. Bischof Overbeck kam auf den Dialogprozess zurück und auf die Teilhabe an Ämtern. Man solle den Dialogprozess nicht ausschließlich an den Ämtern festmachen, wobei man die rechtlich dogmatische Frage: „Was ist Amt?“ nicht aus den Augen verlieren dürfe, damit beide Seiten vom Gleichen reden würden.

Musikalisch bereitete die Gruppe zwischenfall diesem interessanten Podium einen herrlichen Abschluss. *(Zu dem Thema „Akademikerverbände – quo vadis“ hielt Dr. Jakob Johannes Koch bei der Jahreshauptversammlung der Katholischen Akademikerarbeit Deutschlands im Jahr 2010 den gleichlautenden Vortrag, der im AUFTRAG 281 ab Seite 34 erschienen ist. Die Redaktion)* □

(Foto: Bertram Bastian)



Das Podium bei den Abschlussbemerkungen. Von links: Christa Nickels, Katja Joussen, Bischof Franz-Josef Overbeck, Prof. Gerhard Kruij, Moderator Marcus Leitschuh

befristete Initiativen aufzugreifen, um auf den Verband aufmerksam zu machen, damit auch eine gezielte Nachwuchswerbung erfolgen könne. Die neuen gesellschaftlichen Probleme wie Klimawandel und Migration beschäftige heutzutage die Menschen, erläuterte Prof. Kruij und fügte hinzu, dass Integration Dienst an der Gesellschaft sei, somit Diakonie bedeute. Katja Joussen ergänzte, dass bei dieser Beteiligung an der Lösung der gesellschaftlichen Probleme die Profilierung durch die Katholische Kirche wesentlich sei, um sich von den anderen „Kümmerern“ abzugrenzen. Einig waren sich die beiden Vortragenden, dass einiges absterben werde, aber es werde auch Neues kommen. „Man darf durch Trauer über das „Wegsterben“, nicht dem Neuen im Weg stehen“, schloss Prof. Kruij seinen Beitrag. Katja Joussen ging dann näher auf die Jugendlichen in den Verbänden ein, und betonte, dass man diese Gruppe nur gewinnen könne, indem man auch ihre Themen aufgreife. Das Thema Mitbestimmung und Mitgestaltung der Gesellschaft sei für die Jugendlichen äußerst interes-

de erwähnt – die Identität der Kirche nicht verloren gehen. Verbände sollten ruhig kritisch sein, erklärte Dr. Overbeck weiter, schließlich stünden die Bischöfe mitten im Leben und könnten so die Kompetenz und das Wissen der Verbände dazu benutzen, etwas zu bewegen. Am Beispiel Opel in Bochum erklärte er, dass der Bischof allein nicht wahrgenommen würde, wenn aber Bischof und die Verbände zu einer Sache Stellung nähmen, sei das Echo schon deutlich größer. Die Gesellschaft in Deutschland habe drei größere Umbrüche erlebt, nahm er den Gedanken von Prof. Kruij auf, die Gründung der Republik um 1950, die gesteigerte Wahrnehmung und Bedeutung der Ökologie um 1980 sowie jetzt die Globalisierung um 2010. Deshalb sei es in keinster Weise erstaunlich, dass Kirche selbst ebenfalls vor Umbrüchen stünde, man müsse sich von altem trennen, um neues aufbauen zu können. Christa Nickels stimmte dem Bischof zu, fügte aber den Punkt hinzu, dass auch Widerborstigkeit erwähnt und gelebt werden müsse. Nur in einer guten Diskussionskultur würden

Friedensethik trifft Sicherheitspolitik

VON RAINER ZINK

**Verteidigungsminister de Maiziére
und Militärbischof Overbeck auf dem Podium**

Am Tag der Militärseelsorge, am 18. Mai 2012 stellten sich der Bundesminister der Verteidigung, Thomas de Maiziére und der Katholische Militärbischof, Dr. Franz-Josef Overbeck im Gemeindesaal der Kirchengemeinde St. Antonius einem Podiumsgespräch. Vorangegangen war ein feierliches Pontifikalamt (Bild 1) in der voll gefüllten Kirche St. Antonius mit einer Vielzahl von Soldaten und Soldatinnen, an deren Spitze der Bundesminister der Verteidigung stand, sowie aber auch viele Gäste aus Politik und Wirtschaft. Das Podiumsgespräch „Friedensethik trifft Sicherheitspolitik“ wurde eröffnet durch den Moderator Christian Thiels, Korrespondent des Südwestdeutschen Rundfunks im Berliner ARD-Hauptstadtbüro (Bild 2, Mitte).



Bild 1

Thiels begann mit der Aussage Martin Luthers: „Wer nichts gibt, gibt einen Kriegermann“ und formulierte daraus, dass diese Bemerkung den vermeintlichen Grundkonflikt demonstriert zwischen den christlich biblischen Friedensgebot auf der einen Seite und den, für den das Militär da ist auf der anderen Seite, denn am Ende gehe es darum, dass Soldaten kämpfen töten und sterben müssten. „Das ist das, was jeden gläubigen Christen bzw. Menschen umtreibt und in der Diskussion sicherlich stark bewegt,“ so Thiels und er stellte die bedeutende Frage: „Kann ein Christ auch Kämpfer sein, kann der Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt, denn so lautet einer der offiziellen Titel des Verteidigungsministers, kann er als gläubiger Christ verantworten, wie Sicherheitspolitik funktioniert.“ Mit dieser Fragestellung übergab Thiels an den Militärbischof und bat ihn um dessen Statement.

**Statement Militärbischof:
Verhältnis zwischen Friedensethik und Sicherheitspolitik**

Auf die Frage, wie das Verhältnis zwischen Friedensethik und Sicherheitspolitik bestimmt ist, wies der Militärbischof auf einige Schriften der deutschen Bischöfe hin: Zum einen sprach er an den Text von 2000 „Gerechter Friede“, als zweiten Text von 2005 stellte er heraus „Soldaten als Diener des Friedens“ und letztlich erwähnte er den Text von 2011 „Terrorismus als ethische Herausforderung“. In all diesen Schriften könne man nachlesen und feststellen, dass der staatliche Sicherheitsauftrag ausdrücklich von uns gewürdigt wird und zwar in der staatlichen Verantwortung für die Sicherung aller Menschenrechte zu sorgen, so der Bischof. Sicherheitspolitik und der Sicherheitsbegriff erfuhren eine deutliche Änderung. Die Erhaltung einer national staatlichen Unabhängigkeit auf der einen

Seite, der Schutz vor militärischer Gewalt andererseits aber auch die Kriegsverhütung hätten die Ziele staatlicher Sicherheitspolitik deutlich verändert. So gebe es darüber hinaus viele weitere Konfliktursachen, wie der ungleichen Verteilung von Lebensgütern und Lebenschancen auf diesen Ebenen, ebenso aber auch ökologische Gefahren, kulturell ethnische Disparitäten und religiöse Herausforderungen, führte der Bischof fort und er kam deshalb zu der Feststellung, dass der verstandene umfassende Sicherheitsbegriff der kirchlichen Friedensethik und

der Politik erst mal nicht kontrovers sei. Friedensethik und Sicherheitspolitik hätten weitestgehend einen gemeinsamen Inhalt, der in der Identifizierung der vielfältigen Konfliktursachen und der Analyse von Mitteln der Ursachenbeseitigung bestehe. Allerdings sei Friedensethik zum Schutz der Menschenrechte eine Forderung der Gerechtigkeit, die auch dann dazu verpflichtet, wenn das Sicherheitsinteresse erlahmt und darin sei letztendlich der Unterschied zu sehen, resümierte der Bischof.

**Unterscheidung der sicherheitspolitischen
und friedensethischen Perspektive**

Die Unterscheidung zweier Perspektiven, der sicherheitspolitischen und der friedens-ethischen sei missverstanden, wenn sie als Alternativen gedeutet werden, zwischen denen gewählt werden kann, denn der Anspruch

der Ethik sei umfassend und schließe keinen menschlichen Handlungsbereich aus, erwähnte der Bischof im zweiten Punkt seines Statements. Auch politisches Handeln unterliege der ethischen Beurteilung, jedoch werde der universale Anspruch der Ethik von nicht wenigen als weltfremd verneint. Die Ethik produziere normative Handlungserwartungen, die im Konflikt mit den harten Fakten, den privaten oder staatlichen Interessen immer auf verlorenem Posten stehe. Ethik negiere nicht eine staatliche Politik der Interessenverfolgung und Interessendurchsetzung, sondern verlange deren ethische Reflexion und schlussendlich sei eine Interessenpolitik dann ethisch reflektiert, die in der Verfolgung von Partikularinteressen die legitimen Rechte und Interessen aller anderen anerkennt und nicht verletzt, so Bischof Overbeck.

Weltgemeinwohl

In seiner dritten Aussage bemerkte der Militärbischof, dass in der Sicht der kirchlichen Friedensethik sich eine ethisch reflektierte Interessenpolitik durch Orientierung am Weltgemeinwohl auszeichne. Verstanden werde dieses Gemeinwohl als „Gesamtheit jener gesellschaftlichen Bedingungen, die einer Person ein menschenwürdiges Leben ermöglichen“ (Gerechter Friede Nr. 62).

Souveränitätsverzicht der Staaten

In der friedensethischen Tradition der Kirche werde der Mangel an effizienten Mitteln bei der Durchsetzung des Völkerrechts kritisiert, denn eine wirksame Rechtsdurchsetzung setze einen Souveränitätsverzicht der Staaten voraus, und dies könne einen Interessenkonflikt zur Folge haben, so dass ein Souveränitätsverzicht illusorisch erscheine, resümierte Bischof Overbeck und er bezog sich dabei auch auf eine Rede des Heiligen Vaters: „In seiner Aussprache vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag am 13.05.1985 bezeichnete Papst Johannes Paul II. die Forderung nach Souveränitätsverzicht als realistisch und vernünftig, weil die Staaten in vielen ihrer Interessen übereinstimmen.“

Interessenpolitik

Im letzten Abschnitt erwähnte der Bischof, dass Friedensethik auf die Kraft rationaler Argumente vertraue und damit verbunden sei die Ausbildung einer praktischen Urteilskraft, also Klugheit. Politische Klugheit bestehe jedoch nicht darin, eigene Interessen geschickt durchzusetzen, sondern dabei auch die Interessen anderer zu beachten. Ein anspruchsvoller, ethisch reflektierter Begriff von Interessenpolitik sei ein dringendes Desiderat für den sicherheitspolitischen Diskurs. Mit der Aussage: „Wo im politischen Alltag Konflikte zwischen Interessendurchsetzung und moralischen Forderungen entstehen und zugunsten der Interessen gelöst werden, ist dies in aller Regel nicht einem Mangel an Moral, sondern einem Mangel an Klugheit geschuldet,“ endete der Militärbischof sein Statement.

Bevor der Moderator Christian Thiels das Wort an den Bundesminister der Verteidigung weitergegeben hat, hat er noch darauf hingewiesen, dass es für den Minister eine Herkulesaufgabe sei, zwei Anliegen zusammenzubringen, zum einen den christlich-moralischen Anspruch, den er

selbst als Christenmensch habe und zum anderen das, was wir als Realpolitik bezeichnen.

Statement Verteidigungsminister: Verhältnis zwischen Friedensethik und Sicherheitspolitik

Der Minister begann in seinem Statement mit Bemerkungen auf die vorangegangenen Ausführungen des Militärbischofs und stimmte in seiner ersten Bemerkung dem Bischof ausdrücklich zu: „Der umfassende Sicherheitsbegriff ist zwischen kirchlicher Friedensethik und Politik nicht kontrovers“. Dazu erwähnte de Maiziére, dass die Friedensethik die Sicherheit aus ethischer Perspektive und die Sicherheitspolitik die Sicherheit aus strategischer Perspektive umfassend begreife. Dabei könne eine nachhaltige Lösung von Konflikten nur mit der Bekämpfung der Ursachen erreicht werden und der umfassende Sicherheitsbegriff führe zum Ansatz „Vernetzte Sicherheit“ für effiziente Begegnung sicherheitspolitischer Herausforderungen. „Wir haben ein unterschiedliches Verständnis: Die Kirchen verwenden eher den Begriff Frieden, was ihrem pastoralen Auftrag entspricht und ihr Selbstverständnis zum Ausdruck bringt. Regierungen verwenden, eher den Begriff „Sicherheit“, was ihrem politischen Auftrag entspricht“, und interessanterweise spräche die Charta der Vereinten Nationen davon, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, so der Minister.

Unterscheidung der sicherheitspolitischen und friedensethischen Perspektive

Die zweite Bemerkung des Bischofs „Der Schutz der Menschenrechte ist eine Forderung der Gerechtigkeit, die auch dann noch zum Handeln verpflichtet, wenn das (Sicherheits-) Interesse erlahmt“. Diese Aussage gehe dem Minister vielleicht zu weit und darüber müsse diskutiert werden. Zudem sei bei dieser friedensethischen Forderung der neue völkerrechtliche Gedanke oder das Instrument der „Responsibility to Protect“ anbei. Zum Rechtsinstitut stellte sich de Maiziére die folgenden Fragen: „Wer ist zur Intervention verpflichtet? Bedeutet das Recht zur Intervention gleichzeitig die Pflicht zur Prävention“? Der Minister erklärte, dass wir innenpolitisch gemäß Artikel 1 des Grundgesetzes eine solche Verpflichtung hätten, allerdings außenpolitisch würden selbst bei Verstöße gegen Menschenrechte weitere Prüfkriterien entwickelt werden müssen, ob wir uns an solchen Interventionen beteiligen sollten.

Interessenpolitik, Teil 1

Bei der dritten Bemerkung „Ethik negiert nicht eine staatliche Politik der Interessenverfolgung und -durchsetzung, sondern verlangt deren ethische Reflexion“ befand der Minister, dass dies ein wichtiger Hinweis auf Gültigkeit und Anwendbarkeit ethischer Grundsätze in dieser Welt sei. „Ethik ist angewandte Moral, Übersetzung moralischer Grundsätze in praktische Handlungsoptionen“ und „Ethik darf nicht weltfremd sein“ und müsse immer in Verbindung mit Verantwortung stehen. Darüber hinaus bedankte sich der Minister beim Militärbischof für seine Definition, wann Interessenpolitik als „ethisch reflektiert“ bezeichnet werden könne und er zitierte den Bischof noch

mal „...wenn die Verfolgung von Partikularinteressen die legitimen Rechte und Interessen aller Anderen anerkennt und nicht verletzt.“

Weltgemeinwohl

Die Aussage des Bischofs „Eine ethisch reflektierte Interessenpolitik zeichnet sich durch Orientierung am Weltgemeinwohl aus“ sei dem Minister allerdings zu abstrakt und die Definition des „Weltgemeinwohls“ sei vielleicht auf einzelne Menschen möglich, nicht aber auf Staat und Bündnisse. Insbesondere die katholische Kirche könne vor dem Hintergrund ihrer umfassenden Botschaft und ihrer langen Geschichte als internationale Organisation viel zur Vermittlung des Konzepts von internationaler Verantwortung beitragen, referierte der Minister und er spräche lieber von ethisch gebundener internationaler Verantwortung als Maxime von Sicherheitspolitik als von einer Verfolgung des Weltgemeinwohls.



Bild 2

Souveränitätsverzicht der Staaten

Die nächste Bemerkung des Bischofs „Die Forderung nach wirksamer Durchsetzung internationalen Rechts hat ihr Rational in wohl verstandenen Eigeninteresse der Staaten“ stimmte der Minister ausdrücklich zu. Der Verzicht auf Souveränitätsrechte berühre das Selbstverständnis von Nationen und sei deshalb ein politisch sensibles Thema. Dennoch habe jeder Staat, der den Vereinten Nationen beigetreten ist auf Souveränitätsrechte verzichtet, wenn die Voraussetzungen für ein Eingreifen der Vereinten Nationen auch gegenüber dem Staat vorlägen. Auch hierzu stellte der Minister sich die folgenden Fragen: „Ist die Anwendung von Gewalt ethisch und rechtlich erlaubt und nach welchen Kriterien geht es, wenn wir Menschenrechtsverletzungen entgegen treten wollen, kein UNO-Mandat vorliegt und die Berufung auf Responsibility to Protect als UNO-Mandat nicht gegeben ist, weil es etwa keine Resolutionen im Sicherheitsrat gibt?“

Interessenpolitik, Teil 2

Den weiteren Punkt des Bischofs „Die kirchliche Friedensethik steht in der Tradition des Naturrechts, das, un-

abhängig von Offenbarung und Glaubensgewissheit auf die handlungsorientierte Kraft rationaler Argumente vertraut“, fand der Minister sehr gut, weil dies die natürliche Brücke zu den Nichtchristen sei. Es eröffne ferner eine gemeinsame Diskussionsgrundlage über alle Fragen, die man dann unterschiedlich herleiten könne und das bräuchten wir in einer zunehmend säkularisierten Gesellschaft, rezitierte der Minister.

Militärische Einsätze

Am Ende seines Statements kam der Minister nochmals zu den militärischen Einsätzen und erklärte, dass oft darüber ausgedrückt würde, diese eröffneten eine Spirale der Gewalt und seien verfehlt. Hierzu zitierte de Maiziére eine kürzlich gehörte Predigt über Johannes 10, den „guten Hirten“: „Ich bin der gute Hirte. Der gute Hirte lässt sein Leben für die Schafe. Wer Mietling und nicht Hirte ist, wer die Schafe nicht zu eigen hat, sieht

den Wolf kommen und verlässt die Schafe und flieht. Und der Wolf raubt und zerstreut sie, weil er ein Mietling ist und sich um die Schafe nicht kümmert. Ich bin der gute Hirte, und ich kenne die meinen und bin gekannt von den meinen, wie der Vater mich kennt und ich den Vater kenne. Und ich lasse mein Leben für die Schafe. Und ich habe andere Schafe, die nicht aus diesem Hof sind. Auch diese muss ich bringen und sie werden meine Stimme hören und es wird eine Herde und ein

Hirte sein“. Dies sei ein harter Ausspruch, sein eigenes Leben für die Schafe zu lassen, wenn man der Hirte ist und es stelle sich die Frage, wer zur Herde gehöre, aber Gewaltlosigkeit und Risikolosigkeit könne nicht Gegenargument von Einsätzen sein. Allerdings mache die Bundeswehr jetzt sogar was anderes, denn sie beauftragt bis zu zehn unbewaffnete deutsche Soldaten nach Syrien mit dem Ziel, dort zum Frieden beizutragen. Das bedeute jetzt nicht, kämpfen und töten zu müssen, sondern da zu sein und alleine durch das Dasein ein Risiko zu haben.

Ethische Grenzen und Notwendigkeiten im Einsatz

Im letzten Punkt führte der Minister aus, dass es uns sehr schwer falle mit der Frage, wann ein Einsatz geboten sei. Allerdings mache man sich keine Gedanken über ethische Grenzen und Notwendigkeiten im Einsatz. Ferner erklärte der Minister, dass die Militärggeistlichen die Soldaten auf hervorragender Weise begleiteten und er stellte sich die Fragen: „Gibt es so etwas wie der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ethisch im Einsatz“ und „Wo ist die ethische Reflektion notwendigen militärischen Handelns nicht nur vor dem Einsatz oder zur Begründung eines

Einsatzes, sondern auch im Einsatz“. Mit dem Wunsch, in den nächsten Jahren auch darüber in eine vertiefende Diskussion zu kommen, endete der Minister sein Statement.

In der anschließenden Podiumsdiskussion wurden über dieses sehr komplexe Thema „Friedensethik trifft Sicherheitspolitik“ noch viele interessante Fragen gestellt. Dabei konnte beobachtet werden, dass viele Übereinstimmungen vorhanden waren, wenn sowohl Kirche aber auch Politik die Verantwortung der Christen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellten. Spannend wurde es nochmals bei

der Frage um die Bekämpfung der Hungersnot in Somalia. Hier sprach der Militärbischof von einem „unerträglichem Dilemma“ und er verdeutlichte, dass alles getan werden müsse, dass Menschen nicht verhungerten.

Mit viel Geschick hat der erfahrene Moderator Thiels dieses Podiumsgespräch gelenkt, sich anschließend bei den beiden Protagonisten bedankt und mit den Klängen des Bläserquintetts des Luftwaffenmusikkorps 2 aus Karlsruhe endete diese Veranstaltung. □

(Fotos: B.Bastian, R.Zink)

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

Am Vorabend des Katholikentages

VON JOACHIM LENSCH¹

Die letzte Vollversammlung des ZdK fand am 15. und 16. Mai 2012 in Mannheim statt. Die Veranstaltung stand ganz im Rahmen des 98. Deutschen Katholikentages. Der Katholikentag findet in einer Zeit tief greifender Veränderung in Kirche und Gesellschaft statt. Zugleich erleben wir in der Welt vielfältigen Wandel. In dieser Situation braucht es Männer und Frauen die sich mit Mut und Gottvertrauen engagieren. Alle Themen, die uns in der Kirche und in der Gesellschaft berühren, waren Thema von Beratungen und Veranstaltungen beim Katholikentag. So lautete das Motto: Lasst uns gemeinsam „Einen neuen Aufbruch wagen!“ – hier in Mannheim beim Katholikentag und überall in unserer Kirche und unserer Gesellschaft.

Präsident Alois Glück berichtete zur Lage

Er sprach von den Sorgen über die Entwicklung Europas, die Schuldenkrise erschüttert viele Mitgliedsländer. Dabei ist Deutschland anscheinend eine stabile Insel in einem stürmischen Umfeld. Die gegenwärtige Ausnahmesituation Deutschlands sollte uns aber nicht zu der Illusion führen, dass wir eine Insel der Seligen sein können. In Europa sitzen wir alle in einem Boot. Deutschland ist als finanzstarkes Land nicht einseitig zur Solidarität aufgefordert, sondern es lebt vom Funktionieren des Gesamtsystems. Wir haben die Wahl, ob wir diese Entwicklungen einfach abwartend und dann leidend hinnehmen wollen, oder ob wir sie aktiv gestalten, so Präsident Glück. Sich in diesem Sinn zu engagieren, ruft das ZdK insbesondere alle Christen auf: „Unsere Antwort auf die Krisen in Kirche, Staat und Gesellschaft ist nicht Resignation, sondern Engagement“.

Die positive Lage in Deutschland verdanken wir auch einem außerordentlich stabilen Demokratie und Staatsgefüge in dem rechtspopulistische Strömungen weithin abgelehnt werden. Die Testfrage der Christen gegenüber rechtspopulistischen und rechtskonservativen Gruppierungen muss sein: Welches Menschenbild haben sie und wie halten sie es mit der Würde gerade der Menschen, die nicht ihren Normen entsprechen? „Christen müssen eine klare Grenze ziehen auch gegenüber Gruppierungen, die die ‚christlich-abendländischen Werte‘ im Namen des Konservativen beschwören und gleichzeitig die Würde anderer Menschen nicht achten“; so Glück wörtlich.

Nichts hat die Welt in den letzten 20 Jahren so sehr verändert wie die modernen Kommunikationsmittel. Das Internet ist ein großartiges Mittel für Wissensbeschaffung und Information, ebenso für die Mobilisierung von Menschen wie die Entwicklung in den arabischen Ländern gezeigt hat.

Die Stärke der Piratenpartei führt Präsident Glück darauf zurück, dass deren Entwicklung sicherlich Ausdruck eines Unbehagens an der etablierten politischen Kultur ist. Sie muss aber erst noch den Beweis der politischen Handlungsfähigkeit antreten.

Im Bereich Familienpolitik sprach Glück davon, dass in den Medien und der Politik zum Teil erbittert über das Betreuungsgeld mit einer bedenklichen Tendenz diskutiert wird. Glück brachte noch einmal den Vorschlag des ZdK ins Gespräch, das sich für eine stärkere Anerkennung der Erziehungsleistung aller Eltern von unter dreijährigen Kleinkindern ausgesprochen hatte. Dabei gehe es nicht um eine Kompensation für nicht in Anspruch genommene öffentlich geförderte Betreuungsangebote, sondern um die Unterstützung aller Eltern bei der Finanzierung der von ihnen gewählten Betreuungsform in der ersten Lebensphase ihres Kindes.

Zur Situation in unserer Kirche führte er aus, dass diese mehr ist als die Summe ihrer Defizite. In unserer Kirche und im Namen der Kirche, aber auch durch Katholikinnen und Katholiken, die in ihrer eigenen Verantwortung als Bürgerinnen und Bürger handeln, geschieht viel Großartiges und gibt es viele positive Entwicklungen. Das müssen wir uns vor Augen halten um nicht zu einer einseitigen und damit auch verzerrenden Betrachtungsweise gelangen. Präsident Glück geht davon aus, dass wir

¹ Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch ist Vorsitzender des Pfarrgemeinderates beim Militärpfarramt Bonn und im ZdK einer der drei Delegierten des Katholikenrates beim Katholischen Militärbischof

in den nächsten Jahren in einem Zeitfenster sind, in dem sich für die weitere Entwicklung der katholischen Kirche in Deutschland viel entscheiden wird. Dafür sieht er zwei Entwicklungen: Die weitere Entwicklung bei den Seelsorgestrukturen, insbesondere auf der Gemeindeebene, und den weiteren Verlauf des Dialogprozesses.

Glück hat vor dem Hintergrund der Diskussion um die Pfarrgemeinderäte in der Diözese Augsburg davor gewarnt, die von der katholischen Kirche in Deutschland gemeinsam in der Würzburger Synode gefundenen Strukturen als Maßstab einfach zu ignorieren. „Es geht hier zentral um die künftige Aufgabenstellung der Laien. Strukturreformen wie in Augsburg widersprechen der Feststellung von Papst Benedikt als Bischof von Rom bei der Diözesansynode, dass die Laien künftig nicht nur Mitarbeiter des Klerus, sondern Mitverantwortliche für das Handeln und die Sendung der Kirche sind.“ Die Frage der Zukunft der Pfarrgemeinderäte sei nicht irgendeine überflüssige Prestigefrage, sondern eine Grundfrage für das Kirchenverständnis und eine elementare Fragestellung für die Präsenz der Kirche in den Lebenswelten. „Zentral erreichbare Eucharistiefeiern sind noch kein Ersatz für die erfahrbare kirchliche Gemeinschaft vor Ort. Es geht nicht um Versorgung mit ‚seelsorgerlichen Angeboten‘, sondern darum, dass wir in kirchlicher Gemeinschaft miteinander beten und glauben können, beten und glauben werden“, hob Glück hervor.

„Mannheimer Aufruf“

Unter der Überschrift „Auf Gott vertrauen und mutig aufbrechen“ hat die Vollversammlung des ZdK am Dienstag, dem 15. Mai 2012 einen „Mannheimer Aufruf“ zum Katholikentag 2012 verabschiedet. Der Aufruf entwirft ein Leitbild einer den Menschen dienenden Kirche. Fundament und Richtschnur für alle Reformen sollen nach Auffassung des ZdK das II. Vatikanische Konzil und die Synoden von Würzburg und Dresden sein. Hieran sollte sich auch der in der deutschen Kirche begonnene Dialogprozess orientieren. Er bietet nach Ansicht des ZdK die Chance „in wechselseitigem Respekt, mit der Erfahrung der verschiedenen Glaubenswege und der Vielfalt der Frömmigkeit“ den richtigen Weg zu finden. Ausdrücklich ruft das ZdK als höchster Zusammenschluss der katholischen Laien zu mehr Toleranz und Gemeinsamkeit in der Kirche auf. Es gehe darum, das Verbindende zu suchen, das der „Vergegenwärtigung der Botschaft Jesu“ diene.

Im Hinblick auf die politische und gesellschaftliche Gestaltung in Deutschland, Europa und weltweit fordert das ZdK die Entwicklung einer zukunftsfähigen Kultur. Der Klimawandel, die Energieversorgung, die Globalisierung, die Einigung Europas, die Verteilung von Armut und Reichtum, Welternährung und demografischer Wandel seien Herausforderungen, die deutlich machen, dass „der Fortschritt eine neue Richtung, eine neue Qualität“ braucht. Dieser solle sich an den Prinzipien der Christlichen Gesellschaftslehre Personalität, Solidarität und

Subsidiarität orientieren und nicht zuletzt am Leitbild der Nachhaltigkeit. „Nicht ein ‚Immer mehr‘, ein ‚Immer höher-schneller-weiter‘, sondern ein sparsamer, schonender Umgang mit den Gütern dieser Erde und eine sozialverträgliche Entwicklung muss unser Ziel sein“, stellt das

ZdK fest. „Unser Platz ist dabei an der Seite der Bedrängten, der Opfer und der Armen“, heißt es in dem Aufruf weiter. Nicht zuletzt appelliert das ZdK für Toleranz und Verständigung: „Wir werden nie tolerieren, dass in Deutschland gewalttätige Extremisten Menschen gegeneinander aufhetzen und selbst vor Mord nicht zurückschrecken. Wir wollen mitknüpfen an einem Band, das die Menschen in unserem Land zusammenführt – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Kultur und Religion.“



Joachim Lensch

Gemeinsam lernen - Inklusion von Menschen mit Behinderung im Bildungswesen

Die Weiterentwicklung der Förderung von Menschen mit Behinderung im Sinne des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen macht das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) zum Thema. Inklusion entspricht nicht allein der UN-Konvention, sondern ist ein wesentlicher Bestandteil des christlichen Menschenbildes, so die am 16. Mai 2012 von der Vollversammlung des ZdK einstimmig verabschiedete Erklärung. Inklusive Strukturen der Bildung im gesamten Lebenslauf sollen in einem Prozess, der viel Zeit und Ressourcen erfordert, entwickelt werden. Da es hierzu einer gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz bedarf, werden die Mitglieder des ZdK in ihren Organisationen und Räten Inklusion breit diskutieren.

Eine Facharbeitsgruppe hatte einen ausführlichen Text vorgelegt, die Grundlage für die Erklärung bildet. Die Erklärung nennt Kriterien für die Gestaltung der Veränderungsprozesse, unter denen Inklusion gelingen kann. Dazu gehören die Qualitätssicherung der förderpädagogischen Fachlichkeit, die Wahrung des Erziehungsrechts der Eltern, die Aus- und Fortbildung der Lehrenden und die räumlichen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen. „Das Wohl jedes einzelnen Menschen muss im Mittelpunkt aller Veränderungsprozesse stehen.“ Die Erklärung benennt Herausforderung einer inklusiven Bildung im frühkindlichen Bereich über Schule, Berufsausbildung, Hochschule, Erwachsenenbildung und außerschulischer Bildung. Inklusion im Bildungswesen bietet die Chance, die Partizipation von Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft zu verbessern. Die Katholikinnen und Katholiken in Deutschland werden diesen Prozess aktiv mitgestalten.

Die nächste Vollversammlung des ZdK findet traditionell als Herbstvollversammlung am 23./24. November 2012 in Bonn statt.

Rückblick 98. Deutscher Katholikentag

Ein positives Fazit haben die Veranstalter zum Ende des Katholikentags gezogen. Der Präsident des ZdK,

Alois Glück, sprach von einem „erfolgreichen, intensiven und gelungenen Katholikentag“. In Mannheim sei an fünf Tagen eine „lebendige, glaubensstarke und vitale Kirche“ erlebbar gewesen. Bei den Besucherzahlen sehen die Veranstalter ihre Erwartungen übertroffen. Glück sprach von 80.000 Teilnehmern, darunter 33.000 Dauerteilnehmern.

Der gastgebende Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch lobte das geistliche Profil des Treffens. Er habe ein „frohes Glaubensfest“ erlebt, bei dem auch strittige Themen mit Gelassenheit und Bereitschaft zum Zuhören

diskutiert worden seien. Glück sagte dazu, er hoffe, dass diese Gesprächskultur für den gesamten Dialogprozess der katholischen Kirche Vorbild sein könne.

Bischof Gerhard Ludwig Müller hat den 99. Deutschen Katholikentag 2014 nach Regensburg eingeladen. Im Jahr 1984 hat zuletzt ein Katholikentag in Bayern stattgefunden, damals kamen Gläubige unter dem Leitwort „Dem Leben trauen, weil Gott es mit uns lebt“ in München zusammen. Regensburg war in den Jahren 1849 und 1904 Gastgeber des Laientreffens. □

(Foto: Bertram Bastian)

98. Katholikentag in Mannheim

Teilnahme am Katholikentag – ein beeindruckendes Erlebnis

VON ANDREAS QUIRIN

Im Jahr 2012 nutzte ich zum ersten Male die Möglichkeit am 98. Katholikentag in Mannheim teilzunehmen. Da man mich im Vorfeld des Katholikentages gefragt hatte, ob ich auch beim Betrieb des Standes der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) auf der Kirchenmeile unterstützen könnte, sollte diese Teilnahme ein besonderes Erlebnis werden, von dem ich hier berichten möchte.

Zum Tag der Militärseelsorge am Freitag reiste ich nach Mannheim. Nach der morgendlichen Einsatzbesprechung verlegten wir nach Mannheim-Rheinau, um am Pontifikalamt mit Militärbischof Franz-Josef Overbeck teilzunehmen. Im Anschluss an die Begegnung um die Pfarrkirche St. Antonius, bei der ich viele bekannte Gesichter aus der Militärseelsorge treffen konnte, fuhr ich in die Mannheimer Innenstadt, um mir am Wasserturm einen ersten Eindruck über die Kirchenmeile zu verschaffen. Von der dort gebotenen Vielfalt war ich stark beeindruckt, wusste ich doch vorher nicht, dass es so viele Organisationen und Verbände gibt, die sich für die katholische Sache einsetzen. So nutzte ich die Zeit, um mich an dem einen oder anderen Stand ausführlicher zu informieren und mit den Leuten ins Gespräch zu kommen. Da Soldaten in Uniform nicht unbedingt zum normalen Bild eines Kirchentages gehören, wurde ich beim Gang durch die Fußgängerzone von einigen Kirchentagsteilnehmern genauer beäugt. Mancher sprach mich sogar an und fragte nach den Beweggründen, hier in Mannheim auf dem Kirchentag zu sein. Hierbei entwickelten sich sehr interessante Gespräche, bei denen ich versuchte, das Bild des Soldaten, das in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet ist, etwas zu ändern. Besonders beeindruckt hat mich ein Gespräch mit zwei Müttern, die mit ihren vier Kindern zum Katholikentag gekommen waren. Die Mädchen nahmen zum ersten Mal bewusst einen Soldaten wahr und hatten natürlich viele Fragen rund um das Leben eines Soldaten, aber auch zu dem, was wir beispielsweise in Afghanistan machen und täglich erleben.

Diese interessanten Gespräche setzten sich auch während des Dienstes am Stand der GKS fort. So wurden wir dort immer wieder auf die Frage: „Soldaten und Kirche, wie kann das funktionieren“ angesprochen. Diesen Wi-



Dritter von links (mit dem Schal des Katholikentages):
Hptm Andreas Quirin vor dem Stand der GKS

derspruch konnten wir aufgrund der Positionspapiere der GKS aufklären, die pünktlich zum Katholikentag durch den Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ erarbeitet worden waren, und gleichzeitig Interesse an der Arbeit der GKS wecken. Sogar harte Friedensaktivisten ließen sich zumindest auf eine Diskussion ein und hörten sich unsere Argumente an. Auch das Personal der Nachbarstände nutzte den Nachmittag immer wieder dazu, mit uns ins Gespräch zu kommen. Hier entwickelten sich ebenso interessante Gespräche, die sich nicht nur auf unsere Tätigkeit als Soldat in der Kirche beschränkten, sondern sich um alle Bereiche des Glaubens drehten.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, dass dieser Tag in Mannheim mir persönlich sehr gut gefallen hat. Eine Erfahrung, die ich nicht missen möchte und durch die ich entschieden habe, soweit es mir möglich ist, aktiv am Katholikentag 2014 in Regensburg wieder teilzunehmen. Vielleicht schaffen wir es dann, noch mehr Soldaten in Uniform dazu zu bewegen, sich als Teilnehmer am Katholikentag zu beteiligen. □

(Foto: Bertram Bastian)

Bundesvorstand

GKS tagte in Nürnberg

Vom 15.06. bis 17.06.2012 tagte der Bundesvorstand der GKS im Caritas-Pirckheimer-Haus in Nürnberg. Schwerpunkt der Sitzung war die Finalisierung der Beschlussvorlage der Geschäftsordnung der GKS e.V.



Interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer bei der Stadtführung unter der bewährten Leitung von Ursula Gölzen (vierte von links)

Um die wichtige Tagesordnung abzuarbeiten, wurden schon am Anreiseabend die ersten Sitzungspunkte angesprochen und abgeschlossen. Am Samstag wurden im zweiten Teil der Bundesvorstandssitzung dann zwei Vorschläge zur Geschäftsordnung der GKS e.V., die der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Rüdiger Attermeyer vorstellte, bis zur endgültigen Beschlussvorlage bearbeitet. Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Mitgliederversammlung der GKS e.V. Um das umfangreiche Protokoll abzuschließen, mussten sogar die Pausen verkürzt werden. Trotzdem waren alle Teilnehmer guter Stimmung und während der Sitzung herrschte stets eine sehr angenehme Atmosphäre.

Am Samstagvormittag wurde für die Damen parallel zur Bundesvorstandssitzung ein separater kultureller Anteil gewählt. So fuhren diese mit dem Sachverständigen der GKS für die 3. Lebensphase, Nürnberg, Oberstabsfeldwebel a.D. Friedrich Mirbeth zum Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände. Dort erhielten die Damen vor Ort eine anerkannte Führung durch die Bildungsreferentin Dr. Doris Katheder. Am Ende dieser Veranstaltung übergab Mirbeth der Referentin für die ausgezeichnete Führung mit dem hohen Informationsanteil die kleine Medaille der GKS.

Ein Höhepunkt im Rahmenprogramm für alle Teilnehmer war die Stadtführung Nürnberg (Bild). Diese Führung wurde in bewährter Weise durch Ursula Gölzen ausgerichtet. Diese unterstützt seit mehr als 20 Jahren die Seminare der 3. Lebensphase der GKS, die zweimal jährlich in Nürnberg stattfinden. Als Anerkennung für die langjährige Unterstützung der GKS wurde Ursula Gölzen im Rahmen der Bundesvorstandssitzung der GKS die kleine Medaille der GKS durch den Bundesvorsitzenden, Oberstleutnant Rüdiger Attermeyer überreicht.

Am Sonntag feierten die Teilnehmer mit dem Geistlichen Beirat der GKS, Militärdekan Johann Meyer den Gottesdienst in der Kapelle im Caritas-Pirckheimer-Haus. Während der Feier spendete Monsignore Meyer den Reise Segen, bevor sich der Bundesvorstand nach einem erneuten kurzen Tagesordnungspunkt und einem gemeinsamen Mittagessen auf die Heimfahrt machte. □

(Text und Bild: Rainer Zink)

GKS Bereich West

Dekanatsarbeitskonferenz wählt neuen Moderator

Zur Dekanatsarbeitskonferenz (DAK) I/2012 hatte der Leitende Militärdekan des Dekanates Mainz, Monsignore Reiner Schnettker, die Vertreter der Pfarrgemeinderäte, Mitarbeiterkreise und der Gemeinschaft katholischer Soldaten (GKS) aus seinem Zuständigkeitsbereich eingeladen. Neben der umfangreichen Tagesordnung, die es im Rahmen der zwei Tage abzuarbeiten galt, sollte den Teilnehmer aber auch Zeit zum Austausch untereinander gegeben werden.



Von links: der neue Moderator Christian Bumann mit dem leitenden Militärdekan Rainer Schnettker und seinem Stellvertreter Joachim Lensch

In seinem Einführungsvortrag ging Militärdekan Schnettker insbesondere auf die Überlegungen zur neuen Struktur der katholischen Militärseelsorge ein. „Ziel muss es sein, die Forderungen, die an die Militärseelsorge gestellt werden, mit dem verfügbaren Personal erfüllen zu können.“, erläuterte Schnettker die derzeit laufenden Schritte des Strategieprozesses in der Militärseelsorge. „Für konkrete Aussagen, hinsichtlich möglicher Strukturentscheidungen ist es noch zu früh. Fest steht derzeit nur, dass es zu Änderungen in der Struktur der Dienststellen kommen wird“, so Schnettker zum Ende seines Vortrages. In der anschließenden Diskussion formulierten die anwesenden Vertreter der Laiengremien u.a. ihre Forderungen

an eine in die Zukunft ausgerichtete Militärseelsorge. „Der Schwerpunkt der Arbeit muss auch in Zukunft neben der Begleitung der Auslandseinsätze, die Betreuung unserer Familien sein“, so ein Teilnehmer.

Der zweite Tag der DAK stand ganz im Zeichen der Wahlen. Gemäß der geltenden Ordnung für die Laienarbeit in der Katholischen Militärseelsorge, waren neben den Delegierten für die Vollversammlung des Katholikenrates, in diesem Jahr auch der Moderator der DAK und sein Stellvertreter zu wählen. So wurde durch die anwesenden Delegierten Hauptmann Christian Bumann als neuer Moderator gewählt. Als Stellvertreter wird ihm für die nächsten vier Jahre Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch zur Seite stehen, der einstimmig wiedergewählt wurde. Militärdekan Schnettker dankte dem bisherigen Moderator Oberstleutnant Ralf Richard für die geleistete Arbeit und brachte seinen Wunsch zum Ausdruck, dass Richard auch weiterhin der katholischen Militärseelsorge verbunden bleibe. □

(Text und Foto: Andreas Quirin)

GKS Bereich Süd

Dekanatsarbeitskonferenz in Ellwangen

Der Katholische Leitende Militärdekan (KLMD) Monsignore (Msgr.) Reinhold Bartmann war der Gastgeber der Dekanatsarbeitskonferenz (DAK) I/2012. Die Arbeitstagung, zu der katholische Laien (Soldaten) eingeladen waren, tagte diesmal im Haus Schönenberg bei Ellwangen. Neben dem Bildungshaus der Diözese Rottenburg-Stuttgart befindet sich die herrliche Barockkirche Schönenberg (Bild). Es ist eine barocke Wallfahrtskirche, die nach dem Vorarlberger Schema erbaut ist. Auf der Empore, hinter dem Hauptaltar, befindet sich eine wunderbare, ganzjährig aufgebaute Krippe, die in den 1990er Jahren vom Künstlerpfarrer Sieger Köder restauriert wurde.

Ein guter Beitrag zur Tagung war das Referat der Fachreferentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Diözesanrat und Priesterrat der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Dr. Cäcilia Branz. Leitender Militärdekan Bartmann sah ihr Kommen und ihren Vortrag als Begegnung zwischen Christinnen und Christen.

„Katholische Welten treffen sich: Diözese und Militärseelsorge“

Frau Dr. Branz versucht, die Welt von Soldatinnen und Soldaten und ihren Familien zu beschreiben und die Öffentlichkeit zu informieren. Denn Soldaten seien ja Menschen aus unserer Nachbarschaft und aus unserer Kirche. Danach beschrieb sie die Diözese Rottenburg-Stuttgart und zog dann Vergleiche zwischen einer (zivilen) Diözese und dem KMBA auf der anderen Seite. Durch die lebendige Teilnahme der Delegierten entwickelte sich eine gute Atmosphäre. Die Anwesenden waren sich einig, man müsse auf einander zugehen, denn es gäbe viele Schnittpunkte. Danach erklärte Msgr. Bartmann noch einige Feinheiten der katholischen Militärseelsorge und zeigte sich zufrieden mit den Beiträgen. Danach wies er nochmals auf den

Dialogprozess und den Strategieprozess hin. „Wir müssen alle gemeinsam schauen damit unsere Welt erfolgreich in die Zukunft kommt. Die begonnenen Prozesse müssen zielführend sein auch wenn es unterschiedliche Wege dazu gibt“ erklärte Bartmann. Der Dialog sei wertvoll. Er bedankte sich bei Frau Dr. Branz für Ihre Ausführungen und ihr Interesse an der Militärseelsorge.

Bei der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) Bereich Süd fanden darüber hinaus Neuwahlen statt. Die Wahl ergab folgendes:

Bereichsvorsitzender: StFw Herbert Krauß

1. Stellvertreter: Hptm Martin Kemper
2. Stellvertreter: StFw Burkhard Küttner
3. Stellvertreter: HptFw Martin Wagner
4. Stellvertreter: OStFw a.D. Reinhard Kießner
5. Stellvertreter: OStFw Dieter Rubey
6. Stellvertreter: StFw a.D. Alfred Bergmann

Eine gemeinsame Kreuzwegandacht, die von Ellwangen herauf zum Bildungshaus gebetet wurde, war einer der Höhepunkte der DAK.

Im Plenum stellte sich der Vorsitzende des Katholikenrates (KR), Oberstlt Thomas Aßmuth, vor und berichtete aus dem KR. Er sei dankbar, dass er zur DAK eingeladen wurde, denn so würde der Bezug zur Basis der Militärseelsorge hergestellt. Weiter beschrieb er noch kurz den Strategieprozess der Militärseelsorge, aus Sicht des KR.

Weitere Berichte von Delegierten aus verschiedenen Laiengremien folgten, wie dem Landeskomitee der Katholi-



ken Bayerns, Diözesanrat Augsburg, Diözesankomitee Regensburg und dem Diözesanrat Eichstätt. Msgr. Bartmann bat alle Vertreter in diesen Gremien, bei den jeweiligen Beratungen aktiv die Anliegen der Soldaten und deren Familien zu vertreten, um so auch in diesen Ausschüssen ein Bewusstsein für die Situation der Soldaten zu wecken.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der GKS, OStFw Peter Strauß, erinnerte an den Vortrag des Vorsitzenden des KR und bat die Delegierten aus den Pfarrgemeinderäten gemeinsam mit der GKS in die Zukunft zu gehen. Denn nur miteinander sei die Militärseelsorge eine starke Gemeinschaft. □

(Text und Foto: Georg-Peter Schneeberger)

GKS Bereich Nord

Frühjahrestreffen

Traditionell fand das Frühjahrestreffen (Bild) des GKS Bereiches Nord vom 27. bis 29. April 2012 in der Tagungs- und Bildungsstätte „Christian Jensen Kolleg“ an der Nordsee statt. Begleitet wurde das Treffen vom Militärpfarrer der Marineschule Mürwik, Militärdekan Dr. Dr. Michael Gmelch, der an diesem Wochenende den Geistlichen Beistand für unsere Gemeinschaft übernahm.



Gemeinsam wurden das Thema „Ethik der Organspende und der Transplantation aus der Sicht von Theologie und Kirche“ behandelt.

Grundlage dieser Diskussion war die gemeinsame Erklärung der katholischen Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland aus dem Jahr 1990.

Anschließend wurde über die vom katholischen Militärpfarramt Flensburg durchgeführte Studienreise nach Indien unter dem Thema „Indien – zwischen Märchen, Mythos und Moderne“ berichtet. Abgerundet wurde das Frühjahrestreffen mit einer Heiligen Messe und dem Reisesegen. □

(Text: Jürgen Schnatz, Foto: Stefan Schreiner)

GKS Kreis Bad Neuenahr – Ahrweiler

Einen neuen Aufbruch wagen

Unter diesem Motto fand ein Familienwochenende der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) aus dem Kreis Bad Neuenahr – Ahrweiler im Familienhotel Hochwald statt.



Der Vorsitzende Michael Wilke konnte dazu die Referentin Angelika Hüppmeier mit Unterstützung der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS) gewinnen. Mit einer ungewöhnlichen Kennenlernrunde wurden alt und jung schnell „warm“. Die Referentin verstand es „spielerisch“, jeden aus der Reserve zu locken. Ein Regenbogen aus Farben sollte aus dem Alltagsgrau Farbe in unser Leben bringen, dazu trugen die Teilnehmer die Eigenschaften der Farben vor und gestalteten mit Tüchern einen schillernden Regenbogen. Dazu wurde die Bitte an den Meistermaler der Schöpfung – Gott – vorgebracht, unseren Weg weiterhin segnend zu begleiten. □

(Text und Foto: Michael Wilke)

Militärpfarramt Bonn

„Vielfach Krisen und kein Ende – die Zivilgesellschaft macht mobil“

Persönliche Konsequenzen zu einer christlichen Wirtschaftsethik

Die Finanz- und Wirtschaftskrise haben wir zwar noch nicht „im Griff“ verkündet wird aber die Botschaft von erneutem Wachstum und Abbau der Arbeitslosigkeit. Doch keines der gesellschaftlichen Probleme, welches die tiefste Wirtschaftskrise seit 1929 ausgelöst hat, ist gelöst. Gleichwohl wird versucht die Krisenerscheinungen zu ignorieren und auszusitzen. Lenken wir die Aufmerksamkeit nicht nur auf die ökonomischen Krisen, sondern erweitern diese auf andere Krisenprozesse, wie Krisen der Ernährung, der Kommunen, der Energie, der Demokratie und unserer Lebensstile, so stellen wir fest: die meisten der bisherigen „Reformen“ haben teilweise „verschlimmbessert“, das zugrunde liegende Problem jedoch nicht gelöst.

Was kann ich tun – und wenn es nur kleine Schritte sind? Wo kann ich vielleicht initiativ tätig werden? Welche Erfahrungen hat man mit solchen „kleinen Lösungen“ (z. B. Regio-Währungen, Einkauf von Regio-Produkten, Öko-Banken) gemacht?

Diese und ähnliche Fragen waren der Ausgang für einen Vortrag, zu dem das katholische Militärpfarramt Bonn am 26. April 2012 ins Geistliche Forum auf der Hardthöhe eingeladen hatte. Als Referent konnte wieder Joachim Sikora gewonnen werden (Bild). Als früherer Direktor des Katholisch-Sozialen Instituts, einer Bildungseinrichtung des Erzbistums Köln in Bad Honnef, engagiert er sich heute vor allem politisch, seit neuestem in der „Initiative Verfassungskonvent“, eine Bürgerbewegung, die es sich zum Ziel gesetzt hat, eine Verfassung zu schaffen, die Solidarität, Gerechtigkeit und Gemeinwohl garantiert.

Nach einem einleitenden Standortgottesdienst, zelebriert von Militärdekan Paul Hauser, stellte Herr Sikora, zu Beginn seines Vortrags, die Frage: „Kann man den Bürger aus seiner politischen Lethargie aufwecken, ihn wieder für das Gemeinwohl motivieren und gewinnen?“ Ja, man kön-

ne und dies machte er daran fest, dass in der Zivilgesellschaft nach unterschiedlichen Lösungsansätzen gesucht und vielfältig experimentiert würde. Da fänden wir Vernetzungen in der ökologischen Landwirtschaft mit Verbraucherorganisationen, eine vorbildliche Energie-Versorgung in „Bioenergiedörfern“, neue soziale Solidargemeinschaften im Gesundheitswesen, Initiativen für alternative Lebensstile (z. B. in der „Transition Town-Bewegung“), alternative Zahlungssysteme, die etwa „Zeit“ als Verrechnungseinheit nutzen, wie Tauschringe, Talentbörsen und Seniorengenossenschaften, neue Geld- und Bankkonzepte



wie in der Regiogeld-Bewegung oder der Schaffung einer „Demokratischen Bank“ – bis hin zur Entwicklung einer „Gemeinwohl-Ökonomie“ als Wirtschaftsmodell der Zukunft. Darin findet das „Subsidiaritätsprinzip“ der Christlichen Gesellschaftslehre innovative Anwendung, nach dem „kleine Gemeinschaften das leisten sollen, wozu sie in der Lage sind“.

Ja, die Zivilgesellschaft macht mobil! Auf eigenen Internetseiten werden diese Ideen kommuniziert, um eine Antwort auf die Frage zu bekommen: „In welcher Gesellschaft möchten wir leben, – ist eine Gesellschaft realisierbar, die Solidarität, Gerechtigkeit und Gemeinwohl garantiert?“

In der anschließenden, sehr ausführlichen und ausgesprochen kontroversen Diskussion zeigten sich viele der Teilnehmer persönlich betroffen. Die intensive Gesprächsrunde wurde durch einen Imbiss abgerundet, in dessen Verlauf die lebhaften Diskussionen fortgesetzt und vertieft wurden. Diese Veranstaltung war eine von vielen weiteren Veranstaltungen, die der Pfarrgemeinderat Bonn bei sei-

ner Klausurtagung in Baasem (siehe nachstehenden Bericht) inhaltlich vorbereitet hat. Mit Interesse wird nun der nächste Vortragsabend im Geistlichen Forum erwartet. □
(Text und Foto: Joachim Lensch)

Militärpfarramt Bonn

Klausurtagung in Baasem

Jetzt noch schnell eine Parlamentsvorlage danach noch ein Betreuungsgespräch, Morgen muss noch der Haushalt mitgezeichnet werden. – Auf der Hardthöhe kennen alle den Zeitdruck im täglichen Dienstgeschäft, der so wenig Zeit für den Feierabend und noch weniger für andere Aktivitäten und Ehrenämter lässt. Auch die monatlichen Sitzungen des Pfarrgemeinderates beim Katholischen Militärpfarramt Bonn leiden grundsätzlich unter Zeitdruck. Und so beschlossen die Mitarbeiter um Militärdekan Paul Hauser und dem Pfarrgemeinderatsvorsitzenden Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch, in einer Sitzung ohne Termindruck die Aussprache über grundsätzliche Fragen und Themenkreise zu suchen.

Es war schnell klar, dass dies nur in einem auswärtigen, nicht durch die gewohnten Rahmenbedingungen beeinträchtigten Umfeld gelingen kann und so wurde eine Klausurtagung in der Familienferienstätte St. Ludger in Baasem/Eifel organisiert. Ziel war es, sowohl das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder zu fördern als auch wesentliche Themen der Arbeit in der Katholischen Militärgemeinde Bonn ganzheitlich zu betrachten und gegebenenfalls neu auszurichten. So machten sich die Teilnehmer am Donnerstag, den 1. März auf den Weg in die Eifel, bezogen nach kurzer Fahrt ihre Unterkünfte und wurden durch die Hausleitung Frau Müller begrüßt und in die Gegebenheiten des Hauses eingewiesen.

Oberstabsfeldwebel Lensch, der die Klausurtagung moderierte, begrüßte die Teilnehmer und dankte Militärdekan Hauser für die Einladung zu dieser Tagung. Begonnen wurde mit der thematischen Arbeit (Bild) und so wurden die aktuellen Themen vorgezogen, um später und in den weiteren Arbeitseinheiten dann die Zeit für die an-



gestrebte Grundlagenarbeit zu nutzen. Es wurden aus der Gremienarbeit der Katholischen Militärseelsorge und des ZdK berichtet, neue Ideen zur Struktur der Laienarbeit im Seelsorgebereich Bonn diskutiert und auch neue Angebote der Familienbetreuung entworfen. So ist geplant, mit einem „Familienstag“ ein stärkeres Wir-Gefühl bei doch ausreichender Tiefe für die Behandlung von interessierenden Themen anzuregen. Ein erstes Angebot dazu soll am 24. Juni 2012 im Geistlichen Forum auf der Hardthöhe zum Thema „Das kommende Zeugnis – Leistungserwartung an meine Kinder“ organisiert werden. Abgeschlossen wurde der erste Tag durch einen hervorragenden Vortrag von Dekan Hauser über die Geschichte Israels, den er mit einer eher finsternen Einschätzung für die Zukunft des Nahen Ostens abschloss.

Nach dem Morgenlob setzten die Teilnehmer die Grundlagenarbeit am Freitagmorgen fort, planten aber auch die in naher Zukunft liegenden Veranstaltungen wie Vorträge und die traditionelle Wallfahrt nach Buschhoven aus. Nach getaner geistiger Arbeit wanderten alle am frühen Nachmittag zum mittelalterlichen Burgort Kronenburg, welcher im Jahr 1277 die erste urkundliche Erwähnung fand. Die spätgotische Einstützenhallenkirche St. Johann Baptist (1492-1508) wurde besichtigt und die Burgruine in der Ortsmitte.

Nach der Rückkehr feierte man gemeinsam einen Gottesdienst in der Hauskapelle. Nach dem Abendessen in der Grillhütte berichtete Militärdekan Hauser in einem weiteren interessanten Vortrag über die Geschichte Afghanistans und seine Erfahrungen als Einsatzpfarrer.

Bei der Abschlussbesprechung am Samstag Vormittag waren alle der Überzeugung, dass diese Klausurtagung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inhaltlich weiter gebracht und das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt wurde. Und so wird im nächsten Jahr eine Klausurtagung des Pfarrgemeinderates und Mitarbeiterkreises wiederum geplant. □

(Text: Joachim Lensch, Bild: Gisela Gawenda)

GKS Kreis Unna – Ahlen

Ist Mission noch zeitgemäß?

Unter diesem Thema führte der GKS-Kreis Unna – Ahlen vom 01. bis 03.06.2012 ein Familienwochenende im Heinrich Lübke Haus in Günne am schönen Möhnesee durch.

Zum Thema referierte der Hausgeistliche Pater Willi Heck in seiner bewährten humorvollen Art. Er berichtete über seinen 8-jährigen Einsatz in Sumba/Indonesien und zog mit seinen ausführlichen Schilderungen alle Anwesenden in seinen Bann. Pater Willi kam zu dem Schluss, dass Mission nicht nur zeitgemäß sei, sondern als Auftrag an die Christen insgesamt noch deutlicher gelebt werden müsse.

Während die Erwachsenen sich auf die Ausführungen von Pater Willi konzentrierten, konnten die Kinder unter Aufsicht eines Rettungsschwimmers das Schwimmbad nutzen. Dieses taten sie auch mit größter Begeisterung.



Bei wunderschönem Wetter wurde nachmittags Adventure-Golf mit all seinen Besonderheiten gespielt. Im Anschluss wurde ein Lagerfeuer angezündet und für die hungrigen Spieler das Abendbrot als Grillgut zubereitet, um die „Lagerfeuerromantik“ auch satt genießen zu können. Nach dem sonntäglichen Gottesdienst in der Hauskapelle und dem nachfolgenden Mittagessen trat man die Heimreise an! □

(Text und Foto: Franz-Josef Johland)

GKS-Kreis Nörvenich

Die Welt am Limit

Vom 01. bis 03. Juni 2012 fand im Familienhotel Hochwald im Hunsrück das dritte Familienwochenende des GKS-Kreises Nörvenich statt.

Nachdem alle Teilnehmer mit mehr oder weniger Stau die Reise nach Horath erfolgreich gemeistert und sich mit dem schmackhaften Abendessen gestärkt hatten, konnte der Kreisvorsitzende OStFw Matthias Hasebrink in dem, durch ein Blumenarrangement aufgepeppten Tagungsraum,



insgesamt 30 Personen, acht Familien mit 13 Kindern und Jugendlichen begrüßen (Bild 1). Als Referenten stellte er den Diplom-Pädagogen Heiko Lembke vor. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde und Einführung in das Thema „Die Welt am Limit“ durch den GKS-Vorsitzenden, übernahm Heiko Lembke die Regie und ließ die Teilnehmer zuerst einen „persönlichen Steckbrief“ fertigen. Nach sei-

nem Impuls-Auftakt mit Schlagzeilen zu: Finanzkrise, Euro-Krise, Rentendiskussion und Zahlen zur europaweiten Jugendarbeitslosigkeit wurde die Thematik sehr schnell auf das eigene Empfinden der Anwesenden heruntergebrochen. Jeder der Teilnehmer konnte von seinem persönlichen Limit oder einer erlebten Grenzsituation berichten.

Die Kinder und Jugendlichen wurden zwischenzeitlich und im weiteren Verlauf des Wochenendes von der bewährten Kinderbetreuerin Ina Wolters ideenreich betreut (Bild 2).

Nach dem reichlichen Frühstück und dem folgenden Morgenlob gingen die Teilnehmer am Samstag physisch



und psychisch gestärkt in die thematische Arbeit. Referent Lembke hatte eine große Auswahl an Medien (Bücher, CDs, Ratgeber) zur Einsicht und Nutzung ausgelegt. Mit einer Auswahl an Testbögen und Checklisten (Stresstest, Warnsignale etc.) konnten die Teilnehmer ihre persönlichen familiären-, sozialen- und beruflichen Limits herausfinden. Mit Strategien gegen diese Grenzsituationen – im wissenschaftlichen als „Resilienz“ bezeichnet – zeigte der Referent Möglichkeiten zur Stressbewältigung auf. Heiko Lembke behandelte das Thema nicht aus einer hochtheolo-



gischen Sichtweise sondern auf einer praxisnahen Ebene, was von den teilnehmenden katholischen Soldatenfamilien durch rege Mitarbeit honoriert wurde. Diesen Tag ließ man anschließend in gemütlicher Runde in der hauseigenen Braustube ausklingen. Der Vorsitzende OstFw Matthias Hasebrink sprach in diesem Kreise auch die Möglichkeit an, die Aufgaben und Ziele der GKS mit einem

kleinen finanziellen Jahresbeitrag zum Förderkreis e.V. zu unterstützen. Er bat hierzu den als Teilnehmer anwesenden Bereichsvorsitzenden West der GKS, Oberstleutnant Albert Hecht, um einige erklärende Hinweise. Der Kreis Nörvenich kann nun dem Förderkreis der GKS drei neue Familienmitgliedschaften vermelden!

Noch bewegt von einer Morgenandacht, die von Markus Wolters und Markus Meyer gestaltet wurde und die durch eine „unter die Haut gehende“ Gesangseinlage der drei Töchter Gina, Joyce und Julie der Familie Meyer untermalt wurde (Bild 3), ging es am Sonntagmorgen in die Finalrunde. Heiko Lembke zeigte weitere Möglichkeiten zur Stressbewältigung und Hinweise zur richtigen Erholung auf. Mit einer praktischen Übung zur progressiven Muskelentspannung nahm diese letzte Arbeitseinheit ein „entspanntes“ Ende. In der anschließenden Abschlussrunde mit Manöverkritik waren die Teilnehmer angetan von einem Familienwochenende mit einem sehr guten Referenten, in einem für Familien bestens geeigneten Haus und in angenehmer Gemeinschaft mit reger Mitarbeit. OstFw Matthias Hasebrink dankte den Anwesenden für ihr Engagement und hob hier im Besonderen die Gestaltung des Morgenlobs und der Morgenandacht sowie die ausgezeichnete Kinderbetreuung hervor.

Das von allen Teilnehmern als „runde Sache“ bewertete Familienwochenende soll – nach derzeitigem Planungsstand – im Jahr 2013, vom 07. bis 09. Juni seine Fortsetzung finden.

(Text: Karl-Heinz Kreßler, Fotos: Petra Kreßler)

GKS-Kreis Koblenz - Andernach

Tradition und Religion Afghanistans

Ein gemeinsames Familienbildungswochenende im Familienhotel Hochwald verbrachten 19 Familien mit insgesamt 31 Erwachsenen und 28 Kinder vom 13. bis 15.04.2012. Nach Anreise am Freitag und beziehen der Zimmer traf man sich zum gemeinsamen Abendessen.

Anschließend wurde den Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen die Kinderbetreuer vorgestellt. Christiane May und Katrin Häp haben sich wie schon so oft in der Vergangenheit dafür bereitgestellt. Danach wurde durch die Referenten Arno Tappe (Bild 1) und Oberleutnant Viktor Penner (Bild 2), vom Zentrum Operative Information das Thema „Tradition und Religion Afghanistans, Wege und Ziele für den Aufbruch in die Moderne“ vorgestellt.

Am darauffolgenden Samstag erfolgte für die erwachsenen Teilnehmer der Bildungsanteil in drei Arbeitseinheiten, während die Kinder und Jugendlichen professionell betreut wurden

Die Referenten konnten aufgrund ihrer Ausbildung, verbunden mit Einsatzverwendungen von jeweils mehr als 1500 Einsatztagen auf einen großen Erfahrungsschatz zurückgreifen. Dadurch konnten sie das Auditorium mit mannigfaltigen Beispielen, Bildern und Filmen eindrucksvoll beeindrucken.



Bild 1



Bild 3



Bild 2

Die gesellschaftlichen Strukturen mit den unterschiedlichen Ethnien, die Stellung der Religion und der Familie, sowie die Geographie und Historie Afghanistans konnten intensiv betrachtet werden. Allen Teilnehmer war klar, dass Afghanistan ein sehr komplexes Gebilde darstellt, welches nicht einfach zu durchdringen ist und bedankten sich bei den Referenten für erstklassige Ausbildung.

Am abschließenden Sonntag wurde unter der Leitung von Militärfarrer Heinrich Peter Treier ein Gottesdienst zelebriert, welcher durch die Kinder und Jugendlichen vorbereitend unterstützt wurde (Bild 3). Im Vorfeld vermittelte Oberstleutnant Albert Hecht in seiner Funktion als GKS Bereichsvorsitzender West den Auftrag und die Ziele der GKS sowie des Förderkreises der GKS.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen machten sich alle gestärkt für die kommenden Tage auf den Heimweg. □

(Text und Fotos: Ralf Gatzmanga)

Kurznachrichten

Islamische Theologie als reguläres zweites Lehramtsfach

Erstmalig in Deutschland wird zum Wintersemester 2012/2013 an der Universität Osnabrück „Islamische Theologie“ als Monofach und „Islamische Religion“ als reguläres zweites Lehramtsfach angeboten.

Nachdem in Niedersachsen islamischer Religionsunterricht nach den Vorgaben des Grundgesetzes eingeführt werden soll und der theologische Beirat aus den Vertretern der Landesverbände „Schura Niedersachsen“ und „Ditib Niedersachsen“ gegründet wurde, bietet als erste Universität in Deutschland die Universität Osnabrück Lehramtsstudenten die Möglichkeit, das Unterrichtsfach Islamische Religion (Bildung, Erziehung, Unterricht) als reguläres zweites Unterrichtsfach zu studieren. Bisher wurde nur Islamische Religionspädagogik als Master-Erweiterungsfach angeboten. Diese Entscheidung dient dazu, muslimischen Schüle-

rinnen und Schülern ihren grundgesetzlich garantierten Anspruch (Artikel 7, Abs.3) auf bekenntnisorientierten Unterricht zukommen zu lassen.

Das im Aufbau befindliche Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück wird mit sieben Professuren das größte seiner Art in Deutschland sein.

Folgende Themenschwerpunkte stehen unter anderem im Mittelpunkt des Studiums der islamischen Theologie: Koranwissenschaft, Koranexegese und zeitgemäße Lesart des Korans; Prophetische Tradition (Sunna), Hadithwissenschaft und Hadithexegese; Islamische Geschichte; Arabische Sprache und andere relevante Sprachen (z.B. Türkisch, Persisch); Religionssoziologie und -psychologie; Einführung in andere Theologien, vor allem in christliche und jüdische Theologie. (ZENIT)

Buchbesprechung

Warum Burnout nicht vom Job kommt

Die wahren Ursachen der Volkskrankheit Nr. 1

Die Autorin Helen Heinemann hat 2005 das „Institut für Burnout-Prävention“ gegründet und bringt in dem vorliegenden Buch ihre Erfahrung in mehr als 20 Jahren Gesundheitsförderung ein. Stützig machte die Autorin, dass auch Hausfrauen unter dieser Krankheit leiden, der „Arbeitsplatz“ der Hausfrau gehört also zu den Risikofaktoren. Was ist aber, wenn die Ursachen tiefer liegen. Helen Heinemann schildert aus ihrer langjährigen Erfahrung, dass nicht allein der wachsende Druck am Schreibtisch, die Verdichtung der Aufträge etc. diese Krankheit verursachen. Auch bessere Organisation hilft nicht, den Burnout zu vermeiden. Der Arbeitsplatz ist nur der Ort, an dem diese Krankheit für alle sichtbar wird, die Ursachen liegen tiefer. So rechnet die Autorin zuerst mit den gängigsten Vorurteilen ab, be-

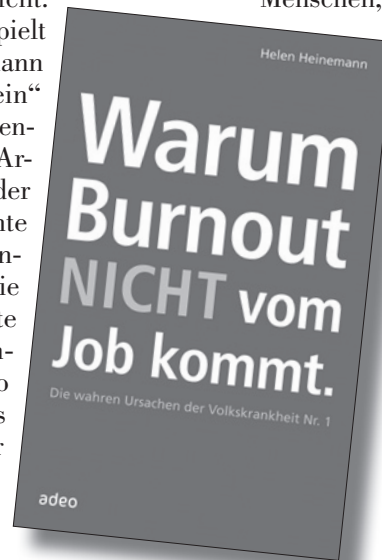
vor sie sich der Frage widmet, wer ausbrennt und wer nicht.

Eine große Rolle spielt für Helen Heinemann die Fähigkeit „nein“ zu sagen. Schleichen- de Erhöhung der Arbeitsleistung, bis der Mensch die Nächte durch arbeitet, an- statt dem Körper die dringend benötigte Erholung zu gön- nen, sind ebenso Ursachen für das Symptom, dass der Delinquent sich selbst für unfähig hält, die Be- lastung auszuhalten und dann durchbrennt. So führt die Au- torin die Leserschaft hin zu ihrem Plä-

doyer für die Klarheit der Rolle des Menschen, der in diesem Leben steht.

Wer über sich und den Sinn seines Lebens im Reinen ist, der ist auch stressresistent führt die Pädagogin mit psycho- therapeutischer Ausbil- dung aus. Am Schluss dieses sehr lesenswerten Buches gibt die Autorin dann für Mann und Frau einen Fragekatalog mit, der zur Selbsterkennung dienen soll.

Helen Heinemann,
Warum Burnout nicht vom Job kommt.,
234 Seiten, adeo Verlag
in der Gerth-Medien
GmbH, Asslar,
ISBN 978-3-942208-56-7



Buchbesprechung

150 Jahre Burschenschaften in Österreich

gestern – heute – morgen

Der Herausgeber Martin Graf hat sich der lobenswerten Aufgabe unterzogen, nicht einfach nur eine Sammlung verschiedener Aufsätze über die Burschenschaften in Österreich zu editieren. Er hat durch gute Zusammenstellung einen Bogen geschlagen von den Anfängen der Burschenschaften nach den Befreiungskriegen, über die Märzrevolutionen Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die heutige Zeit. Dabei nimmt einen breiten Raum die Darstellung der Farben Schwarz-Rot-Gold ein,



die von den Freikorps kommend, gerade in der Zeit nach dem Zusammenbruch der Monarchie eine große Rolle spielten. Das Buch zeichnet aus, dass hierin Namen der beteiligten Burschenschaftler genannt werden, so dass der interessierte Leser nachvollziehen kann, wer welche Rolle spielte. Ebenso wird mit manchem Fehlurteil

über die Mensur aufgeräumt und die echten Beweggründe werden von aktiven Burschenschaftlern genannt. Politisch heikle Themen wie Südtirol

oder demographischer Wandel durch Geburtenrückgang und Zuwanderung werden in Aufsätzen aufgegriffen, auch um den Kritiken durch die „Antifaschisten“ den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es steht zu befürchten, dass dieser Personenkreis diese Sammlung nicht lesen wird. Für aktive Burschenschaftler aber ebenso für Akademikerinnen der Frauen- und Mädelschaften ist das Buch eine gute Quelle, um darauf zurückzugreifen. Eine kurze Historie der verschiedenen Burschenschaften vervollkommenet diese Ausgabe. (Bertram Bastian)
Martin Graf (Hg.), 150 Jahre Burschenschaften in Österreich, gestern – heute – morgen,
230 Seiten, Ares Verlag, Graz,
ISBN 978-3-902475-82-4



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortlicher Redakteur
Bertram Bastian (BB),
Rainer Zink (RZ), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Bertram Bastian,
Alter Heerweg 104, 53123 Bonn,
Tel: 0177-7054965, Fax: 0228-6199164,
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Layout: VISUELL, Aachen
Druck: MVG Medienproduktion
Boxgraben 73, 52064 Aachen
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 1 017 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843